

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Sipler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren), bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantw. Redakteur: Aug. Winnig, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreigeheilte Zeitspalt über deren Raum 80 A.

Wissen ist Macht! Bildung führt zur Freiheit!

Inhalt: Zur diesjährigen Lohnbewegung. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Minderungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandes. Bericht der Gauborstände: Braunschweig, Götting. Bericht. Die „Einigkeit“ und die Wahrheit. Aus Amerika. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen usw. — Aus Unternehmerkreisen. — Polizei und Gerichte. Berichtenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Zur diesjährigen Lohnbewegung.

Wir sind in der Zeit der Vorbereitungen zur Lohnbewegung. Wo nicht schon im Herbst die Lohnsätze einer Revision unterzogen und Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufgestellt worden sind, da geschieht es jetzt mit erhöhtem Eifer. Das ist ganz natürlich! Die Arbeitsbedingungen sind wohl in keinem Orte befriedigend. Der Lohn ist fast überall zu gering, daß er sehr oft nicht ausreicht, um die gewöhnlichsten Bedürfnisse zur Frhaltung des Lebens zu befriedigen, und jedenfalls ist er nirgends so hoch, um durch ihn zur untersten Stufe bescheidener Behaglichkeit zu gelangen. Andererseits ist die Arbeitszeit auch so lang, die Arbeit so gefährlich, aufreibend und ermüdend, die Behandlung der Arbeiter so überaus menschenunwürdig, daß man staunen muß über den Sängmut, womit die Arbeiterschaft das harte Joch der Lohnflaueverei trägt. Nur langsam, allzu langsam wird in den Arbeitermassen der Gedanke lebendig, daß es eines unausgesetzten Kampfes bedarf, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen systematisch zu verbessern.

Unsere Kollegen, die Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, sind ja erfreulicherweise in den letzten Jahren recht lebendig geworden, sie haben der Lohnbewegung im Maurergewerbe ein großzügiges Gepräge gegeben; und dank der verhältnismäßig guten Organisation hatten wir denn auch recht erhebliche Erfolge zu verzeichnen. Aber auch im Maurergewerbe ist noch unendlich viel zu bessern, sind noch so ungeheure Mängel zu überwinden, daß die Kollegen wahrlich nicht die Hände in den Schoß legen dürfen. Das wollen sie auch nicht. Auch in diesem Frühjahr regt es sich allerorten. In Hunderten von Arbeitsbezirken haben die Kollegen ihre Forderungen schon aufgestellt, in Hunderten von Orten werden sie das in den nächsten Wochen und Monaten tun, und wenn in Tausenden von Orten die Kollegen davon Abstand nehmen, ihre Wünsche zu formulieren und den Unternehmern vorzutragen, so nur deshalb, weil sie wissen, daß der zur Durchsetzung der Forderung zu führende Kampf zur Zeit unsere Kraft übersteigt. Möge für die organisierte Arbeiterschaft bald die Zeit kommen, wo sie nicht fürchten und sagen braucht: Ueber unsere Kraft!

Wir wollen jedoch heute keine Betrachtungen darüber anstellen, in wieviel Orten es unseren Kollegen, den organisierten Maurern, möglich sein werde, in diesem Jahre ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Aber einige Ratschläge über die Taktik möchten wir unseren Verbandsmitgliedern dringend ans Herz legen.

Vor allen Dingen ist Ruhe und kühle Ueberlegung nötig. Keine Ueberhastung. Wir sind noch mitten im Winter, und es dauert noch zwei bis drei Monate, bevor sich die Bautätigkeit so gestaltet haben wird, daß mit einiger Sicherheit auf eine erfolgreiche Durchführung der Lohnbewegung zu rechnen ist. Wo noch keine Forderungen eingereicht

sind und wo nicht vertraglich festgelegt ist, daß der Tarif bis zu einem bestimmten Datum gekündigt sein muß, eilt auch dies nicht. Daß die Maurer mit den Arbeitsbedingungen nicht zufrieden sind, wissen die Unternehmer ohnehin; sie teilen uns ihre Pläne ja auch nicht monatlang vorher mit, und auf ihre Kalkulationen bei der Uebernahme von Arbeiten haben wir um so weniger Rücksicht zu nehmen, da sie unser früheres Entgegenkommen schlecht gelohnt haben.

Die Vorbereitungen zur Lohnbewegung müssen nun freilich getroffen werden, aber auch das soll ohne großes Geräusch geschehen. Die Zweigvereinsvorstände müssen über die Stimmung der Kollegen und über die Möglichkeit der Durchführung einer Forderung so vorzüglich informiert sein, daß sie in aller Stille alle Vorbereitungen bis zur Entscheidung treffen können. Notwendig ist es natürlich, daß der zuständige Gauborstand und der Verbandsvorstand von allen Schritten unterrichtet sind. Jede Lohnbewegung soll bei diesen Instanzen angemeldet sein und ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandsvorstandes darf der letzte Schritt, die Proklamierung des Streiks, nicht unternommen werden. Sind alle Vorbereitungen erfüllt, dann ist es Zeit zum Losschlagen.

Dieser Zeitpunkt kann natürlich nicht für alle Zweigvereine gleich sein. Es würde wiederum unsere Kraft übersteigen, wenn die Kollegen in einigen hundert Orten zugleich in den Streik eintreten wollten. Auch hier ist Ruhe und Geduld vonnöten. Zudem ist ja auch nicht außer acht zu lassen, daß es in den ersten Frühjahrsmonaten außerordentlich schwer ist, Streikende in anderen Orten unterzubringen sowie den Zugang der sogenannten Wandervögel abzuhalten. In diesem Zusammenhang müssen wir auch sagen, daß mit der Forderung: Zugang ist fernzuhalten! manchmal Unfug getrieben wird. Einige Zweigvereine stellen sofort dies Anstinnen an uns, wenn sie jedoch ihre Forderungen eingereicht und die Unternehmer nicht sofort bewilligt haben; andere Zweigvereine verlangen es, wenn sie sich mit dem Streik beschäftigen, seine Ausführung aber noch in weiter Ferne liegt. In derselben Lage sind aber hunderte von Zweigvereinen, und es wäre ein Unding, von all den Orten den Zugang — wesentlich den Zugang von Verbandsmitgliedern — fernzuhalten.

Schließlich dürfte es auch jetzt schon angebracht sein, einige Worte zur Beendigung von Streiks zu sagen. Wir haben schon früher von tiefes Bedauern darüber ausgesprochen, daß mancherorts nicht der richtige Zeitpunkt zum Abschluß gefunden wird, daß sich die Kollegen nicht aus eigener Initiative dazu entschließen können, ausstehende Streiks zu beenden, um möglichst geschlossen zur Arbeit zurückzukehren und sich zu erneutem Kampfe zu stärken. Wir sind freilich nicht der Meinung, daß ein Streik unter allen Umständen nach vierzehn Tagen oder vier Wochen keinen Erfolg mehr hätte. Es kann die Möglichkeit und Notwendigkeit vorhanden sein, daß nach diesem Zeitpunkt der Kampf erst recht mit der größten Schärfe geführt werden muß. Das muß aber äußerst sorgfältig erwogen werden. Jedensfalls darf man sich nicht von Stimmungen allein leiten lassen. Die Kollegen dürfen sich nicht davor scheuen, als „Bestiegte“ zur Arbeit zurückzukehren. Der Aergern der Kollegen und der mutmaßliche Spott und Hohn der Unternehmer dürfen nicht die Beendigung des Kampfes beeinflussen. Auch darf man sich nicht selbst belügen und von einem außer-

ordentlich günstigen Stande des Streiks reden, wenn er schon längst auf dem toten Punkt angekommen ist.

Wenn es so weit gekommen ist, dann müssen die Streikenden den Mut haben, die Dinge zu nehmen wie sie einmal sind. Ein Ende mit Schreden ist dem Schreden ohne Ende immer noch vorzuziehen. Wird der Streik trotzdem weitergeführt, so gestaltet sich seine Beendigung immer schwieriger. Die Unternehmer haben die dringendsten Arbeiten mit den Lehrlingen und einigen Streikbrechern fertig bekommen. Sie haben sich mit dem Verlust des Profits für diese Saison abgefunden und sehen der weiteren Entwicklung der Dinge, der schließlich doch eintretenden Streikmüdigkeit der Arbeiter, wenn auch nicht mit Ruhe, so doch ohne sonderliche Erregung entgegen.

Schlummer noch wird die Sache für die Streikenden, wenn sie nach wochen- oder monatelangen Streiks wiederholt versuchen, mit den Unternehmern zu verhandeln. Diese werden dann immer hochmütiger und machen schließlich die Wiedereinstellung von schimpflichen Bedingungen für die Kollegen persönlich sowohl wie für die Organisation abhängig. Dazu sollten es die Kollegen durch ihr untätiges Vorgehen nie kommen lassen. Wir wiederholen, was schon des öfteren im „Grundstein“ gesagt worden ist:

Es lassen sich keine festen Normen aufstellen über die richtige Zeitdauer des Streiks; das Schablonisieren halten wir für ein Uebel. Ein gründlicher Wandel in der Streiktaktik ist aber unerlässlich notwendig. Die Kampftätigkeit und Schlagfertigkeit der Kollegen muß unendlich höher gebracht werden, als sie heute ist; sie muß so diszipliniert sein, daß sie bereit ist, heute den Kampf zu beginnen und morgen zu beenden und wenn es notwendig ist, ihn übermorgen wieder aufzunehmen. Man hüte sich vor monatelangen Kämpfen, wo die Waffen stumpf und die Kämpfer matt werden. Und lieber als einen faulen Frieden nehme man, wenn es nicht anders sein kann, zur rechten Zeit eine „Niederlage“ in den Kauf.

Politische Umschau.

Im Verlauf der verfloffenen Woche hat der Reichstag u. a. die erste Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend

die freien Hilfskassen

vorgenommen. Die Diskussion hat unsere Ueberzeugung bestärkt, daß die Regierung mit ihrer Forderung, das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen von 1876 aufzuheben, nicht durchdringen wird. Darüber, daß die Schwindelfassen bekämpft und unmöglich gemacht werden müssen, waren die Redner aller Fraktionen mit der Regierung einig. Aber Geneigtheit, zu diesem Zwecke den von der Regierung vorgeschlagenen Weg zu gehen, wurde nur von dem konserverbaiten Abgeordneten v. Brodhausen, und zwar auch nur bedingungsweise, geäußert. Wie die sozialdemokratischen Wortführer (Abgeordnete Leide und Stadthagen) so wandten sich auch die des Zentrums (Abgeordneter Giesberts), der Freisinnigen (Abgeordneter Dr. Muggan, Schrader und Peters) sowie der Nationalliberalen (Abgeordnete v. Herten und der Mittelrechten) gegen die Vorlage. Leide stellte in seinen sehr erschöpfenden Ausführungen u. a. fest, daß gerade die Arbeiterpresse und die Gewerkschaftsführer stets das Schwindelfassenwesen energisch bekämpft, aber dabei von seiten der Staatsbehörden nicht die geringste Unterstützung erfahren haben; man habe vielmehr die Staatsanwälte gegen sie mobil gemacht und sozialdemokratische Redakteure deshalb, weil sie das Unwesen dieser Kassen gebührend kritisiert und vor ihnen gewarnt haben, verurteilt. Das sollte Schwindelfassen habe sich Anspruch darauf erworben, gefördert zu werden. Statt dessen wolle man es erdrosseln.

Abgeordneter Stadthagen sagte u. a.:
 „Tatsächlich bietet das bestehende Gesetz bereits die nötigen Mittel, um den Schwindelkassen entgegenzutreten. Das ist ja auch von der Regierung bei der Veranlagung des Strafkassensgesetzes zugegeben worden. In den Berichten der Gewerkschaften und in der sozialdemokratischen Presse wird der Kampf gegen die Schwindelkassen bereits seit den 90er Jahren geführt. Die Behörden sind aber nicht gegen die Schwindelkassen vorgegangen, sondern gegen diejenigen, die sie bekämpfen! In Hamburg ist es möglich gewesen, gegen die Schwindelkassen vorzugehen. Warum ist es in Preußen unmöglich? Glauben Sie denn, daß ein einzelner Beamter des Privatversicherungsamts imstande sein wird, alle Hilfskassen zu übermachten? Die Behörden haben dem Treiben der Schwindelkassen ruhig zugehört, auch wenn diese Kassen solide Arbeiterkassen ruinierten. Die sozialdemokratische Presse hat stets die Schwindler Schwindler genannt, man ist aber gegen den „Proletariat“ vorgegangen, obgleich er den Beweis erbracht hätte, daß eine Dreierlei Kasse 85 pZt. der Einnahmen für Verwaltungsausgaben verwendet hätte. Auch andere solche Arbeiter haben nicht positionen, sondern negativen Schutz bei den Gerichten bekommen. Daher kommt es denn auch, daß man in den Regierungskreisen sehr wenig über die Schwindelkassen orientiert ist. So vernimm ich in den Motiven dieser Vorlagen jegliches Material darüber. Warum überlassen Sie denn die Sozialdemokraten jede Kritik der Schwindelkassen? Die Arbeiter werden aber bestraft. So ist der Redakteur des „Volkswille“ in Hannover bestraft worden, weil er eine Schwindelkasse in Hannover als Schwindelkasse bezeichnet hat, während das Landgericht entschied, daß kein Glaube an die Solidität der Kasse nicht erfüllt ist. Auch hier in Berlin besteht eine solche Schwindelkasse, die vom „Vormärks“ oft als solche gekennzeichnet wurde. Auf Grund der Angaben des „Vormärks“ wurde ein Polizeibeamter mit der Aufsicht über diese Kasse betraut. Aber das war, wie ja oft, eine Strafe für den Beamten; denn tatsächlich erndtete er nichts an der Kasse. In Hannover bezog der Direktor über Schwindelkassen, Schomburg, ein enormes Gehalt und auch sonst wurden die meisten Gehälter der Kasse für Gehälter und persönliche Ausgaben ausgegeben. Aber der Redakteur des „Volkswille“ wurde bestraft, trotzdem er alle seine Angaben über Schwindelkassen nachweisen konnte. Der Direktor Schomburg war selbstverständlich ein energischer Gegner der Sozialdemokratie.“

Der Staatssekretär Graf Posadowsky erklärte, die Befragung, daß durch Unterlegung der Hilfskassen unter das Privatversicherungsrecht die Selbstverwaltung dieser Kassen festgelegt werden solle, sei „ganz ungründlich“; es solle lediglich eine Prüfung gefasst werden, die unzulässige Kassen bei Zeiten beseitigen kann. Obgleichs könne man sich ja über etwaige Verbesserungen des Gesetzes verständigen. Die Vorlage wurde einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Am 1. Februar begann der Reichstag die zweite Besetzung des Staats. Zunächst nimmt das Sozialtalent des Reichstags im Innern ein erhebliches Interesse in Anspruch. Bei dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs“, des „Reichsministers für Sozialpolitik“, sei regelmäßig die

große sozialpolitische Debatte

ein. Der Herr Staatssekretär hat dem Hause Rede und Antwort zu geben über seine resp. der Reichsregierung Stellung zu den vielen und stetig sich mehrenden und immer bedeutender werdenden Fragen der Sozialreform. Jede Partei läßt bei dieser Gelegenheit durch ihre Redner ihre Wünsche und Beschwerden vorbringen. Im Laufe der Jahre hat, und zwar aus den gewichtigsten Gründen, die Sozialpolitik in stetig steigendem Maße die Zeit und die Aufmerksamkeit des Reichstages in Anspruch genommen. Man darf annehmen, daß für den Antrag der diesbezüglichen Debatten die meisten in die Sitzung zu öff. Diskussionen erforderlich sind. Natürlich werden wir erst nach ihrer Beendigung eine genau informierende Uebersicht und eine erschöpfende Kritik geben können.

Die Beratungen nahmen ihren Anfang mit einer Rede des Zentrumsabgeordneten Trimborn. Er sprach die Wahrheit aus, zu der sich die Sozialdemokratie stets bekannt hat, nämlich: daß nicht der Gehalt der Fürsten und nicht die Geschäftigkeit der Diplomaten, sondern die volkswirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Völker heute über Krieg und Frieden bestimmen. Deshalb möchte die Sozialreform mehr gefördert werden als bisher. So sei u. a. die reichsgesetzliche Regelung des sozialpolitischen Schutzes der anderthalb Millionen Bauarbeiter dringend geboten. Viele Jahre hindurch hat die „böse“ Sozialdemokratie ganz allein diese Notwendigkeit betont. Das Zentrum aber hat während dieser Jahre, der Regierung schwere Vorwürfe über ihre Unterlassungsünden auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zu machen. Es hat die Unzulänglichkeit der Sozialgesetzgebung mit Verachtung. Mit schönen Worten und Versprechungen ist es zwar immer am Platze gewesen; aber es hat seine Maßhaltung im Parlament nicht dazu gebracht, ihnen Nachdruck zu geben.

Den Hauptanteil an den sozialpolitischen Debatten werden auch diesmal wieder die Sozialdemokraten tragen. Ihr erster Redner, Abg. Fischer-Berlin, ging in zweiwöchiger Rede mit großer kritischer Schärfe vor. Zunächst nahm er sich das Zentrum vor, das oft gegen die Regierung unterstellt hat in dem Bewußtsein, es zu notwendigen und wichtigen Ausgestaltungen des gesetzlichen Arbeiterschutzes nicht kommen zu lassen. So in der Frage der Regelung der Vergütung der Arbeiterverhältnisse. Eherald wandte er sich dann wieder die von den Gegnern der sozialpolitischen Gesetzgebung, insbesondere vom Sozialdemokratium verbreitete Klage: die Sozialdemokratie sei dieser Gesetzgebung feind, weil sie davon eine „Abmilderung der Klassenengefährdung“ befürchte. Es gebe aber in der ganzen großen sozialdemokratischen Partei nicht einen einzigen Menschen, der auf diesem Standpunkt stehe. Aber natürlich lassen wir uns nicht mit leeren Versprechungen und schalen Wasserläppen abplätzen. Wir fordern eine gründliche und umfassende, eine wirkliche Sozialreform, die sich von der Regierung und den herrschenden Parteien unterscheidet. Fischer sagte den Herren folgendes: „Ihre „Sozialreform“

richtet sich in erster Linie auf die Opfer des Ausbeutungssystems. Diese wollen Sie nachträglich schaden. Auch läuft Ihre Unterlegung in letzter Hinsicht auf eine Hilfe für das Unternehmertum hinaus. Wir wollen vor allen Dingen den gesunden Arbeiter vor Eintritt irgend eines Unfalles und bevor er keine Kräfte im Dienste der Industrie herabruft hat, in seiner wirtschaftlichen Lage sehen. Das erste und wichtigste Mittel dazu ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Versicherungen und Kassen sind wohl notwendig, aber es sind doch nur Nebenwege der sozialpolitischen Gesetzgebung. Ferner bieten alle Schutzbestimmungen nur ein Blatt Papier, wenn es den Arbeitern nicht möglich gemacht wird, ihre Durchführung zu überwachen. Dazu gehört vor allen Dingen eine Sicherung des Koalitionsrechtes. Das ganze Haus ist darüber einig, daß diese Forderung berechtigt ist. Aber das Zentrum trägt keine politische Macht in dieser Richtung nicht aus. Deshalb können Sie es uns nicht vorstellen, wenn wir Ihre Erklärungen für etwas platonisch halten. Solange die Gewerbeinspektoren überhaupt frei reden dürfen — überall ist das ja leider nicht der Fall —, sind sie darin einig, daß die Unternehmungsbürokratie schwer dazu zu bringen sind, die gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen, obgleich das ihrem eigenen Vorteil entsprechen würde.“

Der Zentrumsabgeordnete Trimborn hatte von der rechtlichen Ausarbeitung der Tarifverträge gesprochen, die einen „legendären Einfluß“ ausüben. Diesbezüglich sagte der sozialdemokratische Redner:

„Sehen wir uns einmal an, wie die Regierung dazu steht. Dem Direktor der Reichsdruckerei ist von seinem vorgelegten Minister verboten worden, den Buchdruckertarif anzuerkennen. Die Arbeiter, die es erzwang haben, die Forderungen des Tarifs auch in der Reichsdruckerei durchzusetzen, sind vom Direktor entlassen worden, angeblich aus Arbeitsmangel. Als dann aber wieder Arbeit vorhanden war und sie sich meldeten, wurden sie nicht wieder eingestellt, sondern man nahm 20 bis 30 Arbeiter aus dem paritätischen Nachweis. Die erste Tat des neuen Direktors war, daß er die Arbeitszeit um 10 Minuten verlängerte. Aus genau demselben rüchmüßigen Geiste heraus hat die Marineverwaltung diese Verhandlung mit den Gewerkschaften abgelehnt, obwohl die Gewerbeinspektorenberichte in der günstigen Beurteilung ihrer vermittelnden Tätigkeit einig sind. Das Reichsamt des Innern, das verhältnismäßig doch noch auf einem sozial verhältnismäßigen Boden steht, sollte doch die Macht und den Willen haben, die anderen Ressorts zu veranlassen, den beschränkten Standpunkt aufzugeben, daß mit außerhalb des Betriebes stehenden Leuten nicht verhandelt werden darf. Aber noch viel trasser rüchmüßig ist die Kanalverwaltung, die den Arbeitern nur alle 4 Wochen Lohn zahlt. Und weiter: Hat doch der „freisinnige“ Oberbürgermeister von Breslau Gemeindefürsorge, die im Auftrage ihrer Kollegen zu ihm kamen, brutal angefangen, an Jahreszuteil zurückliegende Strafen erinnert, sei so gebandmarkt, dann zur Türe hinausgeworfen und ihnen den Urlassbrief ausstellen lassen: Entlassungsgrund: Unzufriedenheit mit dem Vertrag!“

Für die Einseitigkeit der Gewerbeinspektionsberichte führte der Redner u. a. folgendes sehr schlimme Beispiel an: Die Gewerbeinspektion in Königsberg berichtet, daß dort die Maurer 1904 in einen Streik eingetreten wären, obwohl ihnen ihre Forderungen 1903 bewilligt worden wären. Bei diesen Streik seien 68 Angelegenheiten wegen Verletzung Arbeitswilliger erstattet worden. Nun haben die Maurer 1903 überhaupt keine Forderungen gestellt, wohl aber die Bauarbeiter, deren Forderungen zwar nicht bewilligt, sondern gar nicht einmal beantwortet worden sind. Als sie dann mit der Durchsetzung der Forderungen Ernst zu machen versuchten, wurden sie 1904 ausgepersert. Und dann der Glou. des Ganzen: was interessiert denn, wie viele Polizisten in Königsberg herumgefahren sind und strafbare Taten zu entdecken glaubt haben? Sollte doch der Polizeipräsident von Königsberg in einem Erlaß angeordnet, daß die Streikposten möglichst beseitigt werden sollten. So wurde zum Beispiel der Leiter des Streiks zweimal wegen Vergehens angeklagt, während er an den ganzen Vorgängen überhaupt nicht beteiligt war. Jedenfalls zeigt diese ganze ungenaue Berichterstattung, was herauskommt, wenn die Gewerbeinspektoren sich nicht bei den Arbeitern, sondern nur bei der Polizei erkundigen. In Süddeutschland ist die Gewerbeinspektion viel zugänglicher und besser als nördlich der Mainlinie. Das kann niemand in Erfahrung setzen, der weiß, wie in Preußen die Gewerbeinspektoren durch die Ministererlässe ständig drangalieriert worden sind. Minister Müller, dessen Dienstfertigkeit für die Unternehmernmagnaten diese in der Sibierfrage so schlecht belohnt haben, hat den Gewerbeinspektoren sogar verboten, Vorschläge zu neuen Gesetzen zu machen! Das ist nicht lächerlich und unüberantwortlich, daß gerade den Beamten zu verweigern, die nach ihrer Berufstätigkeit in erster Linie dazu geeignet sind, beratende Vorschläge zu machen, weil sie die Missstände aus eigener Anschauung kennen?“

Weiter legte Fischer klar, daß die Gewerbeinspektion im allgemeinen durchaus ungenügend ist. Er bemerkte da u. a.:

„Wir haben stets gefordert, daß die Gewerbeinspektion dadurch verbessert werde, daß man Arbeiter zu Gewerbeinspektoren macht. In Württemberg hat man damit schon einen Anfang gemacht. Die diesjährigen Berichte sind einstimmig darin, daß alle Erwartungen erfüllt sind. Ferner fordern wir seit vielen Jahren die Zuziehung von Frauen für die Gewerbeinspektion. Bei der enormen Steigerung der Frauen- und Kinderarbeit in Deutschland ist diese Forderung doch eigentlich selbstverständlich. In Württemberg sind seit einigen Jahren drei oder vier weibliche Hilfskräfte bei der Gewerbeinspektion angestellt, und auch hier stimmen alle Berichte überein, daß diese genügend wirken. Aber was will das heißen, wenn in ganz Preußen hier weibliche Gewerbeinspektoren angestellt sind? Wir fordern seit Jahren, daß die Zahl der Gewerbeinspektoren vermehrt werde, damit die Zahl der Betriebe, die auf jeden Gewerbeinspektor kommt, verringert werde. In Württemberg aber geht die Bewegung dahin, daß die Verhältnisse immer ungünstiger werden.“

Schließlich machte der sozialdemokratische Redner den Herren von der Regierung noch folgende Vorhalte:

„Über die elenden 20 Ödne und die lange Arbeitszeit sowie die schlechte Behandlung der Arbeiter gibt die Regierung kein statistisches Material. Man sollte meinen, daß sie besonderen Wert auf dieses Material legt. Dadurch, daß sie darauf verzichtet, es zu geben, fördert sie den Verdacht heraus, daß sie dieses Beweismaterial fürchtet in der Ueber-

zeugung, daß es gegen sie ausfällt. Herr v. Mehnhausen hat ja versucht, den Beweis zu liefern, daß den Arbeitern sehr gut geht. Er hat nach einer Statistik „bewiesen“, daß die Ödne der Arbeiter von 1888 bis 1903 um 24,6 pZt. gesunken seien und ein paar Minuten später hat er nach einer anderen Statistik „bewiesen“, daß sie um 33,3 pZt. gesunken seien. Eine von beiden Zahlen muß also falsch sein, und ich wage, sie sind alle beide falsch, und der Herr Finanzminister hätte das wissen müssen. Er war aber früher Völkerversteher und weiß also solcher, daß einer seiner Vorgänger, Herr v. Buttner, vom Ministerliche aus regelmäßig mit falschen Ziffern gearbeitet hat. Der frühere preussische Handelsminister Wölfler hat sogar die Behauptung ausgesprochen, daß die Arbeiter jetzt das Doppelte verdienen als früher. Sie lesen so anprüchsvoll geworden, daß sie nicht nur zweimal wöchentlich, sondern täglich Fleisch essen wollten. Dies unterthänige Gefindel, das von früh bis spät arbeitet und auch noch täglich Fleisch essen will! Wenn je einem Manne jegliches soziales Empfinden gemangelt hat, so war es Herr Wölfler. Und wie sieht es bei den preussischen Eisenbahnen aus, die 600 Millionen Ueberdies haben? Bekanntlich sollen die Staatsverwaltungen Mustererfahrungen sein. Nun, die Arbeiter und Handwerker bei den preussischen Bahnen erhalten noch nicht einmal 4,3 pro Tag. Und so wie die Lohnverhältnisse, sind auch die Arbeitszeitverhältnisse. Von dem Lokomotivpersonal arbeiten bis 8 Stunden nur 3 pZt., 60 pZt. aber 9 bis 10 Stunden. Von allen bei der Bahn beschäftigten Beamten und Arbeitern haben 10 pZt. eine Arbeitszeit bis 8 Stunden, 10 pZt. 8 bis 9 Stunden, 72 pZt. 9 bis 12 Stunden und 6 pZt. noch 12 bis 15 Stunden Arbeitszeit.“

Der Staatssekretär Graf Posadowsky ging in langer Rede auf die gehörten Wünsche und Beschwerden ein. Er erklärte u. a., daß das Gesetz über die Berufsgenossenschaften dem Reichstag bestimmt noch in dieser Session zugehen werde. Zur Frage des Bauarbeiter Schutzes sagte er:

„Ich muß anerkennen, daß die Berufsgenossenschaften im letzten Jahre bemüht gewesen sind, die Verhältnisse zu verbessern. Es sind jetzt 78 technische Aufsichtsbereame in den Berufsgenossenschaften tätig. Meines Erachtens allerdings und auch nach der Ueberzeugung des Reichsversicherungsamts eine noch nicht ausreichende Zahl, die nicht nur im humanitären, sondern auch im finanziellen Interesse der Mitglieder der Berufsgenossenschaften zu vermehren sein wird. Aber ich möchte mich gegen den Irrtum wenden, als ob wir jemals eine solche Anzahl von Aufsichtsbereamen anstellen könnten, daß alle Bauten unmittelbar beaufsichtigt werden könnten. Das ist vollkommen unmöglich. Diese Aufsichtsbereamen können nur den Zweck haben, das Personal, das auf der Baustelle ist, anzuleiten, wie man Bauunfälle verhindert. Ein Beispiel: Es werden heute sehr häufig die Leitern auf den Bauten so gestellt, daß wenn ein Ziegel vom obersten Stock herunterfällt, er bis zum untersten Stock durchfallen muß. Man muß alle den Leitern zeigen, wie die Leitern zu stellen sind, damit ein etwa herunterfallender Ziegel nur ein Stodwerk durchfällt. Für die Zahl der Aufsichtsbereamen kommt es ja nicht allein auf die Anzahl der Betriebe an, sondern auf die Anzahl der Betriebsstellen. Ein Bauunternehmer unterhält manchmal an 10 bis 20 Stellen Bauten, so daß die Zahl der Aufsichtsbereamen viel größer sein müßte, als sich aus der Zahl der Betriebe ergibt. Ich hoffe, die Bauunternehmernschaften werden in ihrem eigenen Interesse es sich angelegen sein lassen, die Zahl der technischen Aufsichtsbereamen noch wesentlich zu vermehren.“

Das ist eine merkwürdige Art, sich mit der Frage des Bauarbeiter Schutzes abzugeben. Weshalb ging der Herr Staatssekretär nicht ein auf die Forderung der organisierten Bauarbeiter Schutzes, sie an der Bautenkontrolle zu beteiligen? Erst unter diesem Gesichtspunkte gewinnt der Bauarbeiter Schutzes seine volle Bedeutung. Er hätte dieser Arbeiterschaft sehr wohl die Anerkennung zollen können, daß sie für die Unfallverhütung weit mehr leistet, als die Bauaufsichtsgenossenschaften leisten können und wollen. Wie die Unfälle zu verhindern sind, das wissen die Arbeiter selbst am besten, doch bedürft sie keiner beamteten Anleitung. Wohl aber müssen die Aufsichtsbereamen mit der Kompetenz ausgestattet sein, die Unternehmer zur strengsten Beobachtung guter und ausreichender Unfallverhütungsvorrichtungen zu zwingen. Diese Beamten müssen unabhängig von den Berufsgenossenschaften sein und sie müssen, wie gesagt, entsprechenden Teils aus der organisierten Arbeiterschaft gewonnen werden. Dann wird sich eine regelrechte und umfassende Bautenkontrolle ermöglichen lassen.“

Der Wahlrechtsraub in Hamburg ist am 31. Januar von der „Bürgerchaft“ sanktioniert worden. Neben den 13 Sozialdemokraten stimmten nur 22 bürgerliche Abgeordnete gegen die Vorlage. Da 156 von 160 Bürgerchaftsmitgliedern anwesend waren, und eine Dreiviertel-Majorität notwendig ist, um die durch die Vorlage bedingte Verfassungsänderung zu beschließen, so hätten 99 Abgeordnete die Verhinderung des Wahlrechts abwenden können. Aber nicht einmal 10 über liberale Männer liegen in der entscheidenden Körperchaft der „Freien“ und „Hansestädte“ Hamburg. Nun hat noch der ebenfalls liberale Senat seine Zustimmung zu dem Beschluß der Bürgerchaft gegeben, dann ist die Entscheidung der großen Masse der hamburgischen Bürger perfekt. Charakteristisch für Hamburgs Gesetzgeber ist es, daß sie es nicht wagten, öffentlich über den Wahlrechtsraub abzustimmen. Während es sonst in der „Bürgerchaft“ üblich ist, daß wichtige Gesetze durch nämentliche Abstimmung erledigt werden, und trotzdem die Führer der „liberalen“ Bürgerchaftsmehrheit nicht laut genug preisen konnten, welches „Heil“ Hamburg aus dem neuen „Wahlrecht“ erwachte, hatten die „Hansestädte“ nicht den Mut, das „Heilmittel“ mit ihrem Namen zu decken, sondern das vierfache Wahlrecht wurde durch Abgabe von weißen Ängeln bestätigt. Die Gegner des Wahlrechtsburten schwarze Ängeln abgeben. Eigentlich hätten die schwarzen Ängeln den Wahlrechtsraub bestätigen müssen, denn schwarz wird tatsächlich der Tag, der 31. Januar 1906, in der Geschichte Hamburgs sein und bleiben. Natürlich wird sich die hamburgische Arbeiterschaft die Entrenchung nicht stillschweigend gefallen lassen.

Sehr bemerkenswert ist auch, daß die Hamburger Wahlentrenchung zeitlich zusammenfällt mit Verfassungsreformen in Württemberg und Oldenburg. In beiden Staaten soll das Wahlrecht verbessert werden. Auch im Königreich Sachsen scheinen die regierenden Kreise endlich zu der Einsicht gekommen zu sein, daß sich das vor circa zehn Jahren eingeführte Wahlrecht nicht mehr länger aushalten läßt.

Nach Mitteilungen der Tagespresse hat die zweite sächsische Kammer eine neungliedrige Kommission eingesetzt zur Prüfung von Wahlvorschlügen. Was dabei herauskommen wird, ist freilich noch nicht ersichtlich.

Es ist bekannt, daß die Reichsregierung zwecks Sanierung der Finanzen dem Reichstage ein ganzes Bündel von neuen Steuern vorgelegt hat; u. a. sollen der Zabaat mit 28 Millionen und die Zigaretten mit etwa mit 15 Millionen Mark belastet werden. Siegenen haben die Zabaat-arbeiter, die so schon seit vielen Jahren unter sehr unglücklichen Arbeitsbedingungen zu leiden haben, sofort in Wort und Schrift energische Stellung genommen. Nicht ohne Grund dürften die Verhandlungen eines Zabaat-Beitrag-Lohnregulierungs sein, der in der bevorstehenden Woche in Berlin lagte. Es waren 537 Drie durch 198 Delegierte vertreten. Erschütternde Anklagen gegen ein Handwerk, das höchstens von dem der sächsischen Weber beschlossenen Resolution erklärte der Kongress: „Die Zabaat-Beitrag-Steuererhöhung ist ein Verstoß gegen die Arbeiter-Unterstützungsgesetze und vertritt die Interessen der Arbeiter zu erniedern in Frage und bel der durch die Steuererhöhung bewirkten Arbeitslosigkeit nur den Gemeinden zur Last fallen würden, 2. weil durch den am 1. März 1906 in Kraft tretenden Zolltarif eine weitere Gerabückung der lebenden Lebenshaltung der Zabaat-Beitrag-Steuer durch die in der Zabaatindustrie und deren Nebengewerbe beschäftigten Arbeiter, in Form der damals in großem Umfang vorzunehmenden Lohnreduzierungen, die sie über sich ergehen lassen mußten auf Grund der durch das Sozialistengesetz herbeigeführten Verbotsmachung der Arbeiter und durch die in erheblichem Maße betriebene Verlegung der Fabrikation aus dem Land.“

Der Kongress protestierte dann noch gegen den Plan der Zabaat-Beitrag-Steuererhöhung und sprach die Erwartung aus, daß die Regierung die Steuererhöhung nicht zurückziehen werde und auch in Zukunft die Zabaat-Beitrag-Steuer nicht werde. Sollte dies nicht eintreten, so erwartet der Kongress, daß der Reichstag ebenso einstimmig die seine Kommission in erster Lesung das Schicksal der Vorlage durch ein ablehnendes Votum belegen wird.“

Speziell für die Reichstags den Nachschrei der deutschen Zabaat-Beitrag-Steuererhöhung, es gilt, eine Viertel Million Arbeiter und deren Angehörige, die heute schon schwer zu kämpfen haben, vor dem äußersten Elend zu schützen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland: Maurer:

- Hamburg:** Hamburg (Sperren über die Bauten: Riekhof, Markmannstrasse, Nieland, Ericastrasse, Kietzmann, Eilbekthal, Opel & Mehlhose, Oesjendorf bei Steinbek);
- Schleswig-Holstein:** Barmstedt (Sperre über Rathjens, in Hemdingen);
- Mecklenburg:** Schwerin (Sperre über Ferd. Stange), Bützow (Differenzen);
- Pommern:** Gollnow (Sperre über Küster), Jarmen (Sperre über Brandt und Heidschmidt);
- Brandenburg:** Spandau (Sperre über Unternehmer Rucksch), Strasburg i. d. Ucker. (Sperre über Döring);
- Provinz Sachsen:** Bernterode, Untereichsfeld (Sperre über die Kaliwerke);
- Brandenburg:** Königsutter (Streik);
- König. Sachsen:** Leipzig (Gesperst ist die Firma Marien & Kunze, Bahnhofsbauten), Hirschberg a. d. S. (Aussperrung);
- Thüringen:** Gössnitz (Streik), Erfurt (Sperre über Wagner), Coburg (Differenzen), Eisenach (Sperre über Wagner), Geisa (Sperre über Hirsch);
- Rheinprovinz und Westfalen:** M.-Gladbach (Sperre über Bongarts);
- Hannover, Oldenburg und Lippe:** Delmenhorst (Sperre über die Wollkammerei), Visselhövede (Sperre über Cohrs und Köster), Burgdorf (Sperre über Allerding), Pyrmont (Streik);
- Baden-Pfalz:** Kaiserslautern (Sperre über den Unternehmer Neurohr);
- Elsass-Lothringen:** St. Ludwig (Differenzen bei der Firma Matter aus Strasburg);
- Fliesenleger:** Berlin (Partieller Streik);
- Duisburg:** (Sperre über Firma Lohbeck).

Bei dem Kampf im Fliesenlegergewerbe in Berlin handelt es sich an sich um eine Bewegung, die die Kollegen für den Abschluß eines Tarifvertrages eingeleitet haben. Wir sagen ausdrücklich: denn bisher ist weder uns noch den Vorständen irgend eine weitere Nachricht zugegangen, so daß wir lediglich auf die Notizen der Berliner Zeitungen angewiesen sind. Danach haben bisher drei Firmen den Tarif der Sektoren anerkannt, während die anderen Unternehmer entweder gar nicht genantwortet haben, oder in ihrer Antwort die Anerkennung des vorgelegten Tarifs verweigern mit dem Hinweis auf den Vertrag der zwischen ihnen und der „Freien Vereinigung“ besteht. Zu den neuen Bedingungen arbeiten bis jetzt 50 Leger. Der Streik der Leger hat sich auch in den Bauarbeiterverband organisiert Hilfsarbeiter angeschlossen.

Wie bekannt ist, haben die Fliesenleger von Duisburg und Umgegend am 1. September vorigen Jahres einen Arbeitsvertrag mit den in Frage kommenden Unternehmern abgeschlossen; sämtliche Unternehmer halten die Sagenungen des Tarifs inne. Anders machte es die Firma Lohbeck. Einige Wochen, nachdem der Tarif abgeschlossen war, versuchte Herr Lohbeck, den Tarif zu durchbrechen, indem er verlangte, die alten Arbeitsbedingungen wieder einzuführen; dieses Ansinnen scheiterte bisher an dem Zusammenhalten der Kollegen. Diejenigen, die hierbei ihr Wort für die Interessen der Organisation und die der Fliesenleger einlegten, wurden als Aufwiegler verfahren und entlassen. Hiermit nicht genug, schenkt Herr Lohbeck die erbärmlichsten Mittel gegen seine Arbeiter nicht; er forderte jeden Kollegen einzeln auf, aus der Organisation auszutreten. Auch dieses wurde von den Kollegen ganz energisch zurückgewiesen. Man glaube nun, das einmütige Entgegenstehen der Kollegen würde Lohbeck dazu bewegen haben, sich an den Tarif zu halten; doch weit gefehlt. Er zieht fremde Kollegen heran und die einheimischen organisierten Fliesenleger müssen feiern; für sie ist keine Arbeit vorhanden. Sierauf wurde die Lohnkommission, die von Lohbeck den Legeren zusammengeleitet ist, vortellig, machte ihn auf sein ungerechtes Vorgehen aufmerksam und erklärte, daß er sich wiederum in ganz grober Weise gegen den Tarif verhalten habe. Sierauf erklärte Herr Lohbeck wiederum, keinen Organisierten einzustellen: Im Gegenteil, er fühle sich stark genug, die beiden vortellig gegenwärtigen Lohnkommissionenmitglieder zu entlassen, um unorganisierte Kollegen heranzuziehen. Die Fliesenleger haben die ganze Zeit bewiesen, daß sie Frieden wollen, aber Herr Lohbeck will den Krieg. Ihm muß jetzt gezeigt werden, daß er Verhandlungsstellen einstellen muß und die Sagenungen des Tarifs inne zu halten hat. Dieses können wir nur durchsetzen, wenn die Kollegen allerorts den Zuzug nach Duisburg ernhalten.

Nach vorzeitig sind die Kollegen in Königsutter in den Streik eingetreten. Bereits im Frühjahr 1903 forderten die Maurer eine Erhöhung des Stundenlohnes von 84 auf 88 $\frac{1}{2}$. Es kam nach fünfjährigem Streit eine Einigung zu Stande, nach der die Unternehmer den Lohn auf 86 $\frac{1}{2}$ unter dem Versprechen einstellten, daß im kommenden Jahre ein weiterer Pfennig nach vorheriger Verhandlung zugelegt werden sollte. Das verschieb jedoch und die schlechte Bauwirtschaft verhinderte die Maurer, den versprochenen Pfennig einzuführen. Die Unternehmer aber taten nichts, ihr Versprechen einzulösen. Seit, nachdem die Kollegen eingesehen hatten, daß auf die Einseitigkeit der Unternehmer absolut nicht zu bauen ist, forderien sie eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 40 $\frac{1}{2}$. Nun wollten sich die „Arbeitsgeber“ ungeduldig herbeilassen, einen Pfennig zuzulegen, der nach den getroffenen Abmachungen schon vor zwei Jahren hätte gezahlt werden müssen. Dabei wagten sie an dieses minimale Angebot noch die Bedingung zu knüpfen, daß sich die Maurer binden sollten, innerhalb zweier Jahre keine neuen Forderungen zu erheben. Das war ein so unerhörtes Verlangen, daß die Maurer beschloßen, in den Streik einzutreten. Am 30. Januar legten sie bei einem und am 31. Januar bei dem zweiten Arbeitgeber die Arbeit nieder, so daß auf keinem Bau mehr gearbeitet wird. In Betracht kommen etwa 35 Maurer und 16 Bauarbeiter.

In Pyrmont, dem waldreichen Badeort, sind die Kollegen am 1. Februar in den Streik eingetreten. Die Unternehmer zahlten dort bisher 37 $\frac{1}{2}$ Lohn, während ein fremder Unternehmer, der dort das Badehaus baut, 40 $\frac{1}{2}$ und vom 1. April an 45 $\frac{1}{2}$ zahlt. Selbstredend verurteilten nun die Kollegen, ihre heimlichen Unternehmer gleichfalls auf diesen Lohn zu verpflichten. Diese haben das aber abgelehnt, und so beschloßen die Maurer in einer Versammlung am 31. Januar, an anderen Worgen die Arbeit niederzulegen. Auch dieser Streik scheint recht vortellig unternommen zu sein, man muß freilich auch in Betracht ziehen, daß es sich um einen Badeort handelt, wo erfahrungsgemäß die meiste Arbeit vor der Saison vorliegt.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, die Mitgliedsbücher der auf Grund §§ 26 und 36 vom Beitrag befreiten Kollegen zur Abstempelung einzusenden.

„Arbeit und Kultur“. Da auch die dritte Auflage des Buches „Arbeit und Kultur“ fertiggestellt ist, erwarten wir von den Zweigvereinen weitere Bestellungen.

Den reisenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zweigvereine Niedersieben, Ganderstheim und Garzburg Reisenunterstützung nicht auszahlen.

Vom Vorstandsvorstande beauftragt sind die neugewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die bisher das Wahlprotokoll eingeleitet haben.

Sterbegebühren darf laut Statut nur auf Anweisung des Vorstandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden: a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuzahlen ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 28. Januar bis 3. Februar für folgende Mitglieder erteilt worden:

- Heinz Meyer - Hamburg (Frau), Verbands-Nr. 29.618;
- Heinz Dole-Hamburg (Frau), 28.233; Karl Berger-Berlin, 4288;
- Germ. Nagel-Berlin, 6893; Willy Steinhofel-Cöpenick, 74.821;
- Joh. Hufe-Stettin, 45.849; Gust. Hanisch-Lützenau, 180.861;
- Heinz Vorfelb-Heiligenhafen (Frau), 166.206; Willy Bollbrecht-Frankfurt a. M., 21.822; Frdr. Wilsdorf-Dresden (Frau), 18.269; Willy Zinn-Bruchmühle (Frau), 56.980; Franz Jüngere-Gera (Frau), 71.443; Aug. Walfersal-Magdeburg, 41.916;
- Karl Richter-Leipzig (Frau), 87.929; Heine. Eichhoff-Edertorf, 65.812; Joh. Kolbe-Glogau (Frau), 71.997; Gust. Zeiske-Dortmund, 19.717; Stanisl. Adrich-Polen (Frau), 43.866; Gottl. Dittmann-Freihau, 69.887; Gust. Kallies-Berlin (Frau), 11.780; Ernst Kleinig-Craubenz, 123.871; Alb. Nemer-Brandenburg (Frau), 10.996; Wilh. Richter-Starkruhe (Frau), 152.781; Aug. Hoffschläger-Blau (Frau), 94.178; Hugo Stasch-Wresden, 108.602; Aug. Meyer-Hamburg, 28.401; Carl Friedrich-Magdeburg (Frau), 41.828; Aug. Schröder-Siedel (Frau), 102.339; Alb. Paape-Mecklenburg (Frau), 90.957; Herm. Bedmann-Steinitz (Frau), 45.068; Jacob Götz-Worzhelm, 149.129; Franz Götz-Greiz (Frau), 167.408.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köcker, Hamburg 7, Befensbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 30. Januar bis 5. Februar 1906 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Frankfurt a. M. und Umgegend M. 20.182,20, Bremen 190,12, Mühlhausen i. Thür. 66,08, Lübben i. L. 25, Hennidensdorf 189,94, Budow i. d. Mark 169,65, Kempten 152,09, Gr.-Müden 148,96, Segeberg 129,40, Striegau 115,93, Poppentauer 66,80, Barel 53,22, Tölz i. Bay. 46,78, Weislich 42, Arnstadt 35,65, Galtbude 17,76, Eißler 1,25, Marstein 50, Waldburg 200, Ostfildt 60, Glas 45,85, Bronne 99,02, Schliersee 13,80, Erlangen 216,86, Buztchube 70,54, Schmalkalden 35,68, Othrburg 4,80, Schmölz 2,20, Herborn 48, Großk. 85,22, Braunsfeld 42,24, Geringswalde 17,42.
- b) Für Kalender. Bremen M. 5, Budow i. d. Mark 7,50, Gr.-Müden 12,50, Striegau 7,50.
- c) Für Futtermal. Mühlhausen i. Thür. M. 1, Eißler 2, Schmalkalden — 20, Göttingen 5.
- d) Für Protokolle v. S. Verbandsrat i. Braunschweig. Eißler M. 2, Striegau 1.
- e) Für den Bericht der Bauarbeiter-Schutzkommission. Gr.-Müden, Eißler und Striegau je 75 $\frac{1}{2}$.
- f) Für „Arbeit und Kultur“. Frankfurt a. M. und Umgegend M. 760, Gr.-Müden 7,50, Waldburg 6, Glogau 6, Mühlstedt 4,50, Schmalkalden 4,50, Weislich (Kupfe) 4,50, Göttingen 6, Hennidensdorf, Budow, Segeberg, Poppentauer, Barel, Tölz i. Bay., Arnstadt, Westhausen, Neustadt a. d. Odra, Dortmund (Kahl), Bronte und Buztchube je M. 1,50.
- g) „Monarchie oder Republik“ von Frohme. Göttingen M. 2,60.
- h) Für Einbandsachen. Göttingen M. 1,10.

Als verloren gemeldet wurden die Mitgliedsbücher der Kollegen Ernst Hausmann-Hamburg (Verbands-Nr. 200.298), Ernst Widmann-Berlin (3269), Peter Walthes-Hamburg (172.598), Aloys Nyssa-Bremen (51.851), Viktor Lammert-Strachburg i. Elsaß (124.218), Fritz Busch-Bremen (65.877), Joh. Wilsch-Bremen (188.855), Otto Salomon-Wilhelmshaven (178.420), Wilh. Rod. Haffelberg (208.202), Herm. Thölen-Dortmund (15.958), Carl Wendt-Galle (25.658), Louis Behle-Wilhelm a. d. Ruhr (120.882), Joh. Braak-Wilster (86.488), Franz Götz-Greiz (167.408), Emil Dertel-Greiz (167.464).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 87 des Statuts vom Zweigverein Langenbielau: Wilhelm Häbner (Verbands-Nr. 291.856), Bruno Reier (145.639), Richard Eiz (225.227), Karl Anders (222.202), Karl Wede (222.291), Adolf Oht (251.899), Arthur Reuther (230.047), Wilhelm Diehr (222.272), Hermann Schimlinsky (82.697), Paul Hille (291.852), August Stellmacher (291.828), Norbhausen: Albert Winter (325.280), Eduard Glorius (122.429), Wilschhausen: Siemer (107.136), Tangermünde: August Stahlgier (103.478), Christoph Schulze (128.544), Hermann Meier (79.207), Friedrich Schulze (285.818), Berlin: Karl Rabbog (344.195), M. Korzenowski in Charlottenburg (316.430), Willy Witte in Nibdorf (96.19), Richard Eobebant in Nibdorf (45.472), Wegesack: R. Rügler (137.069); vom Verbandsrat a. d. O.: Otto Welter in Sangerhausen (183.051).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Aufschrift nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Berlin: Rumen aus Sippinge (Verbands-Nr. 244.852); Bochum: Friedrich Duijke (231.249); Zentralsmann in Dresden: Karl Urban aus Groß-Görschütz (18.433).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, ersuchen wir, dem betr. Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Bremen.

Im Einberufen mit dem Vorstandsvorstande berufen wir hiermit zu Sonntag, den 25. März, eine Gaukonferenz nach Bremen; sie findet im Vereinshaus, Hanzenstraße 21/22, statt und beginnt 8.

Gau Berlin.

Im Einberufen mit dem Vorstandsvorstande berufen wir hiermit zu Sonntag, den 25. März, eine Gaukonferenz nach Berlin; sie findet im Vereinshaus, Hanzenstraße 21/22, statt und beginnt 8.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Entschädigung des Bauvorstehenden', 'Entgangener Arbeitsverdienst', 'Dilaten', 'Fahrtgeld', 'Brudraden', 'Borte und Schreibmaterial', 'Sonsige Ausgaben'.

Bilanz.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Einnahme', 'Ausgabe', 'Bestand am 4. Januar 1906'.

R. Obermeyer, Vorsteher. Aug. Roland, Kassierer. Carl Ehrig, Louis Freiberg, Rechner.

Gau Gütlich.

Im Jahre 1905 war die Bautätigkeit im ganzen Gau recht lebhaft. Die Bautätigkeit hat auch bis zum Eintritt des Winters fast gleichmäßig angehalten. Eine Ausnahme macht wiederum, wie überhaupt in den letzten Jahren, die Stadt Gütlich. Auch in der nächsten Umgebung dieser Stadt ist von Bautätigkeit keine Spur; noch immer steht hier eine bedeutende Anzahl Wohnungen leer. Die Einwohnerzahl, die 1900 80 931 betrug, hat sich in der letzten Volkszählungsperiode nur um 9700 vermehrt; diese unbedeutende Zunahme ist nur dem Ueberflusse der Geburten über die Todesfälle zuzurechnen. Es hat also Abzug stattgefunden.

Die allgemein gute Bautätigkeit ließen die Kollegen nicht ganz unbenuzt vorübergehen. Es wurden in 16 Lohngebieten Lohnforderungen gestellt. Von diesen wurden elf ohne Kampf erledigt. In vier Orten mußte gestreikt und in einem Orte eine kurze Aussperrung vorgenommen werden.

In Neuhäusern a. d. O. d. R. betrug der Stundenlohn 25 $\frac{1}{2}$. Dieser kleine Lohn brachte den Kollegen zum Bewußtsein, daß es unumgänglich notwendig sei, den jeder menschlichen Leistung entsprechenden Lohnsatz auf eine höhere Stufe zu bringen. Sie organisierten sich, schlossen sich als Baugewerkschaft dem Zweigverein Neufalza an und forderten 30 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Die Forderung war sehr bescheiden; sie wurde von den Unternehmern auch bewilligt, bei der effizienten Arbeitszeit verblieb es jedoch.

In Neugersdorf war im Sommer 1904 ein Stundenlohn von 30 $\frac{1}{2}$ üblich, ebenfalls üblich war es aber dort auch, daß im Herbst dieser niedrige Lohn noch gestrikt und ein sogenannter Winterlohn gestellt wurde. Dies geschah auch auf dem Hofneubau des Baumeisters Roth. Es wurden 27 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gestellt. Die Kollegen arbeiteten für diesen Lohn; als aber Ende März für den Baumeister der Winter noch immer nicht zu Ende zu sein schien und er sich zur Zahlung des früheren Lohnes nicht bequimte, füllten die Kollegen die Arbeit ein. Darauf gab der Unternehmer 1 $\frac{1}{2}$ mehr, also 28 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Die Kollegen waren damit zufrieden und nahmen die Arbeit wieder auf. Drei Kollegen, die bei dem Vorgang als die „Mädelführer“ auftraten, wurden gemargellos. Eine solche Unternehmervilligkeit ist in Neugersdorf sehr leicht durchführbar, denn um die Organisation kümmert sich der größte Teil der Kollegen nicht; das Überlassen sie einfach einer einzigen Person, dem jeweiligen Vertrauensmann. Das wissen die Unternehmer, und deshalb ist ihre Handlungsweise den Kollegen gegenüber bezüglich der bezüglichen Lohnansprüche sowie der persönlichen Behandlung.

Auch in Freitalbau stellen die Kollegen eine Forderung. Der Lohn wurde von 80 auf 82 $\frac{1}{2}$ erhöht bei effizienter Arbeitszeit.

In Sagan a. sind die Kollegen seit Jahren von einer absoluten Zeitnangeligkeit für die dringlichsten Aufgaben der Organisation ergriffen worden. Aber im Herbst 1904 schien der Mann gebrochen zu sein: Die Kollegen stellten Forderungen auf Erhöhung des Lohnes von 80 auf 84 $\frac{1}{2}$ und Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden. Die Unternehmer bewilligten einen Stundenlohn von 82 $\frac{1}{2}$ und die zehnstündige Arbeitszeit. Aber jetzt spielte sich hier ein Vorgang ab, der in der Jetztzeit als unerhört bezeichnet werden muß. Während zwei Drittel der in Sagan beschäftigten Kollegen die bewilligte zehnstündige Arbeitszeit innehielt, lehnte ein Drittel die Annahme ab und arbeitete 11 Stunden weiter. In diesem Falle mußte also der Kampf nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die eigenen Kollegen geführt werden. Für diejenigen Kollegen, die die zehnstündige Arbeitszeit innehielt, verminderte sich der Tagelohn gegen früher um 10 $\frac{1}{2}$; sie waren bereit, vorläufig das Opfer zu bringen. Es wurde mit Sicherheit angenommen, daß sich im Laufe des Sommers dieser Ausfall mit Zeitigkeit werde weit machen lassen, da die Bautätigkeit ziemlich lebhaft war; aber dieses genügsame Drittel stand der weiteren Verbesserung des Lohnes hinderlich im Wege. Für diejenigen, die 11 Stunden arbeiteten, erhöhte sich der Tagelohn gegen früher um 22 $\frac{1}{2}$. Das war für sie maßgebend, es hieß: Wir können einen Lohnausfall verkraften. Diese Behauptung ist ja an sich richtig; aber es war gegen alle Regeln der modernen Lohnbewegung, ein Mangel an Solidarität, diese Tatsache dadurch aus der Welt zu schaffen, daß man den Lohnausfall durch verlängerte Arbeitszeit zu beden sucht und dadurch sich der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Allgemeinheit der Kollegen in unwürdigster Weise widersetzt.

In Langenlitz wurden ebenfalls Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gestellt. Die Unternehmer bewilligten die zehnstündige Arbeitszeit, lehnten aber die Lohnherhöhung ab. Bezüglich Einhaltung der verkürzten Arbeitszeit geschah daselbst wie in Sagan, nur daß es hier ein kleiner Bruchteil der Kollegen war, der die zehnstündige Arbeitszeit nicht inne hielt. Da nun die Lohnherhöhung abgelehnt wurde, hatten die Kollegen bei zehnstündiger Arbeitszeit gegen früher einen Lohnausfall von 80 $\frac{1}{2}$ pro Tag. Das war ein verhältnismäßig großer Verlust. Aber die Kollegen sagten sich: Erst einmal die Arbeitszeit herunter, so wird sich das Übrige schon finden. Darin hatten sie recht, aber sie fanden nicht den nötigen Mut, die Lohnherhöhung durchzusetzen. Die Genehmigung zur Arbeitszeiteinstellung war in unjener Gegend und Arbeits-

legenheit war genügend vorhanden. Es fehlte nur die Energie der Kollegen. Sie haben sich aber gelobt, das Verfallene im Jahre 1906 nachzuholen.

In Goldberg betrug der übliche Stundenlohn 29 $\frac{1}{2}$ und noch weniger. Da mit einem solchen Lohne nicht mehr auszukommen war, wurden Anfang Juni Forderungen auf Erhöhung des Lohnes auf 35 $\frac{1}{2}$ und Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden gestellt. Die Unternehmer antworteten, daß sie eine so „horrende“ Lohnherhöhung von nahezu 20 pBt. mitten in der Bauzeit nicht bewilligen könnten, da alle Bauten zum alten Lohnsatz abgeschlossen seien. Die Maurer würden doch auch wohl nicht wollen, daß sie, die Unternehmer, die Lohnherhöhung völlig aus der eigenen Tasche zahlen müßten. Es wurden aber doch 2 $\frac{1}{2}$ bewilligt, so daß jetzt der Lohn 31 $\frac{1}{2}$ beträgt. Bei der effizienten Arbeitszeit blieb es. Die Kollegen gaben sich zufrieden.

In Cunewalde betrug der Stundenlohn gar nur 27 $\frac{1}{2}$. Bei einem solchen Lohne erforderte es geradezu den Trieb der Selbsthaltung, die fluchwürdige Zufriedenheit abzuquitteln und zu fordern. Das taten die Kollegen nun auch. Sie erhielten 1 $\frac{1}{2}$ mehr und waren wieder zufrieden.

In Wäupen wurde die Forderung vom vorigen Jahre, den Lohn zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verkürzen, wiederholt. Es wurde, wie es bei unjener Organisation üblich ist, von der Lohnkommission um mündliche Verhandlung über die schwebende Lohnfrage nachgesucht, eine solche wurde von den Unternehmern auch zugestimmt, aber nur unter der Bedingung würde verhandelt werden, wenn in der Lohnkommission Leute wären, die volle drei Jahre bei einem der Wäupener Innungsmeister hintereinander gearbeitet hätten und bei einem solchen noch arbeiten. Das war eine offene Ablehnung der Forderung. Die Kollegen wollten sich derartige verhörende Bedingungen nicht stellen lassen, sondern beharrten vielmehr bei ihrer einmal gewählten Lohnkommission. So unterließ vorläufig die weitere Befolgung der gestellten Forderung, bis im Hochsommer eine Anzahl Kollegen auf verschiedenen Bauten an die Unternehmer herantraten und höheren Lohn forderten. Die Arbeitslegenheit war günstig. Infolge dieses energischen Auftretens der Kollegen zahlten die Unternehmer etwas mehr. Der Lohn betrug vorher im Durchschnitt 31 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Die Aufnahme der Statistik im August ergab einen Durchschnittslohn von 33 $\frac{1}{2}$; so daß eine Lohnherhöhung von durchschnittlich 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erfolgt war. Die Arbeitslegenheit wird in Wäupen auch in diesem Jahre aller Voraussicht nach gut werden; wenn die Wäupener Kollegen es wirklich ernsthaft wollen, daß ihre Lebenslage gebessert wird, so werden sie sich an den Zittauer Kollegen ein Beispiel nehmen müssen, nämlich äußerst richtig sein in der Organisation und tüchtig organisieren, dann wird es sicher sein, daß sie in diesem Jahre ihre Wünsche erfüllt sehen werden.

In Söbana wurde im Jahre 1904 ein Stundenlohn von 35 $\frac{1}{2}$ und die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden gefordert. Die Baumeister antworteten, daß noch im Herbst desselben Jahres die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Jahr 1905 durch Verhandlungen mit dem Gesellenauschuß für die Stadt Lobau und wenn möglich für die ganze Amtsbaupolizei geregelt werden sollte. Mit einer solchen Regelung würden die Kollegen sich zufrieden geben haben. Aber sie trat nicht ein, es geschah nichts. Die Baumeister hatten ihre juristisch gegebenen Wort nicht eingehalten. Im Frühjahr 1905 wurde die Forderung wiederholt. Auf die Wiederholung teilten die Baumeister nun gar mit, daß man es in diesem Jahre mit dem bisherigen Lohnsatz auf sich beruhen lassen wolle. Also die Forderung wurde in aller Form abgelehnt. Im Hochsommer lies die Arbeitslegenheit, und die Kollegen sagten sich, die Forderung müsse den Baumeistern durch ein Schreiben wieder in Erinnerung gebracht werden. In einer zu diesem Zweck einberufenen Versammlung wurde es aber abgelehnt, noch einmal ein Schreiben abzugeben. Es wurde vielmehr den verammelten Kollegen geraten, am nächsten Tage auf jeder Baustelle an die Unternehmer heranzutreten und zu fragen, wie es nun mit der Bewilligung der Forderung stehe. Dies geschah, und es half. Die Unternehmer sagten Verhandlungen zu und zwar sollte diese Sitzung von der Lohnkommission und von dem Gesellenauschuß selbst bestimmt und die Baumeister von diesen Körpern dazu eingeladen werden. Die Verhandlungen fanden am 21. November statt. Das Resultat war, daß bis 1906 ab 1. April der Lohn um 3 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erhöht und die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt wurde.

Der Lohn in Sagan a. war von jeher auch nicht der höchste; er betrug im Frühjahr 32 $\frac{1}{2}$; es wurde nur 1 $\frac{1}{2}$ mehr gefordert und die Arbeitszeit sollte von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt werden. Die Unternehmer lehnten Verhandlungen ab. Die Forderung in dieser Form bedeutete, wenn die Arbeitszeit in der gewünschten Weise herabgesetzt worden wäre, keine Lohnherhöhung, sondern der Tagelohn hätte sich gegen den früheren um 6 $\frac{1}{2}$ vermindert. Es blieb aber noch bei der effizienten Arbeitszeit. Infolge der guten Bautätigkeit gelang es, den Lohn nicht nur auf 33 $\frac{1}{2}$, sondern fast allgemein auf 35 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen. Wegen der Verkürzung der Arbeitszeit nochmals in eine Bewegung einzutreten, erschien den Kollegen die Zeit schon zu weit vorgeschritten; es soll aber bestimmt in diesem Jahre damit vorgegangen werden, da auch in diesem Jahre die Bautätigkeit gut zu werden verspricht.

In Weiskirchen wurde ebenfalls auf Eruchen der Kollegen der Lohn von 29 $\frac{1}{2}$ auf 30 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erhöht. In Liegnitz hatten unsere Kollegen bereits im Jahre 1904 einen schweren Kampf um Lohnherhöhung mit dem Unternehmern durchzuführen. Sie forderten 42 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Die Unternehmer verhandelten nicht und bewilligten auch nichts. Der Kampf wurde nach elfwöchiger Dauer abgebrochen, ohne daß etwas Positives erreicht wurde. Der schwere Lohnkampf hatte aber doch etwas Gutes gebracht: im Frühjahr 1905 wurden 2 $\frac{1}{2}$ mehr, also 33 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn, gestellt. Aber damit waren die Kollegen nicht zufrieden. Sie wiederholten die Forderung von 1904. Aber auch diesmal ließen sich die Unternehmer in keinerlei Verhandlungen mit den Vertretern der Kollegen ein. Es kam wiederum zum Streik. Auch das Einigungsamt des Gewerbegerichts wurde von den Unternehmern abgelehnt. So folcher probigen Nichtachtung wurden die Unternehmer ermutigt durch nahezu 100 Streikbrecher, denen noch über 100 Lehrlinge und fast sämtliche Poliere zugunäh waren. Die Bau-

tätigkeit war sehr gut; aber eine solche Zahl von Arbeitskräften schafft immerhin ein großes Stück der dringlichsten Arbeiten fertig. Der Kampf bog sich trotz guter Bautätigkeit sehr in die Länge und nach achtwöchiger Dauer mußte er wiederum, ohne das erstrebte Ziel erreicht zu haben, aufgegeben werden. Inwiefern auch dieser Streik für eine weitere Lohnherhöhung fruchtbar gewirkt hat, wird sich wiederum erst in diesem Frühjahr zeigen. Die Zittauer Kollegen haben die Kampfeskunst noch lange nicht belehrt; sollte das Gedächtnis nicht eintreten, so werden sie auch in diesem Jahre bereit sein, der Kampf von neuem aufzunehmen, bis der Uebermut des Unternehmertums gebrochen ist.

In Zittau war durch den Streik im Jahre 1904 nichts Wesentliches erreicht worden, so daß im Jahre 1905 die Forderungen wiederholt werden mußten. Die Unternehmer gaben darauf gar keine Antwort. Es wurde auch nichts bewilligt. Sollte für die Kollegen unter diesen Umständen etwas erreicht werden, so mußten sie zum Angriff übergehen. Am 22. Mai wurden die Bauten eines Unternehmers gesperrt. Die Forderung lautete ursprünglich auf 35 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit. Die Kollegen waren aber schon mit 33 $\frac{1}{2}$ zufrieden gewesen. Das bedeutete eine Lohnherhöhung von nur 2 $\frac{1}{2}$. Sie ließen dies dem Baumeister durch ihre Vertretung mitteilen. Dieser ließ sich jedoch auf nichts ein; im besten Falle wollte er 1 $\frac{1}{2}$ zulegen. Nun legten 30 Kollegen bei diesem Baumeister die Arbeit nieder. Es war sehr bringende Arbeit vorhanden, der ganze Betrieb war vollständig lahmgelegt. Nun wurde noch an demselben Tage von neun Unternehmern über sämtliche unfernen Verbände angehörenden Mitglieder die Aussperrung verhängt und diese am folgenden Tage, am 23. Mai, bereits durchgeführt. Die Unternehmer, die sehr bringende Arbeit hatten, beteiligten sich vorläufig nicht an der Aussperrung. Es war anzunehmen, daß diese erst die dringlichsten Arbeiten fertigstellen wollten, um dann ihrerseits ebenfalls auszusperrn. Dieser Plan konnte nur dadurch vereitelt werden, daß die Kollegen in einem allgemeinen Streik eintraten. Das geschah auch am 24. Mai und war ein Akt der Selbsthilfe. Leiber gab es auch bei dieser Arbeitszeiteinstellung eine größere Anzahl Zittauer Maurer, die dem prophezierten Unternehmern Handelsgelderdienste leisteten, indem sie als Streikbrecher an der Arbeit blieben und durch dem Kampf eine große Schärfe und übermäßig lange Dauer verliehen. Bis zum endgültigen Friedensschluß dauerte dieser Streik 17 Wochen. Am 4. August wurde von dem Arbeitgeberverband die Aussperrung aufgehoben. Sie hatte nicht die geringste Wirkung gehabt. Zuog auswärtiger Streikbrecher erfolgte so gut wie gar nicht; nur einmal gelang es dem professionellsten Streikbrecheragenten Kädel aus Rochlitz bei Reichenberg i. S. stieber tschechische Wäbner, die auch von einer Frau begleitet waren, nach Zittau zu bringen; als Logis war für sie ein alter Herdostall mit einem Lager von Stroh bestimmt worden. Sie sogen aber am nächsten Tage, ohne überhaupt die Arbeit aufgenommen zu haben, mit Sach und Pack wieder ab. Das war brav von ihnen. Anders zeigten sich einige Zittauer „Arbeitswillige“. Es waren dies die Maurer Emil Walzer und sein Ableger Bruno Walzer, Vogel, Schönberg, Schulz und Friedrich Rothe. Diese Reden waren über die Vorgänge in Zittau von gewissenlosen Agenten belagert worden. Diese aber wußten genau, was in Zittau vorging; sie waren vorher persönlich darauf aufmerksam gemacht worden; trotzdem arbeiteten sie dort.

In Neufalza a. b. O. forderten die Kollegen eine Lohnherhöhung von 35 auf 35 $\frac{1}{2}$. Die Unternehmer wußten bereits im Jahre 1904, daß sie für das Jahr 1905 mit dieser Erhöhung rechnen mußten. Dies taten sie auch, indem sie den Bauwerkern einen erhöhten Lohnsatz in Rechnung setzten; trotzdem wurde dem Gesellenauschuß gegenüber behauptet, daß ein höherer Lohn nicht gestellt werden könne. Die Weigerung wurde damit motiviert, daß in Neufalza erst die Wohnungsmieten noch mehr steigen müßten, ehe sich eine weitere Lohnherhöhung rechtfertigen lasse. Demnach müßten die Neufalzer Maurer an die Hausbesitzer herantreten und sie eruchen, ob sie nicht so freundlich sein wollen, die Miete zu erhöhen, um zu einer kleinen Lohnherhöhung gelangen zu können. Es kam am 15. Juni zur Arbeitszeiteinstellung. An dieser beteiligten sich sämtliche in Neufalza und Umgegend arbeitenden Maurer mit Ausnahme eines einzigen. Streikbrecher gab es nur drei. Nach fünfwöchiger Dauer des Streiks eruchten die Unternehmer selbst die Streikleitung um Unterhandlung zmeds Bewilligung des Streiks. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, der in Nr. 35 des „Grundstein“, Jahrg. 1905, abgedruckt ist. Am 24. Juli wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Eine große Gefahr für Lohnbewegungen bildet in Neufalza die außergewöhnliche Lehrlingszahlerei. Es kamen zur Zeit des Streiks auf 113 Gezellen 71 Lehrlinge; einem solchen Zustand muß mit aller Entschiedenheit seitens der Gesellenschaft entgegengewirkt werden, denn er ist nicht nur eine Gefahr für Lohnbewegungen, sondern auch für den Lehrling und das Gewerbe. Es ist unmöglich, daß bei einem solchen Mißverhältnis der Lehrling fadgemäÙ ausgebildet werden kann. In den ersten Lehrjahren ist auch die Hauptbeschäftigung des Lehrlings die Sandlangerarbeit. Auf diese Weise wird auch noch den Bauhilfsarbeitern schwere Konkurrenz gemacht, die lohnbringend wirken muß.

In Grünberg wurde dieselbe Forderung gestellt wie in Neufalza. Hier hatten die Unternehmer sogar im August 1904 ein Zirkular an das bauende Publikum gesandt, worin angeblühnd wurde, daß eine Erhöhung des Lohnes für Maurergesellen eingetreten sei und der Stundenlohn für Maurergesellen im Jahre 1905 42 $\frac{1}{2}$ betragen müsse. Die Maurergesellen belamen aber keinen Pfennig mehr, sondern nur 33 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Die Zimmerer hatten ebenfalls an ihre Unternehmer Forderungen gestellt. Auch sie wurden abgewiesen. Infolgedessen stellten am 29. Juni die Zimmerer die Arbeit ein. Jetzt ließen unsere Unternehmer an die Maurer auf allen Bauten ein Zirkular folgenden Inhalts verbreiten: Jedem Maurer, der dem Zentralverband der Maurer Deutschlands angehört, wird mit dem heutigen Tage der 15. Juli gelündigt, sofern bis zu diesem Tage die Zimmerer Grünbergs die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben. Grünberg i. Schl., den 1. Juli 1905. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Grünberg i. Schl.

Diese Androhung der Aussperrung wirkte auf unsere Kollegen wie ein elektrischer Schlag. Sie warteten den Termin nicht ab, sondern stellten bereits am 7. Juli, mit Ausnahme von nur vier Mann, die Arbeit ein mit dem Motto: Will man uns nicht in der Arbeit haben, so lassen wir uns nicht hinauskomplimentieren, wenn es den Herren soht, sondern wir gehen freiwillig. Es gab kein Galteln mehr; eine solche Begeisterung und Einmütigkeit hatten die Unternehmer nicht erwartet. Es kam auch bereits am nächsten Tage nach der Arbeitseinstellung zu Verhandlungen, die durch den ersten Bürgermeister der Stadt Grünberg angebahnt wurden. Sie hatten auch den Erfolg, daß ein Vertrag abgeschlossen und die Organisation vollständig anerkannt wurde. (Der Vertrag ist in Nr. 33 des „Grundstein“ von 1905 abgedruckt.) Der Streik dauerte zehn Tage.

In Görlitz gelang es endlich an Stelle des zehn-einhalbstündigen Arbeitstages den zehnstündigen einzuführen. Anfanglich schien es, als sollte dies ohne Kampf möglich sein. Dem war aber nicht so. Die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit wurde von den Unternehmern anerkannt und uns dies in einem Schreiben mitgeteilt. Aber der Zehnstündentag wurde nicht eingeführt. Auf dem Bau der hiesigen Gasanstalt wurde weiter zehneinhalb Stunden gearbeitet. Der Kolier auf diesem Bau litt sehr einfach; „Bei mir wird zehneinhalb Stunden gearbeitet, und ich möchte den sehen, der mir entgegentritt.“ Aber bereits am nächsten Tage trat ihm die Weisheit der Kollegen dadurch entgegen, daß sie die Arbeit einstellen. Das half. Nachdem zwischen dem Zweigvereinsvorstand und dem Vorsitzenden der Unternehmerorganisation unterhandelt worden war, wurde auch auf dieser Baustelle Ordnung geschaffen.

Zur besseren Uebersicht über die Lohnbewegung und deren Erfolge folgen wir in folgender Tabelle diejenigen Orte an, die bis dato teilgenommen haben.

Lohnbezirk	Jahr der Orte		Durchschnittslohn pro Stunde		Arbeitszeit	
	1904	1905	1904	1905	1904	1905
Bruthen	13	35	25	30	11	11
Baugen	30	240	31	33	11	11
Funenabau	7	60	27	28	11	11
Greinsdorf	7	21	30	32	11	11
Goldberg	16	150	29	31	11	11
Grünberg	26	178	33	35	10	10
Görlitz	21	206	37	40	10 1/2	10
Hannau	30	124	31	34	11	11
Liegnitz	16	304	36	38	10	10
Langenbiss	7	123	30	31	11	10
Obbau*	27	135	30	30	11	11
Riesch	14	58	29	30	11	11
Neusalz	9	118	33	35	10	10
Sagan	10	150	30	32	11	10
Zittau	13	374	30	33	10 1/2	10 1/2

* In Obbau tritt die Erhöhung des Lohnes um 8 % erst am 1. April, 1906 in Kraft.

Es gehört nun einmal mit zum Geschäft, daß bei Streiks Reibungen zwischen den Behörden und den Streikenden entstehen. So wurden in Liegnitz gegen sieben Kollegen Anklagen erhoben, die in fünf Fällen zu einer Verurteilung zu Geldstrafen führten. In einem Falle wurde der Angeklagte mit 8 Tagen Gefängnis bestraft. Ein Kollege wurde freigesprochen. Die Geldstrafen bewegten sich zwischen 5 und 50. Die Anklagen lauteten auf Hausfriedensbruch, Verleumdung und Bedrohung von „Arbeitswilligen“. Auch in Zittau ging es nicht ganz ohne Strafen ab. Es erhielten vier Kollegen zusammen 13 Tage Gefängnis; die höchste Strafe war sieben Tage, die niedrigste zwei Tage Gefängnis; alle Verurteilungen erfolgten wegen Vergehens gegen § 163 der Gewerbeordnung. In Grünberg und Neusalz sind anlässlich der Streiks in diesen beiden Orten Bestrafungen nicht vorgekommen.

Durch die Agitation, die hauptsächlich durch die Zweigvereine betrieben wurde, sowie durch die Verbreitung des Flugblattes, das im März vom Verbandsvorstand herausgegeben wurde, ist es gelungen, in einzelnen Orten Organisationen zu gründen, die dem nächstgelegenen Zweigverein als Zählstellen angegliedert sind. Es bestehen Zählstellen überhaupt: zum Zweigverein Görlitz gehören die Zählstellen Zauban, Benzig D.L., Riesch, Petershain, Priebus, Freitalbau. Zum Zweigverein Liegnitz gehören die Zählstellen Lüben und Warchow. Zum Zweigverein Cunnersdorf gehört die Zählstelle Bähn. Zum Zweigverein Neusalz die Zählstelle Weuthen. Der Mitgliedschaft Zittau sind angegliedert die Zählstellen Großschönau, Seiffhennersdorf, Ostria, Odersch, Reichenau* so daß neben den jetzt bestehenden 24 Zweigvereinen 15 Zählstellen diesen angegliedert sind. Zwei Zweigvereine haben sich neu gegründet: Sprottau und Bernsdorf D.L.

Das Gleichen und Sinnen der Mitgliederzahlen in den einzelnen Quartalen des Berichtsjahres bringen wir weiterhin zur besseren Uebersicht in folgender Tabelle zur Veranschaulichung. Die Mitglieder der oben angeführten Zählstellen sind in den Zahlen der Zweigvereine mit inbegriffen.

Einen großen Teil der Tätigkeit des Gewerkschaftsvorstandes beanspruchte die Lohnbewegung. Der Vorstand war beteiligt in 88 Versammlungen, darunter drei öffentlichen, und einmal in einer Versammlung in Schangendorf in Böhmen. In Zittau und Görlitz wurde je eine Konferenz abgehalten für die beiden Orte angegliederten Zählstellen. Ferner waren nötig 32 Sitzungen mit den verschiedenen Zweigvereinsvorständen, 36 Revisionen, 37 Besprechungen, 39 Besuche aus verschiedenen Anlässen, 46 Tage kamen auf Streifeilung, Aufnahme von Statistiken in zwölf Fällen, zweimal Einholen von Geld, mit dem die Unterlassener ausgedient wurden. Die Korrespondenz erledigte sich in 465 Eingängen aller Art und in 469 Ausgängen.

* Die mit einem * bezeichneten Zählstellen haben sich im Berichtsjahre neu gegründet.

Mitgliedschaften und Zweigvereine	Mitgliederzahl				Gesamtzahl
	1. Quart. 1904	2. Quart. 1904	3. Quart. 1904	4. Quart. 1904	
Baugen	46	53	73	61	133
Bernsdorf, D.L.	182	180	187	157	506
Cunnersdorf	285	274	312	287	600
Funenabau	71	70	80	80	201
Goldberg	245	322	307	327	601
Görlitz	251	298	365	385	700
Grünberg	102	119	143	181	325
Hannau	31	45	67	65	148
Liegnitz	28	33	22	16	60
Langenbiss	46	50	48	27	131
Obbau	100	95	68	66	130
Reichenau	36	43	50	60	129
Neusalz	12	16	16	9	53
Neusalz	15	22	25	15	57
Oberselbendorf	69	88	78	99	184
Sagan	25	25	38	39	77
Schmidberg	20	30	34	46	60
Sprottau	61	85	87	27	140
Weißwasser	14	15	15	20	54
Zittau	336	347	294	402	780
Gesamt	2971	3538	2666	2885	13060

Ueber die Einnahmen und Ausgaben gibt folgende Abrechnung Aufschluß:

Einnahme:	
An Kassenbestand von 1904	M. 172,57
„ Beiträgen auf Grund des Statuts	1889,82
„ Rückaus auf der Hauptkasse	1310,38
„ Anlagen für Streifeilung zurück	348,40
„ Beiträgen der Zweigvereine	533,-
Summa	M. 3753,97
Ausgabe:	
Für Beamtengeld	M. 1800,-
„ entgangenen Arbeitsverdienst anderer Kollegen	28,-
„ Diäten	918,-
„ Fahrgebühren	682,75
„ Druckkosten	11,90
„ Porto und Schreibmaterialien	44,64
„ Versicherungsbeiträge	36,-
„ Abonnement auf das „Reichsarbeitsblatt“	1,-
„ 16 Generalabschriften	28,50
„ Buchbinderarbeiten	2,50
Summa	M. 3546,29
Ueberschuss	M. 207,68

Der Gewerkschaftsvorstand.
H. Kupke, Vorsitzender. Albert Deckerth, Kassierer.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse senden wir fortan in die Redaktion des „Grundstein“. Nur kurze Mitteilungen können noch dienstags Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigbar sein können, wenn sie dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Ungetreuer Kassierer.

Der Maurer Schick war im Frühjahr 1905 in der Zählstelle Langenbiss als Hilfskassierer tätig; er unterlag in dieser Eigenschaft M. 22 einfallender Gelder. Es wurde Anzeige gegen ihn erstattet, und mehrfach fanden Termine in dieser Angelegenheit statt. Der Angeklagte zog es immer vor, nicht zu erscheinen. Am 30. Januar d. J. wurde er endlich zwangsweise vorgeführt und zu M. 30 Geldstrafe verurteilt.

Gau Mannheim. Die Einzelmitglieder in Hochheim und Umgebung hielten Sonntag, den 21. Januar, eine Versammlung ab, die trotz der Einladungen schwach besucht war. Kollege Bräuer gab den Kassenbericht; danach ging in Hochheim und Umgebung 123 Mitglieder. In der Lokalfasse ist ein Bestand von M. 30,17. Die Revisionen bestätigen den Bericht, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Es wurde dann zur Wahl von Hilfskassierern geschritten. Der Vertrauensmann ernannte die Kollegen, nur zuverläßliche Kollegen zu wählen. Hierfür wurde ein Delegierter zur Gaufunktion gewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde vom Kollegen Götz der Antrag gestellt, für St. Ludwig eine Lohn- und Arbeitsordnung, ähnlich dem Kaiser Vertrag, auszuarbeiten. Der Vertrauensmann sprach dagegen, indem er auf die schwache Organisation in St. Ludwig hinwies. Er führte aus, daß wir nicht in der Lage seien, eine Forderung vorzubringen; dies könne auch erreicht werden, wenn jeder organisierte Kollege seine Schuldigkeit tue. Vor Schluß der Versammlung ernannte der Vertrauensmann die Mitglieder, in den nächsten Versammlungen, die am 18. Februar, nachmittags, in Hochheim und Umgebung stattfinden, zahlreicher zu erscheinen und dem Verbandsneue Mitglieder zuzuführen.

Bayreuth. Sonntag, den 14. Januar, tagte hier in der „Zentralhalle“ unsere diesjährige Generalversammlung. Bei Beginn der Versammlung rügte Kollege Reil-

meier den schwachen Besuch und betonte, daß wir uns rüfen müssen, wenn wir in diesem Jahre unsere alte Forderung (40 1/2 Stundenlohn) durchdrücken wollten. Die Abrechnung vom vierten Quartal und der Jahresbericht wurden genehmigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Dem Kassierer wurde für seine tadellose Kassenführung eine Gratifikation von M. 5 gewährt. Bei der Neuwahl der örtlichen Verwaltung wurden folgende Kollegen neu gewählt: erster Vorsitzender Hans Hoffmann, erster Kassierer Michael Krauß.

Brundshaupten. Am 28. Januar tagte hier eine ordentliche Mitgliederversammlung. Es wurde beschlossen, einen Schranz zu beschaffen und das Weitere dem Vorstande zu überlassen. Die Jahresabrechnung wurde verlesen, genehmigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde beschlossen, zur nächsten Mitgliederversammlung der Zählstelle Köpchen zwei Kollegen von hier zu delegieren. Auf Antrag der Delegierten, Kollegen wurde beschlossen, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen: „Erhebung eines Vertrages zum Lokalfonds“. Die Stärkung der Lokalfasse ist notwendig, damit auch unser Zweigverein aktionsfähig wird. Zum Schluß wurden die Kollegen ernannt, noch weiter zusammenzutreten, damit wir für alle Gefahren gerüstet sind. Auch sollten die Versammlungen zahlreicher besucht werden, denn gubeilichte Versammlungen zeigen die gelungene Tätigkeit der Kollegen.

Chemnitz. Dienstag, den 16. Januar, tagte hier im Restaurant „Hoffnung“ eine Mitgliederversammlung. Kollege Gschäb gab den Kassenbericht, die Mitgliederzahl vom vierten Quartal und die Jahresabrechnung betraf. Er erklärte, daß die Einnahme in dem letzten Quartal hätte besser sein können, wenn die beitragsrückständigen Kollegen ihre Pflichten besser erfüllt hätten. Dem Vertrauensmann wurde Decharge erteilt. Kollege Gschäb wurde einstimmig wiedergewählt. Den Bericht der Agitationskommission erstattete Kollege Neumann. In der darauffolgenden Debatte suchten die Kollegen Bedert und Heilforth die gefassten Beschlüsse zu benägen. Hierauf erfolgte die Wahl der Agitationskommissionsmitglieder. Kollege Wachmann gab den Bericht der Bauarbeiterdeputationskommission in sachlicher Weise. Er wies am Schluß seines Berichtes darauf hin, daß alle Beschwerden über Baubuden, Unreinlichkeiten derselben, usw. an den Vorsitzenden der Bauarbeiterdeputationskommission zu richten seien. Dieses gelte hauptsächlich denjenigen, die nicht den nötigen Mut besitzen, dem Polier von Mißständen Mitteilung zu machen, um Abhilfe zu schaffen. Kollege Wachmann wurde wiedergewählt.

Coburg. Der hiesige Zweigverein hielt Sonntag, den 21. Januar, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die sehr lebhaft besucht war. Von 100 Kollegen waren 40 Kollegen anwesend. Zunächst wurde der Kassenbericht vom vierten Quartal und der Jahresbericht verlesen. Die Revisionen bestätigten beide Berichte, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Bei der Wahl des Vorstandes wurden gewählt: Kollege Waudler als Vorsitzender und Kollege Kausmann als Kassierer. Hierauf referierte Kollege Waudler über unsere Lohnbewegung im Jahre 1905 und ermahnte die Kollegen, trotz der Niederlage fest und treu zur Organisation zu stehen. Kollege Waudler stellte den Antrag, der „Baubütte“ die Forderung vom vorigen Jahre bis zum 1. März d. J. nochmals vorzulegen. Die Unternehmer hatten die schändlichsten Mittel angewendet, um unsere Organisation zu zerpflügen; was ihnen aber nicht gelungen ist. Der Schwärmer R. Scharschmidt werde je gemäß der Meinung sein, die Kasse des Maurer-Verbandes geschädigt, ja sogar gepregelt zu haben; es müsse ihm aber durch die Einreichung der Forderungen bewiesen werden, daß dies nicht der Fall sei. Aber die Versammlungen müßten lebhaft besucht werden, hauptsächlich von den Stabkollegen, die sich ihre Landkollegen zum Muster nehmen können, die bei dem schlechtesten Wetter in die Versammlung wandern. Zugut nach hier ist noch fernzuhalten.

Cöln. (Zählstelle Ehrenfeld.) Am 17. Januar fand die Jahresgeneralversammlung der Zählstelle Cöln-Ehrenfeld statt. Dem Jahresbericht entnehmen wir: Durch die gehobene Konjunktur in der zweiten Hälfte des Jahres war es möglich, unserer Zählstelle 56 neue Mitglieder zuzuführen zu können. Am Schluß des Jahres waren 110 Mitglieder vorhanden gegen 82 im Vorjahre. In den 25 Mitgliederversammlungen wurden 9 beachtenswerte Vorträge gehalten. Die Themen waren stets der Zeit angepaßt. Öffentliche Versammlungen fanden 2 statt; die erste im April aus Anlaß der Lohnherabsetzung am 1. Mai. In der zweiten sprach Kollege Hittmann aus Frankfurt über: „Werbung und Arbeiterbewegung“. Sämtliche Versammlungen waren bei Mitgliederzahl und der allgemeinen Bewegung entsprechend nur mittelmäßig besucht. Ferner fanden noch eine Ausbreitung, sieben Baubedientenleistungen und 27 Vorstandssitzungen statt. Im Frühjahr wurde eine Hausagitation vorgenommen, durch die wir aber nur drei Mitglieder gewonnen. Die staatlichen Feststellungen im August ergaben, daß von den hier beschäftigten Maurern, 170 an der Zahl, noch ein Fünftel inoffiziell war. Der Markterwerb hat sich gegen das Vorjahr um 1000 erhöht. Es wurden 3941 Beitragsmarken an die Mitglieder abgegeben; im Jahre 1904 nur 2945. Die Einnahme der Hauptkasse ist von M. 1689 im Jahre 1904 auf M. 2642,05 im Jahre 1905 gestiegen. Auch andere Anforderungen wurden an die Mitglieder gestellt. Der Bergarbeiterfrei applizierte an die Solidarität der gesamten Arbeiterchaft. Auch wir leisteten unseren Beitrag hierzu. Außerdem wird noch ein Ergänzungsvertrag von M. 500000 für den Cölnen Gewerkschaftshaus-Neubau erhoben. Die Beitragsleistung war eine sehr gute. Die Einnahme der Lokalfasse betrug M. 434,49. Dem stand eine Ausgabe von M. 203,64 gegenüber, so daß ein Bestand von M. 130,85 verbleibt. Im Vorjahre betrug der Bestand der Lokalfasse M. 63,86, er hat sich also mehr als verdoppelt. Der Vorsitzende richtete am Schluß seines Berichtes einen warmen Appell an die Anwesenden, in der bewegten Zeit mehr denn je die Ideen der modernen Arbeiterbewegung zu propagieren. Bei der hierauf folgenden Neuwahl wurde Kollege Fildum zum ersten Vorsitzenden und Schlapp zum ersten Kassierer wiedergewählt. Neben lokalen Angelegenheiten machte der Vorsitzende noch auf die diesjährige Lohnbewegung aufmerksam.

Düsseldorf. (Zählstelle) Die Konjunktur war im allgemeinen recht günstig. Die Bauzeit hat sich

durch den Bau von Fabrikten weiter gesteigert; auch sind eine Anzahl öffentliche Gebäude aufgeführt worden. Aller Voraussicht nach werden wir auch in diesem Jahre eine gute Baukonjunktur zu erwarten haben. Infolge der Ausperrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet waren wir leider nicht in der Lage, unsere Lohnforderung von 57 3 Stundenlohn und die neunzehnstündige Arbeitszeit durchzuführen. Wir mußten uns mit dem Angebot der Unternehmer, wodurch der Lohn von 62 3 auf 54 3 pro Stunde erhöht wurde, zufrieden geben. In Mainz gelang es, den Stundenlohn von 48 3 auf 52 3 zu erhöhen. Es wurde mit den dortigen Unternehmern ein Vertrag abgeschlossen, der bis zum 31. Mai 1906 Gültigkeit hat.

In Venrath, wo bisher nur ein Stundenlohn von 48 3 gezahlt wurde und die Arbeitszeit noch zehneinhalb bis elf Stunden betrug, wurde ebenfalls durch die Abschließung eines Vertrages und ohne Arbeitseinstellung eine Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit erreicht. Der Mindestlohn beträgt für Gesellen seit dem 16. September 62 3, vom 1. April 1906 an bis 1. April 1907 wird er 54 3 pro Stunde betragen. Die Arbeitszeit wurde auf zehn Stunden festgelegt.

Bauperrern wurden sechs geführt. In vier Fällen waren Lohnsdifferenzen und in zwei Fällen andere Differenzen die Ursachen der Sperre. In zwei weiteren Fällen wurden unsere Kollegen durch die Bauarbeiter in Mitteleuropa gezwungen. Sämtliche Sperren waren für die Mitglieder erfolgreich. Um die Agitation im allgemeinen intensiver zu gestalten, wurde beschlossen, neben der statutarisch festgelegten Gemeingegensunterstützung den Kollegen pro Tag 1 Zuschuß aus der Kassa zu gewähren.

Gemeingegrell wurden 16 Kollegen; fünf davon wurden nach erfolgter Unterhandlung wieder eingestellt, vier erhielten anderweitig Arbeit und sieben Kollegen wurden unterstellt.

Am 1. Juli traten die Zementierer, die bis dahin bei den Bauhilfsarbeitern organisiert waren, zu unserer Organisation, in einer Stärke von 45 Mitgliedern, über.

Um eine stärkere Kontrolle auf den Bauten ausüben zu können, wurde eine Kontrollkarte eingeführt, die die Mitglieder stets bei sich führen und auf Verlangen vorzeigen müssen.

Die Agitation war im allgemeinen recht lebhaft, und es gelang uns, der Organisation in allen Orten, außer in Neuh., neue Mitglieder zuzuführen.

In Ertath wurde eine neue Zahlstelle errichtet, der fast alle Kollegen angehören.

Es fanden im Berichtsjahre statt: 13 öffentliche Versammlungen, 52 Mitgliederversammlungen, vier gemeinsame Versammlungen mit den Christlichen und den Bauarbeitern, 25 Vorstandssitzungen, 18 erweiterte Vorstandssitzungen, 21 Bezirksbesprechungen, 12 Delegiertenitzungen, acht Sitzungen in den Vororten und vier Lohnkommissionssitzungen.

Die Korrespondenz gestaltete sich folgendermaßen: Es gingen ein zwei Geldsendungen, 102 Briefe, 152 Postkarten, 37 Druckfächer und 206 Pakete. Es gingen aus neun Geldsendungen, 216 Briefe, 124 Postkarten, 43 Druckfächer und drei Pakete. Außerdem im Zweigvereinsgebiet: 64 Pakete, 360 Druckfächer, 75 Briefe und 521 Postkarten.

Unser Verhältnis zu den Christlichen war auch im Berichtsjahre recht gespannt. Bereits in den Lohnkommissionssitzungen beantragten die Christlichen, daß auch sie in den Kommissionen in gleicher Stärke wie wir vertreten seien, obwohl sie weniger Mitglieder hatten. Durch das fortwährende Anbieten von Leuten bei den Unternehmern wurde das Verhältnis noch gespannter.

Die Einnahmen und Ausgaben innerhalb des Zweigvereins gestalten sich wie folgt:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme', 'Ausgabe', and 'Summa'.

Die Mitgliederzahl ist auch in dem verflochtenen Jahre wieder gestiegen. Summieren sind im Zweigvereinsgebiet noch viele Kollegen beschäftigt, die der Organisation noch fernstehen, und bebart es der Mitarbeit aller Kollegen, diese noch zu gewinnen.

Die Mitgliederzahl betrug durchschnittlich 783. Aufgenommen wurden im Jahre 1905 816 Mitglieder, davon waren früher schon einmal Mitglied 75.

Gestorben sind 4 Mitglieder. Ausgetreten sind 4, Ausgereiten 48, Zum Militär eingezogen 24, Wegen unständiger Beiträge gestrichen 62.

Von den Mitgliedern waren 106 mit ihren Beiträgen im Rückstand, davon 4 über 18 Wochen.

Dreieck. Sonntag, den 28. Januar, hielt der hiesige Zweigverein eine Generalversammlung ab, die bloß von einem Drittel der Mitglieder besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen durch Gesellen von den Plätzen gelehrt. Hierauf verlas der Kassierer die Quartals- und Jahresabrechnung. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Sodann wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Der Vorsitzende und Kassierer behielten ihr Amt; die übrigen Vorstandsmitglieder wurden neu gewählt. Als Delegierter zur Gaukonferenz wurde Kollege Schmalowsky gewählt. In 'Verkehrsbereich' ersuchte der Vorsitzende die Mitglieder, in diesem Jahre besser für die Organisation zu kämpfen und die Versammlungen besser zu besuchen.

Eberfeld-Warmen. (Jahresbericht.) Das Jahr 1905 stand für unsere Berufscollegen im Zweigvereinsgebiet im Zeichen der geschäftlichen Depression. Schon zu

Anfang des Jahres war in den beiden Schwesterstädten, sowie auch in dem nahen Wohnort eine Arbeitslosigkeit vorhanden, wie man sie seit Jahren nicht gekannt hatte. Auch mit dem Eintritt des Frühjahres besserte sich die Lage nicht nur nicht, sondern verschlimmerte sich noch ganz wesentlich, so daß gerade in den Monaten Mai, Juni und Juli eine Arbeitslosigkeit in den obengenannten Orten herrschte, wie sie die ältesten Kollegen am Orte noch nicht mitgemacht haben. Dazu kam noch die Ausperrung im Ruhrgebiet, die das Ueberangebot an Arbeitsträften erheblich vermehrte und einige Firmen veranlaßte, den Stundenlohn von 50 auf 48 3 und mehr zu reduzieren. So in Eberfeld die bekannte Firma Eichhoff & Gerling, Gufenbecker usw. Auch in Warmen folgten einige Firmen demselben Beispiele: Jäger, Rinder, Jesse. Die Firma Witte-Warmen beglückte ihre Gesellen mit einer neuen Zuschlagszahl, parbon Arbeitsordnung, weshalb es dort zur Arbeitseinstellung kam, die jedoch leider erfolglos verlief, da sich zu viele Streikbrecher fanden und dadurch die Sperre illusorisch wurde. In Haglinghausen kam es am 8. April bei dem Unternehmer Strud zum Streik, der bis zum 15. Mai dauerte. Gefordert wurde zehnstündige Arbeitszeit und 50 3 Stundenlohn. Erreicht wurde, daß der Unternehmer nach dem Streik an jeden Maurer 46 3 Stundenlohn zahlte, während vorher Klassenlöhne von 38-48 3 bestanden. Dieser Streik hatte nur eine Anlange wegen Hausfriedensbruchs zur Folge, die mit einem Strafmandat von 30 Gulden bestraft wurde. Am 18. Juli kam es auch in Schwelm zur Arbeitseinstellung, nachdem alle Versuche, eine gütliche Regelung herbeizuführen, an dem Starjinn der Unternehmer gescheitert waren. Hier kamen sieben Unternehmer in Betracht. Bemerkenswert mag noch sein, daß hier nicht bloß unsere Organisation, sondern auch die christliche und die Erb- und Bauhilfsarbeiter in Betracht kamen. Nach einigen Wochen bewilligten die Unternehmer Verth & Müller einen Stundenlohn von 47 3 und zehnstündige Arbeitszeit. Die Christlichen gogen nunmehr ihre Leute alle zurück und überließen den weiteren Kampf unserem Verbande. Außerdem stellen sich von Warmen und Eberfeld Streikbrecher ein, und so mußte der Streik am 28. August als ausichtslos abgebrochen werden. Wenn auch die übrigen Unternehmer nicht offiziell bewilligt haben, so wird doch jetzt durchweg ein Stundenlohn von 47 3 gezahlt. Dieser Streik hatte jedoch durch die maßlose Denunziationstendenz der Streikbrecher und der Unternehmer, sowie durch den Ueberreifer der Polizei einen ganzen Mattenknopf von Prozessen zur Folge. Auch die Eberfelder Kriminalpolizei konnte nicht hierbei ohne Vorbeeren ausgehen. Sie mußte doch eine staatsretende Tat vollbringen und die Arbeitswilligen beschützen. Inhaftierungen, Vernehmungen und eine empörende Behandlung der Inhaftierten führten dazu, daß die Eberfelder Gewerkschaften hiergegen einen lebhaften Protest in einer öffentlichen Versammlung einlegten. Strafen wurden anlässlich dieser Streikbegebenheiten gegen 7 beteiligte Personen insgesamt 5 Monate 12 Tage Gefängnis.

Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluss 465, gegen 308 im Vorjahr, also weniger 343. Auf die einzelnen Quartale verteilt ergibt sich folgendes Resultat: Am Schlusse des ersten Quartals 639, zweites Quartal 617, drittes Quartal 419, viertes Quartal 465. Die Einnahme der Hauptkassa betrug 19687,59 gegen 11 647,04, mithin weniger 1939,45. Die Einnahme der Lokalasse betrug 4304,18, die Ausgabe 4007,95, so daß am Jahreschluss ein Kassenbestand von 296,23 vorhanden war. Die Zahlstelle Wetmann, resp. der Kassierer, konnte am Schlusse des dritten Quartals das Geld nicht abliefern, lieferte stattdessen die Bücher ab, so daß diese Zahlstelle eingegangen ist. In Cronenberg gelang es jedoch im vierten Quartal, eine Zahlstelle zu errichten, die gegenwärtig 30 Mitglieder zählt. Leider fehlt in den Vororten der Lohn noch zwischen 45 und 50 3. Hierzu kommt noch die Schwierigkeit, in den genannten Orten die Agitation zu betreiben, da besonders in Wohnort und Cronenberg die Lokale zu Versammlungen von der Polizei abgetrieben werden. So ist es a. B. in Wohnort nicht möglich, für die freien Gewerkschaften, gleichviel welcher Branche, auch nur zu einer Predigtung ein Lokal zu erhalten. Dasselbe gilt, wenn auch in etwas geringerer Maße, von Cronenberg. In Warmen und Eberfeld dagegen kann man in der Hinsicht nicht klagen, wohl aber ist hier die Rechtsaberei und persönliche Geßanz einer kräftigen Entwicklung äußerst hinderlich. Wenn auch am Schlusse des Jahres die Konjunktur in den Hauptorten etwas günstiger war, als zu Beginn, so ist sie doch noch äußerst tröstlos, da wegen der Ueberfüllung des Wohnungsmarktes die Privatbaugewerkschaft in erhöhtem Maße beeinträchtigt ist, so daß für die nächste Zeit das Verhien der Arbeitslosigkeit bei einer großen Anzahl Kollegen ständiger Gast sein dürfte. Öffentliche Bauten sind für dieses Jahr in Eberfeld geplant: Erweiterung der Bahnhofsanlage Döppersberg, ein neues Amtsgerichtsgebäude, ein Siecherrhaus und ein Theater. In Warmen ein Verwaltungsgebäude, ein Krankenhaus und eine 16klassige Volksschule. Bis diese Bauten jedoch voll in Angriff genommen werden, wird es jedenfalls Juli oder August werden. Soffen wir, daß es nicht noch schlechter wird als im vorigen Jahre. Mögen aber auch die reisenden Kollegen hiervon Notiz nehmen und bei der Suche nach Arbeit das Wappertal nicht überlaufen.

Bemerkenswert mag noch sein, daß noch eine Klagefache vom Schwelmer Streik schwebt, die in nächster Zeit ihre Erledigung finden dürfte. Die Bibliothek wurde insgesamt 126 mal benutzt.

Elmsborn. Eine öffentliche Versammlung der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer tagte hier am 28. Januar im Lokale des Herrn Gathe. Nach erfolgter Bureauwahl wurden vom Kollegen Jeths als Versammlungsleiter die aufgestellten Forderungen verlesen. Hiernach wird eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden und eine Lohnsteigerung von 52 3 auf 60 3 pro Stunde gefordert. Außerdem wird ein Lohnaufschlag für Ramm- und Wasserarbeit gemindert, sowie auch für Nacht-, Sonntag- und Ueberarbeit. Auch verlangt man eine andere Regelung der Lohnauszahlung. Für Ueberlandarbeit wird ein Lohnaufschlag gefordert, oder der Weg von und zu der Arbeitsstelle soll zur Hälfte vom Unternehmer oder Bauherren, die andere Hälfte von den Arbeitern getragen

werden. Ist die Arbeitsstelle so weit vom Wohnort entfernt, daß am Arbeitsort Logis bezogen werden muß, so sollen besondere Lohnsätze vereinbart werden. Nachdem Kollege Kober-Hamburg einige Maßschläge erteilt hatte, wurden auf Beschluß der Versammlung an dem Tarifvertrage einige Änderungen vorgenommen und dann die Lohnkommissionen der verschiedenen Berufe beauftragt, die Forderungen den Unternehmern zu unterbreiten.

Ermitzte. In Nr. 4 des 'Grundstein' war in einem Bericht aus Ermitzte gefaßt, daß der Varrer von Großhorenbronn am zweiten Weihnachtstage von der Kasse herab über den 'Grundstein' losgeschossen habe. Dazu erhalten wir folgendes Schreiben: Großhorenbronn, 30. Jan. 1906. Post Durt (Wtr.)

P. P. Bezugnehmend auf den Artikel in Nr. 4 S. 42 Jores Wates, aus Ermitzte stammend, erlaubt sich der Unterzeichnete zu erwidern, daß der betr. Artikel in keiner Weise Anspruch auf Genauigkeit und Vollständigkeit machen kann. Nicht ein Satz ist so ausgesprochen worden, wie ihn Ihr Artikelstreiber aus Ermitzte herleitet. Insbesondere ist ein Ausdruck wie 'Schundblatt' niemals gebraucht worden.

Sachungsvoll Ziegler, Varrdorf. Wir haben dem Gottsdient am zweiten Weihnachtstage in Großhorenbronn nicht beigewohnt, können es also auch nicht wissen, wie sich der Herr Varrdorf Ziegler über uns ausgedrückt hat. Es ist uns aber auch herzlich gleichgültig.

Frankfurt a. M. Die Zahlstelle Langen hielt Sonntag, den 28. Januar, eine stark besuchte Generalversammlung ab, in der zunächst der Kassierer die Jahresabrechnung verlas. Am Schlusse dieses Jahres hat die Zahlstelle eine Mitgliederzahl von 345 zu verzeichnen. Eingetretten sind in diesem Jahre 42 Kollegen. Verfaßt wurden an die Kollegen zusammen 13484 Beitragsmarken und somit eine Gesamteinnahme von 1785,60 erzielt. Um den Zweigverein Frankfurt wurden abgefunden 1116,32. Die Lokalasse hatte eine Einnahme inkl. Kassenbestand von 1689,99 und eine Ausgabe von 112,68, so daß ein Kassenbestand von 176,31 verbleibt. An Krankenunterstützung wurden bezahlt 186,16 und an Sterbeunterstützung wurden bezahlt 152,50. Im Jahre 1903 hatten wir einen Verkauf von Beitragsmarken an die Kollegen von 10026 und eine Einnahme von 4737,95. Die Mitgliederzahl betrug 278. Die Mitgliederzahl stieg also in zwei Jahren um 72 Kollegen, und die Einnahmen erhöhten sich um 13047,65. Gewählt wurden zwei neue Unterassistenten und fünf Kollegen und zwei Stellvertreter in das Kartell. Bezüglich der Streitigkeiten zwischen den Wiesbadener und den Langener Tiefbaukollegen verlas der Vorsitzende einen Brief vom Gauvorsitzenden Süttmann, worin mitgeteilt wurde, daß die Vorwürfe in Nr. 45 und 47 des 'Grundstein' seitens der Wiesbadener Kollegen gegen die Langener Tiefbaukollegen zu Unrecht erhoben sind. In einer gemeinschaftlichen Sitzung in Wiesbaden ist die Angelegenheit beigelegt worden.

Frankfurt a. M. Sonntag, den 28. Januar, tagte im Gasthaus 'Zur deutschen Einigkeit' eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Langensfeldob. Zunächst verlas der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal und dann die Gesamtabrechnung von 1905. Es war eine Einnahme von 14235,45 zu verzeichnen. Davon wurden an den Zweigverein abgeführt 18309,95. Die Abrechnung wurde für richtig befunden.

Gommern. Am 27. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab, die ebenso wie die vorhergehende auch besucht war. Zuerst erlasste der Kollege Enderling den Kassenbericht vom vierten Quartal und den Jahresbericht. Darauf fand die Vorstandswahl statt. Es wurde gewählt als erster Vorsitzender und Kassierer der Kollege Enderling. Ein Referent war nicht anwesend, und so wurde man, daß die Versammlung wohl nun ihren Abbruch finden würde; aber weit gefehlt, über eine Stunde noch zog sich die Diskussion hin. In scharfen aber sachlichen Worten kritisierten die Kollegen die tieftraurigen Verhältnisse, die auf den Arbeitsplätzen herrschen. Es darf um keinen Preis der wirtschaftliche Aufschwung vorübergehen, ohne daß auch hier wesentliche Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeführt sind. Unsere Parole muß lauten: Agitation und Organisation! Wenn dann des Frühlings Winde wehen, dann können wir den Unternehmern auch entgegenreten.

Göhrns. Der Maurerstreik im vorigen Jahre, der 27 Wochen dauerte und von den Maurern als ausichtslos betragt wurde, hängt jetzt noch wie eine schwere Gewitterwolke über den Häuptern, nicht der Maurer, sondern der Meister. Trotz des Sieges hat man bis jetzt noch keine rechte frohe Stunde gehabt. Man hat geglaubt, die Maurer kämen alleamt reuig zurück und lehrten vielleicht auch der Organisation den Rücken. Es trat aber weder das eine noch das andere ein; man ließ die Meister mit ihren Böhnen und Heiligen 'Arbeitswilligen' allein. Es hatte auch den Anschein, als ob die Meister keine Arbeiter drauften, da die Arbeit knapp wurde; denn der Streik hatte tatsächlich die Baulust der Einwohnergeßalt gemindert. Man hatte es mit einem Arbeitermaterial zu tun, das man am liebsten wieder losgeworden wäre, das man aber, um seinen Willen durchzusetzen, trotz des Schadens dulden mußte. Wie ist aber nun jetzt die Situation? Jetzt kommen die Meister ganz von selber, um mit uns zu unterhandeln. Sie sagen sich, wir wollen keinen zweiten solchen Streik wieder. Der strammere Zusammenhalt der Göhrner Maurer hat sie mirbe gemacht. Darum, Kollegen, haltet stramm zur Organisation und agitiert für unsere Sache; laßt Euch nicht irre machen von denen, die Verräter und Streikbrecher geworden sind.

Gannover. Der hiesige Zweigverein hielt am 30. Januar seine Jahresgeneralversammlung ab. Zunächst beschäftigte man sich mit der Ueberkundsarbeit auf verschiedenen Baustellen. Die Kollegen von der Wallfahrt verfassten ihre Handlungsweise zu reaktifizieren. Aber die Versammlung sah die Arbeit nicht als Notarbeit an und entschied, daß die Ueberkundsarbeit zu verbieten seien. Auch sah die Versammlung es als ein Geheimmandat an, daß mehrere Kollegen auf der Titensfabrik in Buchholz als Fabrikmaurer angestellt sind. Ein Kollege geißelte es, daß

heute mit dem Worte Fabrikmaurer Schindluder getrieben wird. Als Beweis dafür, daß die betreffenden Kollegen eingeschrieben haben, daß sie unredlich handelten, ist es anzusehen, daß folgender Antrag gegen eine Stimme angenommen wurde: Wer von jetzt ab Ueberstunden macht, gilt als ausgesprochen. Ferner wird die Liste derjenigen veröffentlicht, die bis jetzt entgegen dem Beschluß Ueberstunden gemacht haben und wird ihnen eine Rüge erteilt. Daraus wurde es gerügt, daß der Vorsitzende eine Nachsicht auf der Darmschäbler Bank genehmigt hatte, weil er sie für notwendig erachtet hatte; aber die Versammlung war anderer Meinung. Danach verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Zweigvereins Witten 1. W., worin Klage geführt wird, daß hannoversche Kollegen in Osnabrücken in Unfordrungen, da dieselbe die Unfordrungen unterlagert ist. Es wird dem hiesigen Zweigverein anheimgegeben, Remedur zu schaffen. Des weiteren beschwerte sich Kollege August Böhmer (Buchholz), daß isoliert wird, er habe 1900 beim Generalstreik Arbeitswilligendienste geleistet. Er habe nur an dem Tage, wo der Streik proklamiert sei, gearbeitet, und habe am anderen Tage Hannover verlassen. Auf die Anfrage, wie der Schlußspruch ausgefallen sei wegen der Beschäftigung der Stunde vor Weihnachten, erklärt Böhmer, daß nach längerer Verhandlung beschlossen sei, laut Vertrag zwar nicht, aber moralisch seien die Unternehmer verpflichtet, die betreffenden Stunden zu bezahlen, weil es so von alterher Gebrauch ist. Von einem Kollegen wurde darauf hingewiesen, daß in der Arbeitsordnung steht, daß an den Sonnabenden vor den drei hohen Festtagen eine Stunde früher ohne Lohnzahlung Feierabend gemacht wird. Die darauf verlesenen Vorechnungen von den beiden letzten Vergütungen ergaben folgendes Bild: Das Geschäftsergebnisse erzielte eine Einnahme von M. 102,90, dem eine Ausgabe von M. 67,85 gegenüber, so daß ein Ueberschuß von M. 35,05 verblieb. Das Weihnachtsergebnisse hatte eine Ausgabe von M. 284,17 und eine Einnahme von M. 163,20, so daß ein Defizit von M. 120,97 zu verzeichnen ist. Auf Antrag Schilling wurde, weil alles in Ordnung befunden, dem Feststatter Colapapel Decharge erteilt. Beschlossen wurde ferner, die Versammlung in acht Tagen fortzusetzen. Aufmerksam wurde darauf gemacht, daß es nicht statthaft sei, Reparaturarbeiten in runder Summe anzunehmen. Nachdem noch darauf hingewiesen worden, daß eine Anzahl Kalender und Krollolole vorräthig sind, und diejenigen erkaufte werden, die noch nicht in Besitz dieser Bücher sind, sie sich zum Bureau zu holen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Geiselberg. Am 28. Januar fand im Lokal „Zum goldenen Hühner“ die ordentliche Generalversammlung des Zweigvereins Geiselberg und Umgegend mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht des Zweigvereinsvorsitzenden; 2. Kassenericht; 3. Geschäftliches; 4. Wahl des Gesamtvorsitzenden; 5. Wahl der Delegierten zur Kaufkonferenz und der Delegierten zum Gewerkschaftsrat. Bei der Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden, Kollege Hauer, richtete er vor allem den flehentlichen Wunsch der Versammlung und behauptete, daß etwa nur ein Drittel der Mitglieder anwesend sei, und daß sich immer noch sehr viele Kollegen in den verschiedenen Nimmerebenen herumtreiben, wo sie doch nur gebudelt werden, um bei Wahlen als Stimmhühner und bei patriotischen Festen als Guckaufschreiber benutzt zu werden, was man am heutigen Tage (Guratsstagesfeier Wilhelm II.) wieder deutlich sehen könne. Man müßte doch endlich einmal einsehen lernen, daß man bloß durch die Organisation auf eine bessere Existenz rechnen könne. Das habe doch die Lohnbewegung im letzten Jahre deutlich bewiesen. Aus dem Bericht selbst ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl erheblich gestiegen ist, und zwar auf 860. Neu eingetretten sind im letzten Quartal 26 Kollegen; viele haben sich bereit erklärt, dem Verbandsbeitragen beizutreten, sobald sie wieder in Arbeit seien. Versammlungen wurden bereits in jedem Orte, wo sich Maurer befinden, abgehalten, und in mehreren Orten neue Zählstellen gegründet. Nur in Göttingen, einem Orte im Odenwald, wo sich eine größere Anzahl Maurer befindet, ist es nicht gelungen, eine Versammlung zu Stande zu bringen, obwohl einige Kollegen von dort schon dem Verbandsbeitragen angehört. Obgleich die Versammlung durch die Kollegen Hauer und Kramer jedem Maurer persönlich bekannt gemacht war, erschienen doch nur zwei Maurer, wovon sich der eine den Rauch vom Bier füllte und dann wieder verschwand. Der Wirt wollte den Kollegen Hauer grüßlich machen, indem er meinte, er solle die Versammlung in Buchen abhalten, denn hier kämen die Bauern in die Versammlung und da könne es böse Sachen geben, denn der Pfarrer wollte es nicht leiden, daß sich die Maurer organisieren. Er hätte gemeint, es seien die Christlichen, sonst hätte er sein Votum nicht hergegeben. Nun, wenn die Göttinger Maurer warten wollen, bis der Pfarrer und die Bauern für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für sie eintreten, dann können sie lange warten. Im großen und ganzen können wir bis jetzt zufrieden sein, haben doch alle Kollegen, mit ganz wenigen Ausnahmen, ihre Beiträge bis zum Jahresbeschluß bezahlt. Dafür, daß auch die wenigen Rückstände verschwinden, haben die einzelnen Zählstellen zu sorgen, und zwar so, daß bis zur nächsten Quartalsabrechnung alles im Reinen ist. Auch wurde darauf hingewiesen, daß in letzter Zeit der Versammlungsbesuch viel zu wünschen übrig lasse. Auch das muß in Zukunft anders werden, denn mit dem Beitragszahlen allein ist es nicht getan, es muß auch mitgearbeitet werden, wenn der Zweigverein etwas Nichtiges werden und leisten soll. Aus dem Kassenericht war zu ersehen, daß sich alles in besserer Ordnung befand, und wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Die allgemeine Zufriedenheit mit seiner Kassenerführung bewies auch seine einstimmige Wiederwahl. Beim dritten Punkt, „Geschäftliches“, wurde zuerst das Bauvertrauensmännerystem vom Vorsitzenden den Mitgliedern empfohlen und ein Regulator zur Verteilung gebracht, das die Bestimmungen enthält, wonach in Zukunft den Mitgliedern auf den Bauten zu Leibe gegangen werden soll. Auch wurde anerkannt, daß die Stadt jetzt endlich einmal einen Mann aus Arbeiterkreisen als Baukontrolleur angestellt hat, der bis jetzt schon viele Mängel beseitigt hat und noch viele Arbeit finden wird. Es sei leider vorgekommen, daß ihm die Kollegen nicht in der Weise entgegenkommen, wie es sein solle und seine

Anordnungen nicht befolgen oder ihm zur Antwort geben, ihnen sei es so gut genug. Zweitens sollen laut Statut vom 1. April d. J. an 60 $\frac{1}{2}$ Beitrag und 3 $\frac{1}{2}$ Vorkaufschlag pro Woche bezahlt werden, d. h. für alle, die im Lohngebiet Geiselberg, Eppelheim, Kirchheim, Hochbach und Ziegelhau arbeiten. Nach längerer Debatte, an der sich vor allem die Kollegen von den Randorten beteiligten, wurde auch dieser Punkt mit großer Mehrheit angenommen. Auch wurde noch beschlossen, für jedes verorbene Mitglied der besten Verdringung einen Kranz auf Kosten des Zweigvereins am Grabe niederzulegen. Beim vierten Punkt, „Wahl des Gesamtvorsitzenden“, wurde Kollege Hauer, der seitliche Vorsitzende, einstimmig wiedergewählt, ebenso der Kassierer Peter Weiskopf. Als Vertreter zur Kaufkonferenz in Karlsruhe wurden Kollege Hauer und Kraft-Sandwichsheim gewählt. Als Vertreter zum Gewerkschaftsrat wurden die Kollegen J. Kramer und J. Groß-Geiselberg, Bopp aus Eppelheim, Mündich aus Kirchheim, Stoll aus Hochbach und Kraft aus Sandwuchsheim gewählt. Beim letzten Punkt der Tagesordnung wurde ein Antrag von Ebingen, die Generalversammlungen in Zukunft Nachmittags abzuhalten, abgelehnt. Auch wurden verschiedene Wirtschaften, besonders in Neuenheim, einer Kritik unterzogen und das Verhalten einiger Wirte während des letzten Streiks gebührend getadeln. Nachdem noch die Anwesenden vom Vorsitzenden aufgefordert waren, kräftig weiter zu agitieren und mitzugehen, bis der letzte Maurer dem Verbandsbeitragen angehört, wurde die Versammlung um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.

Kangenbleuel. Der hiesige Zweigverein hielt Sonntag, den 28. Januar, seine Mitgliederversammlung ab. Der Kassierer gab den Jahresbericht und der Vorsitzende einen Bericht über seine Tätigkeit. Wegen wurde von der Versammlung durch Erheben von der Plätze gebannt. Im Anschluß hieran sprach der Kollege Wiedenführ über die wichtigsten Ereignisse im Jahre 1905. Das Jahr 1905 stand hauptsächlich unter dem Zeichen der Lohnbewegung. Schon im Jahre 1904 wurde der Anfang damit gemacht; die Kollegen bezahlten ihren Stundenlohn um 27 auf 29 $\frac{1}{2}$. Eine höhere Zulage wurde mit der bekannten Ausrede abgelehnt, daß die Unternehmer mit ihren Bauherren durch Verträge gebunden seien. In der Januarversammlung wurde Kollege Blagier als Delegierter zum Verbandsrat gewählt. Im Februar sprach Kollege Koppenhauer (Wreslau) über die Lage der Arbeiter im allgemeinen und die der Maurer im besonderen. Ferner berichtete die Lohnkommission über die Verhandlungen, die inzwischen mit den Meistern stattgefunden hatten, die inzwischen mit den Meistern nichts bewilligen wollten. Es wurde hierauf beschlossen, nochmals beim Arbeitgeberbunde und ebenfalls weiteren Verhandlungen nachzugehen. Auch wurde eine Hausagitation in dieser Versammlung beschlossen. Im März wurde in der Versammlung wieder von der Lohnkommission Bericht erstattet. In der zweiten Verhandlung hatten sich die Unternehmer dazu herbeigelassen, den Meistern Arbeitern einen Pfennig zuzuliegen, wenn sich die Maurer verpflichteten, in diesem Jahre von weiteren Forderungen abzusehen. Man wollte also den Klassenlohn einführen. In der Versammlung war hierüber große Entrüstung, und es wurde schon vielseitig der Streik empfohlen. Man mußte sich aber davor, nochmals um Verhandlungen nachzugehen. Am 24. April erstattete Blagier Bericht über mit dem Verbandstag. Die Versammlung erklärte sich mit den dort beschlossenen Beschlüssen vollständig einverstanden. Am 4. Mai erstattete die Lohnkommission abermals Bericht. Die Meistern hatten erklärt, die Maurer könnten freitun solange sie wollten. Hierauf lehnten viele Kollegen Kangenbleuel der Wäiden. Besonders bei Meister Werler machte immer einer nach dem anderen Forderungen. Vier Kollegen davon hatten bei Meister Jemella Arbeit gefunden, doch wurden sie nach einem halben Tage wieder entlassen, mit dem Bemerkens, Werler wünsche es so. Am 19. Mai wurde in der Versammlung über die Maßregelung diskutiert. Es wurde beschlossen, die Bauten von Jemella so lange zu sperren, bis die vier Kollegen wieder eingestellt seien. Am 22. Mai wurde dieser Beschluß ausgeführt. Der Wund ließ hierauf an alle Anschlagstafeln Plakate kleben mit dem Inhalt: Wenn die Sperre bei Jemella nicht binnen drei Tagen aufgehoben wird, werden sämtliche Maurer und Zimmerleute des Kreises Geiselberg ausgesperrt. Am 1. Juni wurde einstimmig beschlossen, die Aussperrung nicht abzuwarten, sondern sofort in den allgemeinen Streik einzutreten. Dieser Beschluß wurde tags darauf ausgeführt. Nun ging die Suche nach Mauern los. Überall waren die Vertreter der Meistern zu finden. In Oesterreich, in Oberpfälzen und in Wäldern wurde herumgereist, geschrieben, telephoniert und telegraphiert. Die größten Lügen wurden von den Meistern erzählt, um die Kollegen zu verblüffen. Bald sollten 30 Italiener, bald 80 Etschen, dann Ungarn usw. da sein. Aber vergebens. Wenn auch kleine Trupps anlangen, so wurden sie gleich von den hiesigen Kollegen in Beschlag genommen, über die Lage aufgestellt und wieder fortgeschickt. Nur einmal war ein Unternehmern das Glück hold. Es gaben sich neun Werlener (?) Maurer die Ehre, hier in Kangenbleuel als Streikbrecher zu arbeiten. Aber als sie reichlich eine Woche gearbeitet hatten, trankte sich der betreffende Meister hinter den Ohren, denn die Maurer mußten nach allen Seiten abgestellt werden. Es stellte sich heraus, daß die „Arbeitswilligen“ gar keine richtigen Maurer waren. Schließlich war man froh, sie wieder los zu sein. Als der Kampf etwa zehn Wochen gedauert hatte, brach ein großes Scheitern aus und alscherte vier Fabrikgebäude vollständig ein. Nochmals wurden verzweifelte Versuche gemacht, um Leute heranzugulden. Vergebens! Der August neigte sich dem Ende zu. Die Bauten vom Fabrikbunde sollten noch vor dem Winter unter Dach kommen, und die schon früher begonnenen Bauten sollten endlich fertig werden; aber man hatte keine Maurer. Nun suchte man auf verschiedene Weise mit den Streikenden anzuknüpfen, damit endlich einmal Ruhe werde. Unter Weisung des Gewerkschaftsrats und des hiesigen Amtsdirektors kam es zur Einigung. Es wurden für das laufende Jahr 32 $\frac{1}{2}$ vereinbart. Gefordert waren 35 $\frac{1}{2}$. Auch wurde beschlossen, zu Ende des Jahres weitere Verhandlungen stattfinden zu lassen, so daß am 1. Januar 1906 ein neuer Vertrag für 1906 und eventuell

darüber hinaus fertig sei. Eine Versammlung am 14. September beschloß, 85 $\frac{1}{2}$ Markten zu leben. Im Oktober und November wurden Agitationsveranstaltungen in Schönheide, Reichenbach und Peterswaldau abgehalten. Am 7. Dezember erfolgte die Wahl einer Lohnkommission und wurde beschlossen, Verhandlungen anzubahnen. In der Versammlung am 16. Januar dieses Jahres konstatierte Böhler, daß die Unternehmer den Vertrag gebrochen hätten, indem sie das Versprechen, bezuhschaffung eines Vertrages für 1906 nicht erfüllten. Wir seien zwar nicht diejenigen, die unbedingt an einem Vertrage hängen, aber was vereinbart sei, müsse gehalten werden. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1903 80, am Schlusse des Jahres 1904 190, am Schlusse des ersten Quartals 1905 230, des zweiten Quartals 214, des dritten Quartals 242, des vierten Quartals 306.

Nachricht. Es ist noch zu berichten, daß in obigen Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden haben. Es ist die zehnständige Arbeitszeit und für 1906 ein Stundenlohn von 35 $\frac{1}{2}$, für 1907 ein solcher von 37 $\frac{1}{2}$ vereinbart worden. Das sind die Früchte des vorjährigen Streiks.

Lüdenscheid. (Zusatzbericht.) Das verfloßene Jahr war das arbeits, aber auch das erfolgreichste Jahr seit dem Wotzen des Zweigvereins. Schon gleich nach Neujahr wurde mit der Hausagitation begonnen, die im März, als das allgemeine Flugblatt vom Hauptverband herausgegeben war, noch antwortet betrieben wurde; galt es doch, den am 1. April ablaufenden Vertrag zu verbessern. Bereits im Januar beschloß sich unsere Mitgliederversammlung mit dieser Frage und beschloß in der Hauptsache, die zehnständige Arbeitszeit, 50 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn und Wegfall der Kündigung zu fordern. Am 16. Februar fand bereits die erste Verhandlung mit der Kommission der Unternehmer statt. Am 10. März wurde von unseren Kollegen bekannt, bis zum 31. März dieses Jahres gelten sollende neue Vertrag endgültig abgeschlossen. Es war hierüber ohne Arbeitszeinstellung gekonnt, den Lohn um 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu erhöhen und die Arbeitszeit von 10 $\frac{1}{2}$ Stunden auf 10 Stunden zu vergrößern. Zur Arbeitszeinstellung kam es am 27. April wegen Nichtinnehaltung des Vertrages beim Unternehmer Heinrich Schwarz. Die Sperre konnte jedoch nach einlässiger erfolgweiser Dauer wieder aufgehoben werden. Eine weitere Sperre über das Winterliche Baugeschäft wurde überflüssig, weil die Kollegen, um die es sich dabei handelte, wieder eingestellt wurden. Zum 8. Verbandstag stellte der Zweigverein den Antrag, den § 18f des Statuts zu streichen. Bei der Wahl des Delegierten zum Verbandstag, beteiligten sich die Stimmen auf dem Kollegen F. Schmidt. Schon im Frühjahr wurde damit begonnen, das Bundeslegationsystem einzuführen, aber erst nach der Aussperrung brachten die Kollegen dieser Einrichtung größeres Interesse entgegen. Es muß unsere Aufgabe sein, dieses System vollkommen auszubauen. Die im Mai des Berichtjahres aufgenommene Statistik ergab folgendes Resultat. Am Orte waren 385 Maurer beschäftigt, davon 110 Italiener. 185 Maurer waren bei uns organisiert. Zur Kaufkonferenz stellte der Zweigverein einen Antrag, der die Förderung der Agitation unter den italienischen Kollegen forderte. Eine allgemeine Bautenkontrolle wurde vom 17. bis 20. Juni vorgenommen. Es wurden 24 Bauten kontrolliert. Davon waren die meisten in sehr schlechtem Zustande. Am 16. Juli vorigen Jahres feierte der Zweigverein sein fünftes Stiftungsfest, das sich eines guten Besuchs, besonders seitens der Frauen, erfreute. Außerdem beteiligten sich die Kollegen recht zahlreich an dem Gewerkschaftsfest, das während der Aussperrung gefeiert wurde, so daß unser Zug prägnant die stärkste Beteiligung aufwies. Dabei man nun geföhrt, das Jahr würde ohne weitere Kämpfe vorübergehen, so wurde man im Juli eines anderen belehrt. Infolge der Verhängung von Sperren in Dortmund, beschloß der Arbeitgeberbund, zunächst alle Bauarbeiten des Industriegebiets, die keine Verträge hatten, auszusperrern. Als diese Maßnahme für sie nicht den gewünschten Erfolg hatte, wurde am 9. Juli in Essen beschlossen, auch die Zwickfore auszusperrern. Dadurch wurde auch unseren Kollegen am Orte, mit Ausnahme derer von vier Firmen (Feldmann, Winter, Schöffler und Schneider), gefährdet. Die durch findenden Konfliktbruch hervorgerufene Aussperrung erfolgte hier am 24. Juli. Später, am 7. August, kündigten auch die Kollegen von Feldmann und Winter. Bei Schneider wurde inzwischen zu dem neuen Bedingungen gearbeitet, und bei Schöffler wurde wegen Arbeitsmangels von der Verhängung der Sperre Abstand genommen. Ausgesperrt resp. bei der Streikheilung gemeldet wurden im ganzen 128 bei uns organisierte Kollegen. Der Kampf war ein erbitterter, dauerte am Orte volle sechs Wochen und endete mit einem in Essen abgeschlossenen Vertrag für das ganze Industriegebiet, der bis zum 30. April 1906 gilt. Durch den Vertrag erhielten wir für das Jahr 1906 eine Lohnerhöhung von 1 $\frac{1}{2}$, also 49 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Am 1. April 1906 erhalten wir weitere 2 $\frac{1}{2}$, also 51 $\frac{1}{2}$ pro Stunde bis zum 30. April 1906, bei wöchentlich 69stündiger Arbeitszeit. Es ist uns demnach gelungen, durch unsere Organisation innerhalb eines Jahres den Lohn um 6 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu erhöhen (von 46 $\frac{1}{2}$ auf 51 $\frac{1}{2}$), die Arbeitszeit um über eine Stunde zu vergrößern und außerdem die Kündigung auf eine Woche zu vergrößern. Nach einer nach der Aussperrung aufgenommene Statistik beträgt der DurchschnittsStundenlohn 48 $\frac{1}{2}$. Dagegen betrug er nach einer im Jahre 1902 aufgenommene Statistik 40 $\frac{1}{2}$ pro Stunde bei durchschnittlich 11 bis 12stündiger Arbeitszeit. Es erfolgte also eine Steigerung des Stundenlohnes in drei Jahren um 8 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$. Gewiß ein Erfolg, auf den wir doppelt stolz sein können, weil unsere Mitglieder in dieser Kampfe die erste Feuerprobe glänzend bestanden haben. Zu Streikbrechern sind während des Kampfes vier Mitglieder geworden, die selbstverständlich ausgeschlossen wurden. Eine Anzahl Kollegen war während des Kampfes mit Streikbrechern zusammen gerat, die dann als Opfer der Klassenjustiz teils ins Gefängnis, teils zu Gefährten verurteilt wurden. Es sind bis jetzt verhaftet 10 Tage Gefängnis und 115 Geldstrafen. De noch dem neuen Vertrag die Altkarbeit nicht verboten ist, sagte die Ver-

Sammlung einen Beschluß, wodurch die Kollegen verpflichtet sind, ohne Zustimmung des Zweigvereinsvorstandes keine Morarbeit anzunehmen. Am 8. September fand in Jüdelohn eine Konferenz der freien Gewerkschaften der Kreise Altona-Neulohn statt, die sich mit der Erhaltung des Arbeitersekretariats befaßte. Unser Delegierter war beauftragt, für Erhaltung des Sekretariats einzutreten. Es wurde dann in einer Versammlung beschloffen, vom 1. Januar dieses Jahres an pro Monat und Mitglied eine 10 % Sekretariatsmarke zu zahlen. Bei der Vorstandswahl zur Ortskommission der Bauhondwerker wurden 8 unserer Mitglieder in den Vorstand gewählt. Bei der Vertreterwahl zu derselben Kasse entfielen von den 26 Mandaten 22 auf unsere Liste. Zur Erledigung der Geschäfte wurden im Berichtsjahre 18 Vorstandssitzungen, 12 ordentliche und 6 außerordentliche Mitgliederberatungen und 7 öffentliche Versammlungen abgehalten, die durchschnittlich ziemlich gut besucht waren; nur nach der Aussperrung ließ der Besuch zu wünschen übrig. Hier muß unbedingt wieder eine Besserung eintreten. In den Mitgliederberatungen wurde auf Anregung und Kosten des Bauvorstandes eine Anzahl interessanter Vorträge während der Wintermonate gehalten.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 4. Quartals 1904 60, zu derselben Zeit im 1. Quartal 1905 190, 2. Quartal 143, 3. Quartal 128 und am Schlusse des 4. Quartals wiederum nur 60. Neu eingetreten sind im Laufe des Jahres 101, von anderen Vereinen zugezogen 46. Ausgetreten sind 5, ausgeschieden 4, wegen Schulden gefristet 2; 4 Mitglieder wurden zum Militär eingezogen und 132 haben den Ort verlassen. Die große Abnahme der Mitglieder (im 8. Quartal sind 72 und im 4. Quartal 53 Kollegen abgereist) ist auf Arbeitsmangel zurückzuführen; nach der Aussperrung wurden einige geplante Arbeiten nicht mehr in Angriff genommen.

Die Lokalkasse hatte am Jahreschlusse 1904 einen Bestand von M. 146,16. Dazu kommen Einnahmen: Anteil an Beiträgen M. 376,89, Kasporthilfe und Extrabeiträge M. 179,60, Kalender, Protokolle, Futterale M. 13,90, Sonstiges M. 8,55, Summa M. 718. Ausgegeben wurden: Für Bücher (Kalender, Protokolle etc.) und Futterale M. 42,80, Beiträge an Gewerkschaft, Kartell und Sekretariat M. 99,80, Vergewaltigung M. 60, Mietenunterstützung M. 82,50, Delegation zu Konferenzen M. 22,60, Statistische Anzeigen und Gautontrollen M. 21,80, Verwaltungskosten M. 261,16 (darunter „Grundstein“-Kasporthilfe M. 117,10, Porto und Briefgebühren M. 30,31, Druckkosten M. 49,25, Schranke M. 27,50), Besonderekosten M. 20,35. Am Jahreschlusse blieb ein Restbestand von M. 106,19. — Für die Hauptkasse vereinbarmt und an sie abgeteilt wurden M. 1710,60.

Lüneburg. Am 24. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine diesjährige Generalversammlung ab, die gerade nicht ganz gut besucht war. Der Vorsitzende erstattete zunächst den Jahresbericht. Am Schlusse des Jahres 1904 waren hier 124 Mitglieder und am Schlusse des Jahres 1905 sind es 165, darunter drei Ehrenmitglieder. Versammlungen haben 33 stattgefunden, außerdem elf Vorstandssitzungen. Mit ihren Beiträgen im Rückstand waren 33 Kollegen, davon sieben über 13 Wochen, die der Vorsitzende bekannt gab. Einer dieser Kollegen war anwesend und erklärte, daß er wegen Familienverhältnissen zu weit rückständig gekommen sei, er wolle aber bis zum 1. Juli die Rückstände nachzahlen, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte. Die anderen rückständigen Kollegen sollen schriftlich eingeladen werden. An Sitzgebühren wurden M. 117,50, sonstige Unterstützung M. 224,00 gezahlt; zusammen M. 341,50. Der Restbestand der Lokalkasse betrug am Schlusse des Jahres M. 271,00, davon sind M. 100 auf der Sparkasse belegt. Die Abrechnung wurde geprüft und für richtig befunden, worauf der Kassierer Decharge erteilt wurde. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Braune und als Kassierer Kollege Bieragg gewählt. Dann wurde noch auf das Baubelegierensystem aufmerksam gemacht und der Wunsch ausgesprochen, daß diese Einrichtung in diesem Jahre etwas besser funktionieren möge als dies im letzten Jahre der Fall war. Dann berichtete der Bibliothekar, daß die Bibliothek vergrößert worden ist. Er hat die Kollegen, die Bibliothek noch mehr in Anspruch zu nehmen als bisher. Es wurde noch sehr gerügt, daß an dem Bäckerschen Neubau in der Gartenstraße, wo der Stiehl in der dritten Etage über die Hand gemauert wird, kein Schutzgitter vorhanden ist. Auch wurde gesagt, daß an denselben Bau ein einmündiger des Unternehmers Maat keine Baubeden vorhanden sind. Die Sache wurde dem Vorstand zur Regelung überwiesen. Dann wurde noch aufmerksam gemacht auf das Buch: „Arbeit und Kultur“, wozu ein Drittel der Kosten von der Lokalkasse bezahlt wird.

Magdeburg. Am 30. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine nur mäßig besuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gedachte der 17 verstorbenen Mitglieder, und die Anwesenden ehrten deren Andenten durch Erheben von den Plätzen. Kollege Schen erstattete hierauf den Vorstandsbericht für das Jahr 1905, dabei eine kurze Uebersicht über die Frühjahrslohnbewegung gebend. Sodann gab er das Resultat der statistischen Erhebungen innerhalb des Zweigvereinsgebietes bekannt. Bauteinstaffeln wurden drei aufgenommen: am 15. Mai, 9. August und 12. Dezember. Das Resultat der letzten Statistik haben wir erst in Nr. 1 des „Grundstein“ veröffentlicht. Bei der Meister wurden 480 Kollegen ausgesperrt, inkl. 60 Arbeitstörer waren es 490 Kollegen, die dafür insgesamt M. 4278 Unterstützung für 1431 Aussperrungen, resp. Arbeitslosigkeit erhielten. Hierbon decken die Lokalkassen der Zahlstellen M. 1930, die Zweigvereinskasse M. 2348, Bauperrren fanden drei statt, die nach wenigen Tagen aufgehoben werden konnten. Wir hatten im vorigen Jahre keine Beschwerden an den Arbeitgeberverband geführt, daß aber die Bauarbeiter einige wegen Nichtzahlung des tariflichen Lohnes. Der Arbeitgeberverband reichte drei Beschwerden ein, die in gemeinschaftlichen Sitzungen der beiden Zweigvereinskommissionen erledigt wurden. Versammlungen haben 19 stattgefunden, darunter fünf Generalversammlungen. Auf den Bauten ist der Vertrauensmann auf Grund eingelaufener Beschwerden im ganzen 112 Mal gewesen. Sitzungen der Zweigvereinskommissionen haben 19, Sitzungen des Vorstandes elf stattgefunden; ferner eine Sitzung der Vorstände aller drei Bauberufe. Klagen an

das Amtsgericht, Schiedsgericht und Reichsversicherungsamt fertigte der Vertrauensmann neun an. Der Mitgliederbestand war Ende 1904: 1575. Neu eingetreten sind 208, gestorben 27, ausgeschieden zwei und ausgesparten 30, zum Militär 29 wegen rückständiger Beiträge gefristet acht Mitglieder, verblieben also am Schlusse des Jahres 1905 1715 Mitglieder in 14 Zahlstellen und vier Sektionen. Unser Marxenumfang erstreckt sich über 26 Ortschaften. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von M. 33.270,20, darunter M. 148 für Eintrittsgelder und M. 33.091,20 für Beiträge; die Ausgabe betrug M. 14.541,27, darunter für Reiseunterstützung M. 226,50, Familie Schöps M. 397,50, Krankenunterstützung M. 3116,25, Steuerbeleg M. 1835, Rechtschutz M. 247,77, Lohnbewegung und Bauperrren M. 418,10. Procente an den Zweigverein M. 7858,75. An die Hauptkasse abgehandelt wurden M. 18.728,98. Die Lokalkasse hatte einschließlich eines alten Bestandes von M. 3190,26 eine Einnahme von M. 17.111,54, darunter M. 2434,25 erlöschige Zuschlagsbeiträge à 5 % und M. 2476,50 Extrabeiträge. Der Restbestand von drei Zahlstellen betrug M. 336,75. Die Ausgabe betrug M. 18.600,88, darunter für Streiks in anderen Gewerben M. 565, Unterstützung an Mitglieder M. 574,24, persönliche Verwaltungskosten (Vorstand, Revisoren, Verrechnungsgelder, Sitzungsgelder etc.) M. 1809,93, sachliche Verwaltungskosten M. 4084,93 (M. 2631,90 für Eingehung der Beiträge und der Kasporthilfe des „Grundstein“). Der Bestand betrug am 1. Januar 1906 M. 3510,66. Ein Antrag, die Jahresabrechnung gedruckt vorzulegen, wurde angenommen. In den Vorstand wurde Richter als erster Vorsitzender und Schewe als Kassierer gewählt. Kollege Lange begründete einen Antrag auf Anschließung an das Arbeitersekretariat. Bei den Erträgen des Arbeitersekretariats, dessen Kosten die übrigen organisierten Arbeiter schon lange tragen, können die Maurer nicht als einzige Organisation abseits stehen. Sahn trat ebenfalls lebhaft für den Anschließung ein. Schewe führte aus, daß keine Mehrbelastung der Mitglieder einzutreten brauche, da erst kürzlich der Verbandbeitrag erhöht worden sei. Da das Sekretariat sehr oft auch von Mitgliedern des Verbandes in Anspruch genommen würde, sei es recht und billig, daß die Maurer auch entsprechend zu den Kosten beitragen. Infolge der hohen Kosten, die wir damals nicht tragen konnten, seien wir früher nicht beigetreten. Der Antrag auf Anschließung an das Sekretariat wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag, auf alle Marken des Zweigvereins, für die noch kein Lokalausschlag besteht, 5 % Lokalausschlag zu erheben, wurde gegen drei Stimmen angenommen. Schewe ersuchte um Ausübung einer strengen Büchertontrolle auf den Bauten, um festzustellen, ob die M. 2 Mai-Extrabeiträge für 1905 auch von allen Mitgliedern gezahlt seien, und um das Revidieren der Beiträge zu verhindern. Nach reger Debatte wird der entsprechende Beschluß einer früheren Versammlung, nach dem die Mitglieder zur Zahlung verpflichtet sind, aufrecht erhalten. Kollege Richter behauptete das Verhalten der Redaktion des „Grundstein“ in der Frage des Generalfreits, und wünschte hierüber eine Diskussion in den Bezirksversammlungen. In seinem Schlusswort ersuchte der Vorsitzende um rege und tätige Mitarbeit in der gegenwärtigen Zeit. Nachdem er noch behauptete, daß organisierte Maurer, bürgerliche Wähler lesen, forderte er in dringenden Worten zur Unterstützung der „Vollstimme“ auf.

Weißens. Am 28. Januar fand im „Turmhaus“ eine öffentliche Mitgliederversammlung statt, die trotz der wichtigen Tagesordnung und trotz der günstigen Zeit und schönen Witterung nicht so besucht war wie wir erwarteten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Vertrauensmann den Quartals- und Jahresbericht, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. Im August v. J. beschaffte sich die Versammlung damit, den Lokalfondsbeitrag von 5 auf 10 % zu erhöhen, was damals mit Stimmeneinheit abgelehnt wurde. Die heutige Versammlung mußte darum nochmals eingehend Stellung dazu nehmen. Der Vertrauensmann wies nach, daß nicht allein der § 31 d unseres Statuts danach drängt, sondern auch die Arbeiter der Verwaltung, die demselben angeschlossen sind, daß man nicht mehr im Stande ist, sie nebenbei zu erledigen. Die Arbeiten bei den Kasporthuren drängt uns gleichfalls dazu, eine kleine Beitrags-erhöhung einzutreten zu lassen; ferner die Vermehrung des Arbeitersekretariats von den Kollegen. Trotzdem sei wissen, daß wir bisher das Institut nicht unterstützen und daß es darum auch für die Maurer keine Arbeiten auferlegt, hat es eine große Anzahl von Kollegen in Anspruch genommen. Darauf wurde der Antrag, den Lokalfondsbeitrag um 5 % für sämtliche Mitglieder in Weißens zu erhöhen, mit großer Majorität angenommen. Bei den Neuwahlen wurden fast sämtliche alte Verwaltungsbearbeiter wiedergewählt. Im dritten Punkt erstattete die Lokalkassenkommission Bericht über die mit den Unternehmern gepflogene Verhandlung. Es wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Maurer Weißens lehnen das Angebot der Herren Arbeitgeber ab. Eine Lohnerhöhung von 3 % entspricht nicht einmal der Erhöhung der Lebensmittelpreise. Die Verammelten beauftragen daher die Lokalkassenkommission, mit den Unternehmern von neuem zu unterhandeln und das Ergebnis einer der nächsten Versammlungen zu unterbreiten.“ Mit der Aufforderung, mehr die arbeiterfreundlichen Wähler zu lesen und sich der Partei anzuschließen, wurde die Versammlung geschlossen.

Winden. Die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins fand am 28. Januar statt. Der Besuch war ganz ungenügend, wenn auch ziemlich Wetter und viele Arbeitslosigkeit als Entschuldigung für manden Kollegen gelten können. Zunächst gab der Vorsitzende, Kollege Giesing, den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß wir 768 Mitglieder im Zweigverein zählten. Davon hatten 692 ihre Beiträge voll bezahlt. Von den Mitgliedern entfallen auf den Lokalfonds M. 21 und auf Bückeburg 102, Deynhäusen 258, Mintelsteinberg 65 und Welfeb. 21. Der nächste Ort dürfte durch die nächste Gautonferenz dem viel näher gelegenen Zweigverein G. a. m. l. angeschlossen werden. Die hohe Mitgliederzahl ist durch eine umfassende Agitation erringt worden. Lohnbewegungen waren in Winden, Bückeburg, Deynhäusen und an zwei kleineren Orten.

Von einer allgemeinen Lohnbewegung in Winden hatte man Abstand genommen wegen der ungenügenden Konjunktur. Bauperrren sind notwendig gewesen in Holzhausen wegen höherer

Lohnes und in Winden über Homann wegen der Stunde früher Feierabend am Sonnabend vor dem Dierferstage ohne Lohnabzug. Ferner eine Sperrre über den Unternehmer Böhler, der von außerhalb im Lohngelicht Winden Arbeiten ausführt und den Stundenlohn von 40 % nicht zahlen wollte. Diese Kleingefechte haben mit vollem Erfolg gendert. Eine Reihe von Differenzen ist ebenfalls zur Zufriedenheit der Kollegen geregelt worden. In Bückeburg hat die Bauerschaft der beschäftigten Kollegen durch eine drei Stunden dauernde Arbeitseinstellung die Lohnerhöhung von 32 auf 36 % pro Stunde bei einem Unternehmer durchgesetzt. Die übrigen liegen es dann auf Arbeitseinstellung nicht mehr ankommen, sondern bezahlen den geforderten Lohn.

In Deynhäusen wurde am 13. Oktober ein neun Tage dauernder Streik aller Maurer durch Unterhandlungen, die von Herrn Amtmann Noß geleitet wurden, beigelegt, erreicht wurden 3 % Zulage für sofort und weitere 3 % Zulage zum 1. Oktober 1906. Deynhäusen ist ein Wobert und die Bau-tätigkeit beginnt hier erst im Herbst. Durch die Arbeitseinstellung der Bauarbeiter wegen Lohnerhöhung wurden unsere Kollegen wieder alle ausgespart. Diese Aussperrung dauerte vom 13. bis 28. November. Alle Kollegen wurden wieder eingestellt, als die Forderung der Arbeitseile bewilligt war. Leiber ist ein großer Teil von Kollegen arbeitslos, darunter eine ganze Anzahl höherer Kollegen; diese sind aber gestrichelt oder teilen ab und daher fehlen in einzelnen Bezirken die Hilfsarbeiter. Es ist Pflicht der Kollegen, die entlassenen Bänden auszufüllen. Den Kassierbericht gab dann der Kollege Binger. Die Abrechnung über den Streik in Deynhäusen balanzierte in Einnahme und Ausgabe mit M. 1203,48. Die Aussperrung kostete M. 3746,20. Die Abrechnung vom vierten Quartal ergab eine Einnahme an Eintrittsgeldern und Beiträgen für die Hauptkasse von M. 2435,25, der eine Ausgabe von M. 2380,08 gegenüberstand, so daß M. 55,29 Restbestand verblieben. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme einschließlich des M. 406,35 betragenden Kassenbestandes von M. 1017,15; die gesamte Ausgabe betrug M. 492,47. Das Vermögen der Lokalkasse beträgt also M. 524,68. Die Jahresabrechnung für die Hauptkasse ergab eine Einnahme von M. 11186,61. Die Ausgaben betragen sich wie folgt: An die Hauptkasse gezahlt M. 4602,59, Reiseunterstützung M. 189, Krankenunterstützung M. 254,55, Steuerunterstützung M. 287,50, Deynhäuser Streik M. 232,38, Deynhäuser Aussperrung M. 3746,20, Rechtschutz M. 25, Gewerkschaftunterstützung M. 260,50, Lokalkasse M. 1466,20, Summa M. 11118,92; Restbestand am 1. Januar M. 54,69. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl der Kollegen Giesing und Binger; die Namen der übrigen Vorstandsmitglieder zu veröffentlichen, ist nicht notwendig. Giesing gab dann den Kartellbericht. Beschlossen wurde, für M. 20 Bücher anzuschaffen und diese als Eigentum des Maurerverbandes der gemeinsamen Bibliothek zu übergeben. Sodann wurde nach kurzer Debatte auf Antrag Bingers der Beschluß der letzten Mitgliederversammlung am 30. Dezember 1905 betreffs Erhebung von Strafgeldern aufgehoben. Die Mitgliederberatungen finden wieder an jedem letzten Sonnabend im Monat, gleich nach Feierabend statt.

Quadrill. Sonntag, den 28. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die nur mäßig besucht war. Sie beschaffte sich mit der Vorstandswahl und den Quartals- und Jahresberichten. In den Vorstand wurden die Kollegen Max Dieke als erster Vorsitzender und als erster Kassierer Otto Vagt wiedergewählt. Die anderen Vorstandsmitglieder wurden teils neu- und teils wiedergewählt. Nachdem verlas der Kassierer Vagt die Abrechnung vom vierten Quartal und den Jahresbericht; beides wurde genehmigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Lokalkasse hat einen Bestand von M. 551,79, also M. 247,85 mehr als im vorhergehenden Jahr. Wegen die Kollegen auch ferner danach binarbeiten, daß unsere Lokalkasse gestärkt wird, damit wir bei Lohnbewegungen Mietenentschädigung und bei Bauperrren Unterstützung gewähren können. Als Delegierter zur Gautonferenz, die am 25. März in Bremen stattfindet, wurde Paul Petersen gewählt.

Querfurt. Sonntag, den 21. Januar, fand hier eine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer Paul Henze verlas die Quartals- und Jahresabrechnung. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer durch Erheben von den Plätzen Decharge erteilt. Hierauf stellte der Kassierer die Mitgliederliste fest. Es mußten gefristet werden wegen rückständiger Beiträge Bernh. Binger, Friedrich Friedrich, Wilh. Weier, Adolf Schmidt, Franz Ludwig, Herrn. Otto, Dorffolgen; Seifert, Gehner, Fleischbauer, Steinfopf. Es waren am Schlusse des Quartals 100 Mitglieder und ein Lokalfondsbestand von M. 124 vorhanden. Hierauf referierte der Vorsitzende, Kollege Friedrich Ruppe, in eingehender Weise über Zweck und Nutzen der Organisation. Er ermahnte die Kollegen, in diesem Jahre stets für volle Versammlungen zu agitieren. Die Vorstandswahl wurde auf Sonntag, den 11. Februar, verschoben. Vom Vorsitzenden wurde der Wunsch geäußert, daß zu dieser Versammlung alle Kollegen kommen möchten, da wichtige Punkte auf der Tagesordnung hängen. Nach längerer Unterhaltung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Ribnitz. Sonntag, den 28. Januar, tagte hier eine öffentliche Maurerverammlung. Als Referent war Kollege Brandt aus Rostock anwesend. Er führte in seinem Vortrage den Anwesenden Zweck und Nutzen der Organisation vor Augen und forderte die Maurer Ribnitz, Damgarten und deren Umgebend auf, sich endlich dem Zentralverband der Maurer Deutschlands anzuschließen. Es liegen sich hierauf die Anwesenden in den Verband aufnehmen. Nachdem noch der Bauarbeiter Liebnicht-Schneider und Glasarbeiter Brauer-Damgarten aufgeführt hatten, trenn zur Organisation zu halten, teilte letzterer noch mit, daß auch die Glasarbeiter Damgartens ausgespart seien wegen Reklution der Alfordstraße seitens der Unternehmer. In seinem Schlusswort forderte der Kollege Brandt dazu auf, daß die Maurer von Ribnitz und Umgebend auch mehr als bisher für die Arbeiterpresse, die „Medienburgische Volkszeitung“, eintreten müßten. Geheiß dieß und forderte die jetzt Organisierten dafür, daß auch der letzte Maurer organisiert ist, so würde der Erfolg nicht ausbleiben. Mit einem kräftigen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Hofort. Am 24. Januar tagte unsere Generalversammlung, die ziemlich gut besucht war. Der Vorsitzende begrüßte die Kollegen mit dem Wunsch, daß auch die heutige Versammlung zum Wohle unseres Vereins und der deutschen Maurerbewegung dienen möge. Dann rißte er scharf den schlechten Versammlungsbesuch im verfloffenen Jahre. Sodann verlas der Kassierer Unow die Abrechnung vom vierten Quartal und auch die Jahresabrechnung. Die Einnahme der Kassa lieferte sich auf M. 112,85. Ausgaben: An die Hauptkasse M. 150; für Verbandskalender, Verbandsprotokolle, Futterale zu Mitgliedbüchern M. 26; Beiträge an den Gauverband M. 32,70; an das Gewerkschaftsamt M. 32,25; Streifzettel in anderen Gewerkschaften M. 30; Ortsunterstützung in besonderen Fällen M. 17,75; für Bibliothek M. 21,10; zu den Gaufestereisen M. 14; statutarische Aufnahmen und Bauskontrollen M. 24; für einen Kranz zur Ehrung eines verstorbenen Mitgliedes M. 4,80; persönliche Verwaltungskosten an Vorsitzenden und Kassierer M. 55; für Sitzungsgelder M. 45,15; für sonstige persönliche Ausgaben M. 43,44; Porto und Postgebühren M. 14,33; Schreibmaterialien M. 2,10; Kolportage des „Grundstein“ und Einziehung der Beiträge M. 226,59; Versammlungsannoncen und Druckfachen M. 29,25; sonstige Ausgaben für sächliche Verwaltung M. 16,00. Summa M. 641,56. Es bleibt somit ein Kassienbestand von M. 471,29. Nachdem einige Anfragen vom Kassierer beantwortet worden waren, wurde ihm Decharge erteilt. Dann erstattete der Vorsitzende, Kollege Brandt, den Jahresbericht. Im verfloffenen Jahre haben 21 Versammlungen stattgefunden; vier Versammlungen mußten wegen schlechten Besuchs ausfallen. Weiter haben 31 Vorstandssitzungen und neun Kassierenrevisionen stattgefunden. Neu aufgenommen wurden 18 Mitglieder, davon waren sieben früher schon einmal Mitglieder; gestorben ist ein Mitglied und ausgetreten sind sechs; zum Militär ist ein Mitglied eingezogen. Wegen rückständiger Beiträge sind zehn Mitglieder gestrichen. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1904 151, und am Schluß des Jahres 1905 169. Sodann erfolgte die Neuwahl des Vorstandes; als erster Vorsitzender wurde der Kollege G. Wridigam und als erster Kassierer der Kollege Unow gewählt. Im letzten Punkt der Tagesordnung wurde noch über Lohnfragen debattiert. Sodann ermahnte der Vorsitzende die Kollegen zum fleißigen Versammlungsbesuch und schloß dann die Versammlung.

Saarbrücken. Am 28. Januar tagte im „Riesensaal“ zu St. Johann die Jahresgeneralversammlung des hiesigen Zweigvereins mit folgender Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Jahresabrechnung, 3. Wahl des Gauverbandes, 4. Wahl zweier Delegierter zur Gaufesterei, 5. Wünsche und Anträge. Die Versammlung war in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung nur mäßig besucht. Von den einzelnen Sektionen und Zirkeln waren St. Ingbert, Niederbach, Föhren, Waidweiler, Quersmauer, Mülkingen und Spittel vertreten. Nicht vertreten waren Contwig, Neunkirchen, Saarlaut, Jüdlingen, Eschtern, Saargemünd und Sulzbach. Den Tätigkeitsbericht erstattete Kollege Schrotz. Anfang März 1905 zählte der Zweigverein 100 Mitglieder, am Schluß des 1. Quartals 140, am Schluß des 2. Quartals 470, am Schluß des 3. Quartals 609 und jetzt 455. Neuaufnahmen waren im verfloffenen Jahre 571 zu verzeichnen, so daß uns 216 Mitglieder wieder verloren gegangen sind. Von den 455 Mitgliedern haben 278 ihre Beiträge voll bezahlt, während 177 von 1 bis 18 Wochen rückständig sind. Im verfloffenen Jahre fanden statt: 23 Mitgliedsbesprechungen und 4 öffentliche Versammlungen, 14 Vorstandssitzungen und 4 Kassierenrevisionen. Lohnforderungen wurden in St. Ingbert und Zweibrücken gestellt. Während wir die Forderungen in St. Ingbert ebenfalls zum Erfolg brachten, wurde im Verein mit den „Christlichen“ ein Tarif ausgearbeitet, wonach für dieses Jahr ein Stundenlohn von 44 ¢, für 1907 ein solcher von 48 ¢ und für 1908 ein solcher von 48 ¢ bei zehnständiger Arbeitszeit gezahlt werden soll. Zwei von den drei dort in Frage kommenden Unternehmen akzeptierten diese Forderung sofort. Bei einer nochmaligen Verhandlung mit ihnen waren nun die „Christlichen“ mit der zehnständigen Arbeitszeit nicht mehr einverstanden; sie verlangten die elfstündige Arbeitszeit, und zwar motivierten sie dies mit dem rechtsonderbaren Einwand: „Ja, wenn wir nur noch zehn Stunden arbeiten, bekommt der Meister ja keine Leute mehr.“ So bedurfte es aller Anstrengungen unterließ, daß wenigstens für dieses Jahr die 10stündige und vom nächsten Jahre an die zehnständige Arbeitszeit festgehalten wurde. Der Tarif ist noch nicht endgültig angenommen, da sich immer der eine Unternehmer noch weigert, ihn zu unterzeichnen. Den Jahresbericht erstattete ebenfalls Kollege Schrotz. Die Hauptkasse hatte 1905 eine Einnahme von M. 4881,16; die Ausgaben betragen M. 2576,05, so daß M. 2305,11 abgeführt worden sind. Die Kassa hatte einen Bestand von M. 98,13, am Schluß des Jahres 1904 eine Einnahme von M. 1848,76 und eine Ausgabe von M. 1839,68, so daß ein Bestand von M. 9,07 verblieb. Der schlechte Kassienabchluß rührt zum großen Teil, wie man auch aus dem Jahresbericht ersehen kann, davon her, daß so viele Mitglieder wegen Beitragsrückstände gestrichen werden mußten und auch viele noch mit den Beiträgen im Rückstande sind. Nach einer Ermahnung, daß in diesem Jahre alle Kollegen dahin arbeiten müßten, daß dieser Mißstand, der von schlechtem Gehalt ihrer Pflichten zeugt, beseitigt werden müsse, schritt man zur Wahl der Sozialverwaltung. Gewählt wurde als Sozialbeamter und zugleich als erster Kassierer Kollege Schrotz, als erster Vorsitzender Kollege Holzhauser. Als Delegierter zur Gaufesterei wurden die Kollegen Schrotz und Wilhelm gewählt. Zum fünften Punkt wurden den beiden Delegierten einige Wünsche der Versammlung mitgeteilt, für die sie auf der Gaufesterei eintreten sollten. Nach einer Aufmunterung des Kollegen Schrotz, in der Agitation kräftig weiterzuarbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.

Schleswig. Dienstag, den 23. Januar, tagte hier eine öffentliche Mauer-, Zimmerer- und Bauarbeiter-Versammlung. Auf der Tagesordnung stand: „Stellungnahme zum Unwohlsein der Unternehmer“. Der Kollege Voss verlas das Schreiben der Unternehmer. Der Kollege Voss gab, daß familiäre Forderungen der Gesellen und Arbeiter abgelehnt sind. Ueber das Schreiben erfolgte eine lebhafte Debatte. Es wurde folgende Resolution angenommen und beschlossen, sie den Unternehmern zuzustellen: „Die Versammlung der Mauer-, Zimmerer und Bauarbeiter Schleswigs bedauert, daß die Unternehmer

für das Baugeschäft resp. die Innung „Bauhütte“ unsere gerechten Forderungen abgelehnt hat. Die Versammlung erklärt einstimmig, daß die Kündigung des bisherigen Lohnvertrages bestehen bleibt. Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission, zu versuchen, die Lohnbewegung möglichst auf gutem Wege zum Abschluß zu bringen.“ Hierauf erfolgte Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

Schwarzenberg. Sonntag, den 28. Januar, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Zunächst verlas der Kassierer G. Ehlers die Quartals- und Jahresabrechnung, die von den Revisoren revidiert und für richtig befunden worden waren. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Dann wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Als Vorsitzender wurde Kollege G. Brösch gewählt, die anderen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende machte noch bekannt, daß eine Sitzung mit den Reibekler Kollegen stattgefunden habe, in der beschlossen worden sei, eine Agitation in Ummühle zu entfalten, um die Lohnverhältnisse in Ummühle und Friedrichsdorf zu regeln.

Sensberg. Sonntag, den 28. Januar, fand in Dackwitz eine Versammlung für die hiesige Mauer- und Zimmerergewerkschaft statt. Da uns kein Lokal zur Verfügung steht, so mußten sich die Kollegen mit der Güte des Herrn Ubert begnügen. Der Vorsitzende Strim aus Sensberg referierte in einem längeren Vortrag über den Wert der Organisation. Er ermahnte die Kollegen, sich der Organisation anzuschließen, damit hier einmal vernünftige Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden können. Es wurde beschlossen, den Unternehmern eine Lohnforderung zuzustellen. Einmalig forderte die Anwendung auf, das „Sächsische Volksblatt“ zu abonnieren. Am Schluß der Versammlung ließen sich fünf Kollegen in den Verband aufnehmen. Es ist somit wieder ein Schritt in der Niederkämpfung vorwärts getan. Es wird auch Zeit, daß sich die Kollegen hier organisieren; hier herrscht noch eine zwölf- bis dreizehnständige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 22 ¢. Circa 100 Mauerer müssen sich mit diesem geringen Lohn begnügen.

Tauscha. Am 28. Januar fand hier eine öffentliche Mauererversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahres- und Kassierenbericht des Vertrauensmannes, 2. Neuwahl der Verwaltung, 3. Wahl eines Delegierten zum Gauverband, 4. Innere Verursachungsangelegenheiten. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl 104 beträgt, darunter ein Ehrenmitglied. Im zweiten Punkte schlug man Kollegen Käther wieder als Vertrauensmann vor. Als Delegierter zum Gauverband wurde Kollege Käther bestimmt. Unter „Innere Verursachungsangelegenheiten“ entspann sich eine lebhafte Debatte über die Notiz in der „Leipziger Volkszeitung“ betreffs der Baupreise am Geislerberg in Tauscha in der Bahnhofstraße. Man lehnte die von Leipzig verhängte Baupreise einstimmig ab, da sämtliche Arbeiter ihren Lohn richtig erhalten haben. Ferner beschloß die Versammlung: Erhalten Arbeiter auf Bauten keinen Lohn, so ist das binnen drei Tagen beim Vertrauensmann zu melden, worauf dann die Sperre verhängt wird. Dies bezieht sich auf den Unternehmer, die die Arbeiten dann weiter ausführen.

Thorn. Donnerstag, den 25. Januar, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, die gut besucht war und zu der auch der Gauvorsitzende Kollege Schwarz erschienen war. Der Vorsitzende, Kollege Hagemann, erstattete den Jahresbericht, aus dem wir folgendes entnehmen: Am Schluß des Jahres hatte der Zweigverein 200 Mitglieder; neu eingetreten sind 30. Drei davon waren Jünger früher Mitglieder. Im verfloffenen Jahre haben zwölf regelmäßige, vier außerordentliche und zwei öffentliche Mauererversammlungen stattgefunden; ferner 56 Vorstandssitzungen. Auch hat sich hier bedauerlicherweise ein polnischer Streikverband (der sogenannten Hochmurer) gegründet, dessen Ziele wir bis jetzt noch nicht kennen; aber besonders schon scheint es dort nicht zu sein, denn es kamen schon mehrere Kollegen zu uns zurück. Die Abrechnung vom vierten Quartal hatte für die Hauptkasse eine Einnahme von M. 668,05. Der Kassierenbericht betrug M. 521,01. Der Kassierer wurde entlastet. Zum zweiten Punkt nahm der Kollege Schwarz das Wort. Er dankte dem Vorstand für seine Arbeit und ersuchte ihn, in diesem Jahre, wo die Unternehmer uns den Vertrag gekündigt haben und wir jedenfalls mit ihnen in eine Lohnbewegung eintreten müssen, nicht sein Amt niederzulegen. Diese Warnung wurde auch von der Versammlung beherzigt und die Kollegen Hagemann als Vorsitzender und Baum als Kassierer einstimmig wiedergewählt. Der Vorstand dankte den Kollegen für das Vertrauen und ersuchte sie, ihn mehr zu unterstützen. Es wurde beschlossen, einen Ertragsbeitrag von 5 ¢ pro Woche zu erheben. Von diesem Beitrag sollen erkrankte Kollegen unterstützt und die Saalmiete für das Versammlungslokal gezahlt werden. Zum Schluß ermahnte Kollege Schwarz zum treuen Festhalten an der Organisation und zu eifriger Arbeit für ihre Erhaltung.

Wittdorfen. Sonntag, den 28. Januar, fand hier eine außerordentliche Versammlung statt, die sich eines guten Besuchs erfreute. Kollege Hübbers aus Bremen referierte über allgemeine Vereins- und Organisationsangelegenheiten. Es wurde beschlossen, den Beitrag von 40 auf 45 ¢ zu erhöhen, wovon 5 ¢ der Kassa zuzuführen seien. Zu wünschen wäre, daß sich die hier in der Umgebung arbeitenden Kollegen dem Zweigverein anschließen möchten.

Die „Einigkeit“ und die Wahrheit.

In der Nummer 1 der „Einigkeit“ befindet sich ein nach sozialistischer Art zugeschnittener Artikel mit der Überschrift: „Aus der Berliner Mauererbewegung“. Um nun die mißbelebte Arbeit des Artikelschreibers zu würdigen, wurde sein geistiges Produkt in dem Organ der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften als Leitartikel veröffentlicht. Was enthält dieser Artikel? Man weist einleitend darauf hin, daß es trotz wiederholter Ermahnungen in Versammlungen wie in Flugblättern den Anschein hat, als wenn jede Agitation gegen die Unwünsche im Baugeschäft erfolglos seien, und daß diese trassen Mißstände teilweise auf den noch vorhandenen Indifferentismus zurückzuführen wären. Anstatt nun die Frage zu erörtern:

Was ist zur Bekämpfung des Indifferentismus notwendig, und praktisch durchführbare Vorschläge zu machen, zieht man es vor, vom Thema abzuschweifen und die an letzter Stelle stehenden Personen des Verbandes zu verurteilen. Man wagt es sogar nochmals, die Notkommnisse vom Bau „Raiserhof“ in dem Geschreibsel zu erwähnen.

Wir meinen, die Lokalfisten hätten sich speziell in diesem Falle gerade zur Genüge blamiert, so daß sie alle Ursache hätten, zu schweigen. Aber nein! Trotzdem sie es waren, die die Veranlassung dazu gaben, daß unsere Verbandskollegen acht Tage auf die Straße gesetzt wurden, versucht man sich dennoch in einer hinterlistigen Art und Weise zu rechtfertigen.

Zu bewundern ist nur, daß die mit so viel Kraftausbrüchen geübte Agitation und die gefälligen persönlichen Angriffe die Stagnation, woran die Bewegung der Lokalfisten seit einem Jahrzehnt krankt, nicht wieder beseitigen kann. Sehr grenzenlos hat gegen den Zentralverband und dessen Führer gefordert, daß die schmutzigste Schreibweise angewandt wird — unbestimmt darum, ob dabei die wichtigsten Prinzipien der Arbeiterbewegung zum Teufel gehen.

Nach Neubekennung der Berliner Verbandsleitung im Jahre 1904 glauben sie, daß nun endlich der Weigen für ihre Organisation blühen werde. Man hatte sich aber getäuscht; das, was kommen sollte, blieb aus; und deswegen die Schimpferei.

Da nun im Berliner Zweigvereinsgebiet die Erfolge der Lokalforgänger gleich Null sind, so erwidern die Rater und Enkel, sich allen denen als Mittelkonkurrent zu empfehlen, die aus irgend einem Grunde mit den Ansichten der Verbandsleitung übereinstimmen und den Vertragsbestimmungen nicht einverstanden sind. Für die Lokalforgänger Kollegen, die zur Zeit der Lohnbewegung im Jahre 1904 von Königsberg nach Berlin kamen, war man nicht so sehr eingenommen. Da die Kollegen in Berlin keinen Erfolg wußten, so kam es vor, daß sich mehrere davon nach dem bestbehaltenen Verbandsbureau am 177 Engel-Arter verließen. Wir hielten uns für verpflichtet, da es sich um streitende Kollegen handelte, beim Vorstand der Lokalforgänger per Telefon anzufragen, was mit den Kollegen werden sollte. Was bekamen wir zur Antwort, Kollege Kaufmann erklärte: „Stellt sie in den Reptoner Park!“ Eine nette Antwort! Unsere Kollegen, die alljährlich aus der Provinz in Berlin arbeiten, mögen sich das merken. Sie werden sehr oft als minder qualifiziert angesehen, obwohl ihnen der Vorwurf der Bedürfnislosigkeit und der politischen Unwissenheit sehr oft mit Unrecht gemacht wird.

Da wir nun wissen, daß viele Kollegen den Berliner Lokalforgänger gegenüber völlig ihren Mann stehen, so eruchen wir unsere Kollegen, die aus dem übrigen Deutschland in Berlin Arbeit nehmen, auch die Ziele und Bestrebungen unserer Organisation auf der Baustelle energisch zu vertreten und nicht vor der Pharisäerei der Lokalfisten zurückzugehen. Die fortgesetzten Gehärdel, worin sich die Lokalforgänger derer annehmen, die bei uns ihr Recht nicht bekommen zu haben glauben, zeigen so recht die Schädlichkeit der Sonderbündelei. Als Beweis kann die Differenz bei der Firma Höpffgen & Besche am Max-Heinrichsplatz dienen, wo der Polier Lehmann auf Grund unseres Interesses, das die Kollegen aufzubereite, am Sonnabend vor Weihnachten um 2½ Uhr Feierabend zu machen, dem Unternehmer im Laufe des Vormittags das Versprechen gab, daß bis 3½ Uhr gearbeitet würde. Dieser Polier hatte die Rechnung ohne die Kollegen gemacht, die ihm zu Mittag mitteilten, daß sie um 2½ Uhr Feierabend machen. Der Polier machte dem Unternehmer nochmals Mitteilung von dieser Unterredung; er war wohl wenig bekräftigt, denn er erklärte, sämtliche Kollegen bekämen Feierabend, wenn sie nicht bis 3½ Uhr arbeiten; auf Einstellung habe keiner mehr zu rechnen, lieber schloße er sich eine Angel durch den Kopf. Die Kollegen kamen der Auforderung ihrer Organisation nach und wurden deshalb vom Polier entlassen. Der Fall würde am dritten Feiertag unterliegen. Als früh um 8 Uhr der Vertreter Blasing auf der Baustelle erschienen war, waren vier Kollegen anwesend; alle übrigen Kollegen kamen früh nach 9 Uhr. Sie waren der Meinung, der Polier würde sich, nach seinem bisherigen Verhalten zu urteilen, auf keine Verhandlung einlassen. Darauf erklärte Blasing, wenn das zutreffen sollte, so müßten wir sofort die Lohnkommission in Kenntnis setzen. Sollte von dieser Stelle der Unternehmer nicht aufgefordert werden, die Entlassung rückgängig zu machen, so seien wir gezwungen, den Bau zu sperren.

Da wir in solchen Fällen kein Mittel unterberst lassen, erklärte Blasing, daß unter allen Umständen mit dem Polier gesprochen werden müsse. Dieser wurde aufgedrungen und gefragt, ob die Gründe der Entlassung noch aufrecht erhalten würden. Der Polier erklärte, daß er von den Selbstmordgedanken zurück sei und die Entlassung durch den Schiedsprügel aufgegeben habe. Was die Entlassung anbetraf, so müsse er erst im Geschäft anfragen. Zu unserem Erstaunen kam der Bescheid, daß alle Kollegen wieder anfangen könnten; nur sollte die Stunde nicht verzögert werden, um die am Sonnabend früher aufgehört worden war. Blasing ersuchte die Kollegen, unter diesen Umständen anzuhängen; über die Stunde würde die Lohnzweckkommission, eventuell das Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet.

Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet würde.

Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet würde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet würde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet würde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet würde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet würde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet würde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer Kollegen Blasing die Wiederherstellung familiärer Kollegen erwirkt, also unsere Forderung bewilligt war, wäre es widerförmig gewesen, eine Sperre zu verhängen. Angenommen, die Kollegen glaubten in ihrem Rechte zu sein, so war es immer noch Zeit gewesen, betreffs Einigungsamt entscheiden. Die Verhandlung hatte 20 Minuten gedauert und nicht eineinhalb Stunden, wie die „Einigkeit“ fälschlich berichtet. Einige der dort beschäftigten Kollegen erklärten, daß sie unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen würden, bevor nicht die in Frage kommende Zeit vergütet wurde. Nachdem auch diese Forderung dem Polier unterbreitet wurde, erklärte er, daß er dem nicht stattgeben könne, da die meisten Kollegen erst um 1 Uhr gekommen seien. Da durch das Eingreifen unserer

möge sich beim Vorstand der freien Vereinigung der Maurer, Ortsverein Berlin die erforderliche Auskunft holen. Ist dieser selbst der Artitektreiber, so hat er auch hier weitestgehende Gewähr.

Diese zwei oder drei Kollegen, die sich nun unter die Ägide der Lokalfisten gestellt haben, können wir denen von Bergen.

Nun reden die Gewerkschaften der „Einigkeit“ vom Tarifvertrages, das sie die Opfer des „Joanannens“ geworden seien. Von der einen Seite gefällig, von der anderen beraten, mußten sie die Sperre aufheben. Erklärlich ist das, denn Beiträge zahlen, Kund halten und nur die Unternehmer nicht fränken, das sei die „Lebense“ des Zentralverbandes der Maurer, Zweigverein Berlin. Inwiefern dieser, uns an die Hochzüge gehängten „Lebense“ entsprochen ist, mögen die Leser nach den geschilderten Tatsachen beurteilen.

Der Artitektreiber gibt dann in einem längeren Satze, in dem von Kopflosigkeit der Verhandlung und Verhängung der Maurerbewegung gefalldert wird, sein Glaubensbekenntnis ab, wonach er an der Wahrheit alles ihm mitgeteilten nicht zweifelt. Es ist nun richtig, wo das Wissen aufhört, da fängt der Glaube an, ob dieser aber Tatsachen beweist, ist eine andere Frage, das stimmt unseren Mann aus der Franzstraße nicht; gilt es doch, dem Verband resp. seiner Leitung ein auszuweisen. Der Wahrheit: „Eines Mannes Rede ist keine Webe, man muß sie hören alle Webe“, scheint für ihn nicht zu bestehen. Uns scheint vielmehr, daß er sich zum Motto folgenden, auch sehr vielfachen Spruch ausseren habe: „Was ich denk und tu, trau ich andern zu.“ Wir machen es nicht so, wollen wir es tun, so hätten wir vieles, uns glaubhaft erscheinende folgerichtig können.

Wir sind nun betruht, zu hören, daß eine unbeschreibliche Kopflosigkeit bei uns vorherrschend sein soll. Die dazu angehen sein soll, die Maurerbewegung zu verhängen. Der Artitektreiber möge dies glauben, es ist ja, wie soeben bemerkt, sein Grundtat; aber den Beweis dafür antreten?

Wir können beweisen, daß wir bei jeder Gelegenheit berufen und daran arbeiten, die Maurerbewegung vorwärts zu bringen, daß unsere Verleumdung von der „Einigkeit“ aber das Gegenteil tun, indem sie bei jeder Gelegenheit den Antipiel zwischen die Kollegen werfen. Wir gehen auf unserer vorgedachten Bahn weiter; ob das den Leuten gefällt, ist uns einelei.

Wir sehen in den Unternehmern unseren natürlichen Gegner, und diesen zu besiegen ist unsere Aufgabe, die Aufgabe unseres Verbandes.

Nun gibt uns der Artitektreiber einen „gut gemeinten“ Rat. Offen gesagt, wir sind sonst allen guten Lehren zugänglich, aber in diesem Falle müssen wir darauf verzichten, Leute als Ratgeber zu betrachten, die selbst nicht wissen, was sie tun, und in Bezug auf Konsequenz die tollsten Entomortales schlagen. Weiter auf die Anfangspunkte emzugehen, ist nicht unsere Absicht. Wir sind überzeugt, daß jene Leute mit ihrem Geschreibsel auch diesmal ihren Zweck erreicht haben. Den Ratel, der in dem Fall „Kaiserhof“ auf ihnen lastet, werden sie auch durch diese Verleumdungen nicht abwafsen können. Das Vertrauen unserer Kollegen zur Organisation und ihrer Leitung kann dadurch nicht erschüttert werden.

Aus Amerika.

Wie in anderen Gewerben die Einführung der Maschine oft mit großen Kämpfen verbunden war, so brachte ja auch die Einführung der Arbeitsteilung im Maurergewerbe in verschiedenen Städten Deutschlands Differenzen mit dem Unternehmern. In Newyork ist durch die Einführung der sogenannten Feuerproffarbeit die Herstellung der inneren feuersicheren Scheibewände aus teils gekannten, teils aus Gips und Schladen bestehenden Platten von 2 Fuß im Quadrat und 1/2-3 Zoll stark) ein Streikobjekt innerhalb der Maurerorganisation entstanden, das seit dem Beginn des Jahres 1902 immer weitere Kreise zog und mit Schluß des Jahres 1905 dazu anreife, daß von den 20 Newyorker Maurerunions 13 von der Zentral-Maurerorganisation Amerikas ausgeschlossen sind und der Ausschluß von vier weiteren Unions folgen wird. Als diese Platten im Jahre 1902 in größerem Umfang an den Bauten Verwendung fanden, waren es in der Organisation gut bekannt bewußte Kollegen, die hierin einen guten Verdienst sahen und für die Fabrikanten die Platten verfertigen. Hieran nahmen die sonstigen an den Bauten arbeitenden Kollegen Anstoß, indem sie darauf hinwiesen, daß der Allgemeinheit diese Arbeit verloren gehe, wenn sich Spezialgruppen zu ihrer Ausführung bilden.

Die Folge war, daß der nächste Arbeitsvertrag mit den Vereinigten Meistern die Klausel enthielt, daß es den Mitgliedern der Union verboten sei, für eine gewisse Feuerproff Compagnie zu arbeiten; der Meister habe diese Arbeit zu übernehmen. Im Grunde mit dem daran beteiligten Kollegen wandte sich nun die größte der Fabrikfirmen, die National Fire Proofing Compagnie, an den Zentralvorstand der amerikanischen Maurerorganisation. Sie legte dar, daß sie 500 Maurer beschäftigte und es ihr Bestreben sei, feils Unionbedingungen einzuhalten; in allen Städten lebe sie mit der Union in Frieden und zahle nach 5 Cent über Unionlohn, nur in Newyork wäre es ihr durch den abgeschlossenen Arbeitsvertrag der Maurerunions nicht möglich, ihr selbstverfertigtes Produkt zu betreiben. Die Entscheidung hierüber hatte der im Januar 1904 tagende Maurerkongreß in Trenton N.J. Es wurde darauf ein Votum in den Zentralstatuten gefaßt, wonach alle Feuerproff-Arbeit, Holz-Hogen, sowie Korporation oder einen Fabrikanten, die alle Unionbedingungen erfüllen, zu machen ist. Trotz dieses Beschlusses erneuerten die 20 Newyorker Unions in ein wenig abgeänderter Form ihren hiermit in Gegensatz stehenden Arbeitsvertrag. Die Folge davon war, daß sich der nächste Maurerkongreß, der im Januar 1905 in St. Francisco tagte, horker Unions erfuhrten den Kongreß, in ihrem Arbeitsvertrag die Feuerproffklausel beseitigen zu dürfen. Der Ausschluß der Vereinigten Meistern ist damit begründet, daß die Newyorker Unions die Zentralstatuten in diesem Punkte

umgehen. Was wird nun die nächste Folge sein? Dort, wo die Ausgebauten den Ausbeutern bereit gegenüber stehen sollen, teilen sich diese in zwei feindliche Sere, und die Arbeiter haben in jedem Falle die so schon wirtschaftlich am schlechtesten Gestellten zu tragen. Welche demjenigen, der in seinem Bezirke seine Arbeit erhalten kann. Da er Gelegenheit, seine Arbeitskraft auf feindlichen Gebiete zu werben, so muß er zunächst 25 Dollars Eintrittsgeld betragen, wenn er überhaupt Gnade findet. Wenn auch die Organisationen als solche nicht verloren geht, so ist unter solchen Umständen die Organisation dem Arbeitgeber gegenüber jedoch nicht der Faktor, der sie sein soll, und deshalb wäre zu wünschen, daß die Differenzen bald wieder ausgeglichen würden.

Zentralkrankenkasse. (Grundkurs für Einzelk.)

In der Woche vom 28. Januar bis 3. Februar sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 200, Groß-Lichterfelde 200, Wilmersdorf 100, Steinhilber 60, Summa M. 560.

Zufußgeh: Berlin M. 4000, Stettin 800, Hagen 200, Breslau 400, Dresden 350, Stuttgart 200, Pankow 200, Mannheim 200, Döberan 200, Riedel 200, Hiesing 200, Danzig 200, Fehrbach 200, Friedrichshagen 200, Rangendiebach 150, Rinteln 150, Forst 100, Heideberg 100, Vergehof 100, Götting 100, Soden 100, Heideberg 100, Wülfer (Oberlahnstr.) 100, Hefla 80, Götze 80, Seibelsbrunn 50, Wiesbaden 50, Niederbreifig a. Rh. 50, Jümmenhausen 50, Firschenwalde 50, Summa M. 9850. Altona, den 3. Februar 1906. Karl Diehl, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Dom Bau.

Unfälle, Arbeiterschlag, Submissionen etc.

(Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk betrafenden Unfälle, mit kurzer Mittheilung der Beschaffenheit und der übersehbaren Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterschlagbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

Alfeld. Am 3. Februar ist der Maurer Ernst Hune aus Sellenfeld bei der Arbeit auf schreckliche Art ums Leben gekommen. Er war Morgens zwischen 7 und 8 Uhr an der Molkerei unten im Fabrikhof mit Karboniten beschäftigt, als der Fabrikstuhl in Bewegung gesetzt und von oben herabherabgelassen wurde. Da die Tür zu dem Schacht zugemacht worden war, konnte S. der Gefahr nicht entweichen; er wurde vom Fahrstuhl zusammengepreßt und erlitt so schwere Verletzungen, daß er einige Stunden nach seiner Verletzung seinen Geist aufgab.

Berlin. Ein schweres Baumglück hat sich Montag, den 29. Januar, in Moabit zgetragen. Dort wird in der Venusstraße 44c ein Fabrikgebäude für die Gebrüder Wauer errichtet. Die Arbeiter sind bis zum Aufstellen des Daches geblieben. Die mittleren Dachbinder, die eine Spannweite von 8-10 m haben, sind zum Teil angeklüfft. Einige Arbeiter von der Firma in eigener Regie wurden sofort ausgeführt. Als mehrere Arbeiter dabei beschäftigt waren, schlug der Dachbinder um, mehrere Arbeiter mit sich in die Tiefe - etwa 10 m - reichend. Mehrere Leute, die zu gleicher Erde gearbeitet hatten, wurden von den Trümmern, die aus einer Höhe von etwa 20 m herabgeschürzt waren, getroffen. Sechs Arbeiter waren im ganzen bei dem Unglück zu Schaden gekommen. Sie wurden sofort von den anderen Kollegen aus den Trümmernmassen befreit und mehrere Ärzte nahmen sich der Verletzten auf der Unfallstelle an. Vier hatten schwere Verletzungen, Brüche, Armbrüche und innere Verletzungen davongetragen. Es waren die Arbeiter Koch, Streng, Winger und Gammel. Sie wurden im Krankenhaus nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. Zwei der Verunglückten waren mit leichten Verletzungen davongekommen. - Beim Einflug eines Daches schwer verunglückt ist am Sonnabend, den 27. Januar, der 29-jährige Arbeiter Karl Sprenger, der bei einem Abruch von Siemens & Halske in der Charlottenstraße tätig war. Er war während der Arbeit beim Einschlagen einer Decke in die Tiefe gefallen worden und mußte mit erheblichen Verletzungen nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht werden, wo ihm die erste Hilfe zu teil wurde.

Regis. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am 9. Januar am Neubau des Maurermeisters Ködlich, Ede Kloster- und Bahnhofstraße. Infolge sehr mangelhafter Abdeckung stürzte der Maurer August Bürger von der zweiten Etage in den Keller und trug lebensgefährliche Verletzungen davon. Nachdem das Unglück geschehen war, wurde natürlich alles abgedeckt und auch ein Schutzeiseln angebracht, das bis dahin gefehlt hatte, was natürlich unsere Polizei nicht bemerkt hatte. Bürger war wohl ein Gegner unserer Bestrebungen, und hat bei jeder Lohnkampfen den Hausmeister gehilft; wann werden es diese Leute einsehen, die täglich doch gerade die Organisation für besseren Baubetrieb eifrig!

Singen a. S. Am 29. Januar ereignete sich hier auf dem von der bekannten Firma Schmal in Madolsfeld-Heberlingen ausgeführten Neubau der Füllingsfabrik ein Unfall, indem durch Brechen gewisser Gerüstbalken, wodurch der eine durchgefallen war, ein Gerüst einstürzte. Drei Mann stelen circa 5 m hoch hinunter, doch trugen sie glücklicherweise keine lebensgefährlichen Verletzungen davon. Das Gerüst soll außerdem überladen gewesen sein. Verabzogen war - natürlich! - keines zur Stelle, die Verletzten mußten daher 5 Minuten weit transportiert werden, ehe sie verbunden werden konnten. An Aufsichtspersonal ist an diesem Bau kein Mangel; 3 Poliere und 3 Bauführer walteten dort ihres Amtes, aber anstatt sich um das Gerüstwesen zu kümmern, sehen sie ihre Hauptaufgabe im Anstreben und Schikanieren der Arbeiter. Wir haben zwar in Baden eingermogten annehmbare Baualbeiterverordnungen, nur habe, daß sie nur auf dem Papier stehen; denn um ihre strikte Durchführung kümmert sich, speziell hier, niemand. Gerüste werden hier oben oft gebaut, das es nur zu verwundern ist, daß nicht noch mehr Unfälle vorkommen. Von Dauben, die den Bestimmungen entsprechen, keine Spur. Gerade bei erwähnter Firma ist für etwa 80 Mann ein alter Beschreibungs spottender

Abort vorhanden. Die Arbeiter zogen es deshalb vor, die Fabrikaborte zu benutzen. Das war ihnen aber bei M. 1 Strafe verboten worden. Auch zahlte diese Firma keineswegs die besten Löhne; sie gibt ihren Leuten 38 bis 40 s pro Stunde. Herr Schmal entschuldigt das damit, daß die Arbeiter, die jetzt im Winter bei ihm arbeiten, sein Lohrabort im Frühjahr wieder verlassen, so daß er dann doch wieder seine Kolonnie aus dem Süden als Ersatz heranziehen muß. Gegenwärtig leidet diese Firma in verschiedenen Zeitungen Maurer „bei gutem Lohn“ und zehn bis einhundert Arbeitern. Die Kollegen sind aber in der Regel bitter enttäuscht, wenn der Bahtag kommt. Der Hauptfehler war bisher, daß die Maurer in der ganzen Gegend sich nicht um die Organisation kümmern, sonst wäre in mancher Beziehung Verringerung eingetreten. Offenlich sehen die Maurer und Gippler die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses ein, damit es hier oben auch bald anders wird.

Sonderburg. Dienstag, den 30. Januar, wurde der Kollege Baumach von hier, der an einem Abbruchbau arbeitete, durch das Umfallen einer einen halben Stein starken Wand getötet. Der Getötete lud selber die Schuld an dem Unfall tragen, indem er die nötigen Vorkehrungsmaßregeln außer Acht ließ, obwohl ein Kollege und der Polier ihn wiederholt dazu ermahnt haben sollten. Der Zweigverein Sonderburg vertritt in dem Verhörorten ein iichtiges und feiliges Mitglied. Die Kollegen in Sonderburg werden das Andenken des Verstorbenen in Ehren halten.

Submissionen. Bei Vergebung der Maurerarbeiten für den von der Stadt Aneburg neu zu erbauenden Wallturm war Köhlerbender der Maurermeister Pöschel mit M. 48000, während Maurermeister Thiede schon mit M. 28000 auskam, worauf natürlich der Zuschlag erfolgte. Alle anderen Forderungen schwanken zwischen M. 30-40000. Es sind doch sonderbare Werten, die das Submissionswesen zeitigt, und diese geradezu gefährlichen Ausschläge wollen die Meister des Handwerks durch Rinkertigkeiten bekämpfen.

Aus Unternehmernkreisen.

Der Boykott als Bindemittel. Der Verband vereinigter Baumaterialienhändler Deutschlands hat auf seiner vorjährigen Generalversammlung in Casel zum Ausdruck gebracht, daß Bauausführende und Bauunternehmer in der Verfolgung wirtschaftlicher Interessen aufeinander angewiesen und zu gemeinsamem Handeln verpflichtet sind. Mit diesem Beschluß wurde zugleich der Wunsch verknüpft, daß auch die Interessenvertretung des deutschen Baugewerbes zur Lösung der Frage beitragen und sich mit der Angelegenheit beschäftigen möge. Dies haben ja auch die „Arbeitgeberverbände“ für das Baugewerbe wiederholt getan. Nunmehr gibt der Vorstand des „Arbeitgeberbundes“ für das deutsche Baugewerbe in einem Rundschreiben an die ihm angeschlossenen Verbände bekannt, daß er sich mit dem Vorhaben des Verbandes des deutschen Baugewerbes auseinandergesetzt hat. Dieser Vorhaben hat folgende Erklärung abgegeben:

Den Verbandemitgliedern (Materialienhändlern) soll empfohlen werden, die von der Leitung der Arbeitgeberverbände getroffenen Maßnahmen in den von Streiks heimgeführten Orten zu unterstützen, insbesondere nach Streikorten nur durch Vermittlung ortsanständiger Verbandemitglieder Lieferungen auszuführen unter der Bedingung, daß sich in allen solchen Fällen die Gesamtheit der Arbeitgeber verpflichtet, sowohl während der Dauer des Streiks, als nach dessen Beendigung, ihren Bedarf an Baumaterialien nur von den ortsanständigen Verbandemitgliedern zu entnehmen. ... Es würde daher im beiderseitigen Interesse liegen, wenn die Organisationen des deutschen Baugewerbes ihre Mitglieder dazu anhalten wollten, grundsätzlich nur bei Verbandshändlern ihren Bedarf zu decken, weil die noch nicht organisierten Händler dadurch gezwungen würden, sich ihrer Organisation anzuschließen und deren Anordnungen Folge zu leisten. Den Baugewerbetreibenden entstanden dadurch keine Opfer, weil sie alle Materialien zum Original-Verkaufpreis von Verbandshändlern erhalten können.

Der Vorstand des „Arbeitgeberbundes“ für das Baugewerbe“ sagt hierzu, daß er die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines einheitlichen Zusammenwirkens mit den Baumaterialienhändlern, Ziegeleibesitzern usw. rückhaltlos anerkenne und den gegebenen Anregungen sehr sympathisch gegenüberstehe, hauptsächlich deshalb, weil ein fester Zusammenschluß beider Berufsgruppen die Arbeitsverhältnisse an sich und deren Freieren verbessern wird.

Wie der Bundesvorstand, denken auch alle „Bundesmeister“. Sie möchten gerne mittels der Materialienhändler ihre Organisation fähen: wer nicht zum „Bund“ schwört, bekommt einfach kein Material und ist somit aus der Konkurrenz ausgeschaltet. Wer der Gegenseite macht ihnen noch einige Beschwörungen. Nur von den Mitgliedern des Gändlerings zu laufen, darauf möchten sich die Herren Bundesmeister noch nicht gerne einlassen. Sie wollen wohl Vereinbarungen mit den Händlern treffen, aber mit allen Händlern am Orte, ohne Rücksicht auf die Organisation, angeblich, weil die Gändlerorganisation noch zu schwach ist, um bindensfähig sein zu können. Dem Bundesvorstand ist diese Verhältnisslosigkeit vieler seiner Mitglieder für die Boykott-Koalition höchst unangenehm, und er empfiehlt den Verbänden in ihrem eigenen Interesse einbringlich, die Bestrebungen des Verbandes vereinigter Baumaterialienhändler Deutschlands nach Möglichkeit und, soweit es die örtlichen Verhältnisse irgend gestatten, kräftig zu unterstützen.

Das Anrecht des Gändlerverbandes und die Aufforderung des Vorstandes des „Arbeitgeberbundes“ für das Baugewerbe“ laufen auf nichts Geringeres hinaus als auf den permanenten Boykott derjenigen Baumaterialienhändler und Bauunternehmer, die sich den genannten Gändlerverbandes erklären ohne Umschweife: die noch nicht organisierten Gändler sollen gezwungen werden, sich ihrer Organisation anzuschließen und deren Anordnungen

Solge zu leisten. Das selbe will der „Arbeitgeberbund“... Und diese Herren reden vom „Terrorismus“ der Arbeiter.

Polizei und Gerichte.

Ein verurteilter Christ. Wegen Verleitung des Kollegen Grünhagen wurde der sich so benennende „Christliche Gewerkschaftsleiter“... Die Steigerung der Lebensmittelpreise. Ueber dieses Thema schreibt Max Schippel im „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission.

Verschiedenes.

Das der Preisstand aller wichtigen pflanzlichen und tierischen Lebensmittel im Jahre 1905 ein außerordentlich hoher war, geht sich selbst der „Reichsanzeiger“ (bzw. die preussisch-antiaustriale „Staatliche Korrespondenz“) unumwunden ein. Es heißt da für ganz Preußen wörtlich: „Die Durchschnittspreise des Jahres 1905 zeigten im Vergleich mit denen des Jahres 1904 bei allen Verpflegungsmitteln, mit Ausnahme der Getreidearten und des Weizenmehls, in der Mehrzahl erhebliche Preissteigerungen.“

Table with 5 columns: Kalenderjahr, Mittelpreis (Reich), Schweinefleisch, Rindfleisch, Hammelfleisch. Rows for years 1905, 1904, 1903, 1902, 1901, 1900, 1899, 1898, 1897, 1896.

Wennige kostete.“ So der „Reichsanzeiger“ selber. Alle angeführten Preislisten haben, seit zehn Jahren, zuletzt ihren Höchstpreis erreicht, und diese Verteuerung des Lebensunterhaltes ist für die Arbeiter um so empfindlicher, als ihr schon zwei bis drei Jahre verhältnismäßig hohen Preisstandes der Fleischnachfrage vorangegangen waren — Jahre, in denen zum Teil noch die Krisis: den Lohn drückte, während selbst heute noch immer den Arbeitern der Lohnkampf, zum Ausgleich der Kaufwertverminderung, erschwert und illusorisch gemacht wird. Zum Troste mögen sich die Arbeiter dienen lassen, daß das Kapital mit seinen „Teuerungszuschlägen“ um so mehr Erfolg hat. Es bürgert sich nämlich in Geschäftskreisen immer mehr die Praxis ein, den weniger hygienischerweckenden Ausbruch Preissteigerungen zu vermeiden; man weiß lieber auf die geheimeren Auslagen hin und fordert weiter nichts wie „Teuerungszuschläge“. Die „Industrie“, heißt es trocken naiv in einer „Reichsanzeiger“-Artikel, „steht gegenwärtig in diesem Zeichen. Preissteigerungen dieser Art sind neuerdings wiederholt aus einer ganzen Reihe von Produktionszweigen, so aus der Leberei, der Papperei und besonders der Elektrizitätsindustrie, gemeldet worden. In der Elektrizitätsindustrie, deren Produktion durch die Mehrbedürfnisse für Kupfer und Blei hart getroffen wird, begannen die Teuerungszuschläge mit einer zehnprozentigen Preissteigerung für Fabrikate der Schwachstromabteilungen. Ihm folgte ein ebenso hoher für Starkstromfabrikate, der neuerdings um weitere 6 p.H. heraufgesetzt worden ist. Dieser Betrag des Teuerungszuschlages bedeutet eine Verärgerung der wirtschaftlichen Terminologie. Bisher war in Verbindung mit dem Worte Teuerung mehr von Zulagen für Arbeiter und Beamte die Rede gewesen. Nunmehr wird in diesem Zusammenhang auch von Zulagen auf Fabrikate gesprochen. Die Preissteigerung erweckt leicht den Eindruck einer willkürlichen Preisumwälzung, die nicht durch die Verteuerung der Produktion verursacht wird. Der neugewählte Ausdruck bringt den Grund

der Preissteigerung unzweifelhaft zum Ausdruck. Zugleich liegt in dem Begriff Teuerungszuschlag angedeutet, daß seine Urheber nicht weitere Herausforderungen, sondern im Gegenteil die Beilegung der Zulage wünschen, wenn erst die Produktion von der Teuerung befreit ist, die zu den Zuschlägen Anlaß gegeben hat.“ Man sieht, es kann dem Kapital niemals fehlen. Erregt die „Preissteigerung“ Aufstoß, so geht die „Teuerungszulage“ um so leichter ein. Daß sie freilich gewöhnlich etwas reichlicher ausfällt, als zum bloßen Ausgleich der gestiegenen Produktionskosten nötig ist, beweisen die überall steigenden Profite und Dividenden. Endlich wird die vorübergehende Erscheinung meist zur dauernden; von der „gewünschten“ Wiederbeilegung hat man kaum je etwas gehört. Vielleicht lohnt man sich mit Lohnaufbesserungen eben so leicht aus, wenn die Arbeiter statt Lohnsteigerungen „Teuerungszuschlägen“ fangen!

Eingegangene Schriften.

Im Verlag von J. S. B. Dieckmann in Stuttgart ist soeben erschienen: Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Ein Versuch von Carl Kautsky. Internationale Bibliothek, Band 38. Preis broschiert M. 1, gebunden M. 1,50. Die Veranlassung zu dieser Schrift hat die Auseinandersetzung, die Kautsky im Herbst des vorigen Jahres mit dem damaligen leitenden Redakteur des „Vorwärts“, K. Eisner, hatte. Bei dieser Kontroverse, wie Kautsky es nennt, wurden dann die Schlagworte „ethisch-ästhetisch“ und „ökonomisch-historisch“ geprägt. Man darf daher diese Schrift als eine wissenschaftliche Begründung des kautskyschen Standpunktes anprechen.

„Wider aus der Seimarbeit in der Holzindustrie“ betitelt sich eine Schrift, die der Deutsche Holzarbeiterverband nach den Verichten seiner Gauvorsteher herausgegeben hat. Sie ist den Besuchern der deutschen Seimarbeiterausstellung gewidmet. Die verdienstliche Arbeit präsentiert sich auch äußerlich in schöner, ansprechender Gestalt; schöner Druck, gutes Papier und klare Reproduktionen von Photographien aus den Gefilden der Holzindustrie machen das Lesen zur Lust und fördern das Verständnis des Gelegenen. Unter der immer mehr anwachsenden Literatur über die Seimarbeit wird diese Schrift nicht den letzten Platz einnehmen.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 19. Heft des 24. Jahrganges erschienen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 3 des 16. Jahrganges zugegangen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A, durch die Post bezogen, beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 A.

Der „Wahre Jakob“ hat soeben die 8. Nummer seines 28. Jahrganges erscheinen lassen. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 A.

Briefkasten.

Vorst. Schriftführer. Die Versammlungsanzeige hätte einen Tag früher eingeandt werden müssen; die Nr. 5 wurde schon erpediert, als Ihr Brief hier eintraf.

E. J. 101. Nein, das geht nicht! Solche Einzelmitgliedschaft ist nicht zulässig.

Gesellenkirchen, J. S. Die Verjährungsfristen für Schulforderungen sind verhältnismäßig lang. Ohne zu wissen, wodurch die Forderung entstanden ist, können wir Ihre Frage also nicht beantworten.

Langenbiedach, W. S. Die Anzeige können wir nur dann aufnehmen, wenn sie vom Zweigvereinsvorstand ausgeht.

Bielkowitz, M. S. Von Ihrem Schreiben können wir keinen Gebrauch machen. Wenn Sie etwas in die „Debatte“ aufgenommen haben wollen, so müssen Sie sich direkt an die Redaktion dieses Blattes wenden; wir können dies nicht tun.

N. 100. Die Frage kann nur durch Gerichtsurteil entschieden werden. Es muß nämlich festgestellt werden, ob der § 891 des bürgerlichen Gesetzbuches an den Fall zutrifft. Unseres Erachtens hätte eine Klage Aussicht auf Erfolg, weil der Schaden dadurch entstanden ist, daß der Verbedrucker ein Mädchen mit der Ausführung einer Verrichtung beauftragte, zu der gewöhnlich nur Erwachsene männlichen Geschlechts genommen werden. Es wird sich aber empfehlen, vor Einreichung der Klage einen Rechtsanwalt zu Rate zu ziehen.

Strandburg, N. Ihre Einwendung können wir nicht abdrucken, weil sie völlig unbrauchbar ist. Wenn etwas Brauchbares daraus entliehen sollte, müßte das ganze Schriftstück umgearbeitet werden. Das kann aber nur jemand tun, der die Verhältnisse, die Sie kritisieren wollen, genau kennt; wir können es nicht.

Wahrenst, S. In unseren Blättern ist der Name ganz deutlich gedruckt. Was Sie wollen, können wir aus Ihrer Karte nicht verstehen.

Anzeigen.

Luckenwalde. Sonnabend, den 17. Februar, Abends 8 Uhr: Fastnachtsvergnügen im Saale des Herrn A. Schmidt, Bahnhofstraße. Alle Kollegen vom Zweigverein Luckenwalde und Umgegend sind hierzu freundlich eingeladen. Das Komitee.

Sterbetafel. (Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Liste steht in A.) Berlin. Am 31. Januar verstarb plötzlich an Bauchfellentzündung der Kollege Fritz Kado im Alter von 48 Jahren. Der Verstorbene war langjähriges Mitglied des Verbandsausführers. Graudenz. Am 26. Januar verstarb unser Mitglied Ernst Gleinig im Alter von 63 Jahren an Gehirnschlag. Lüdenscheid. Am 20. Januar verstarb unser Mitglied Adolf Dewes im Alter von 60 Jahren an der Choleraerkrankheit. Rauen. Am 21. Januar verstarb unser Kollege August Wollenberg aus Verge im Alter von 46 Jahren an Lungenerkrankung. Björnsheim. Am Sonntag, den 28. Januar, verstarb unser Kollege Jakob Götz aus Unterwiesheim nach kurzer Krankheit im Alter von 88 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Jüterbog. Sonnabend, den 17. Februar, Abends 8 Uhr: * Stiftungsfest * im Lokale Liesegang. Um zahlreichem Besuch wird gebitten. Der Vorstand.

Darmstadt. Das Bureau des Zweigvereins ist jetzt verlegt. [M. 1,20] Der Vorstand.

Jarmen. Vorsitzender des Zweigvereins ist jetzt Hermann Sohn, Bahnhofstr. 151; Kassierer Hermann Woller, Langestr. 26. [M. 1,50] Der Vorstand.

Mülheim-Oberhausen. Der Kassierer der Hoffstädte Sterkrade-Diersfeld, Otto Wisperreit, wohnt jetzt Diersfeld, Hügelstr. 35 und vom 1. April an Kieckstr. 9. [M. 1,50] Der Vorstand.

Aufforderung. Der Maurer Franz Nowack aus Dreeschleien, letzter bekannter Aufenthalt Berlin, Georgenkirchstr. 30 A, wird gebeten, sofort seine Adresse an die Redaktion der Dresdener „Volkswacht“ gelangen zu lassen.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der den Erhaltungstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung besonders eingekandt werden und bis spätestens am Dienstagmorgen 8 Uhr im untenen Händchen sein.)

Verbandsversammlungen der Maurer. Sonntag, den 11. Februar: Radm. 3 Uhr im „Reichsanzeiger“. Wichtige Tagesordnung. Alle müssen erscheinen. Bäder sind mitzubringen. Lucka. Radm. 3 Uhr. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. Schmölln. Nachmittags 3 Uhr im „Sindental“. Alle Kollegen müssen erscheinen. Senftenberg. Radm. 3 Uhr in der „Lohmühle“. E. D.: Jahresbericht. Vorstandswahl. Jeder Kollege muß erscheinen.

Montag, den 12. Februar. Guben. Abends 6 Uhr in „Rehewer“. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Dienstag, den 13. Februar. Liegnitz. Abends 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Wegen wichtiger Tagesordnung muß jeder Kollege erscheinen. Nordhausen. Abends 8 Uhr „Stadt Berlin“. E. D.: Beisitzungsliste über 6 A. Totalsatzung. Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Sonnabend, den 17. Februar. Aken. Abends 8 Uhr in der Herberge „Zur Heimat“. Pflanzliches Erscheinen ist erwünscht. Bunzlau. Abends 6 1/2 Uhr in der „Hoffnung“, Schloßstraße. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Sonntag, den 18. Februar. Bruck bei München. Radm. 3 Uhr im „Gedächtnis“. Wichtige Tagesordnung. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Jessen. Radm. 3 Uhr. Besprechung in der Wohnung des Kollegen Witz. Radm. 1 1/2 Uhr. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. Neuhardenberg. Radm. 1 1/2 Uhr. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. Werda. Radm. 3 Uhr in der „Feuerhütte“. E. D.: Beitragsausweisung. Wiesenburg. Radm. 3 Uhr im Vereinslokal. Die Kollegen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Öffentliche Maurerversammlungen.

Sonntag, den 11. Februar. Torgau. Radm. 3 Uhr. Referent anwesend. Wichtige Tagesordnung.

Sonntag, den 18. Februar. Berlin. Form. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. E. D.: Kassen- und Revisionsbericht. Ergänzungswahlen. Berichtendes Mitgliedsbuch festlimitiert.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.